

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: 3,00 RM. monatlich, 1,10 RM. vierteljährlich, 3,50 RM. halbjährlich, 7,00 RM. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter, die neue Zeit 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat, eingetragen in die Postzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 29. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Etatsdebatte.

Große Dinge erwartete der Reichstag: Eine Darlegung der Finanzlage des Reichs und der Maßregeln, die zur Begleichung des klaffenden Unterschiedes zwischen Einnahmen und Ausgaben ergriffen werden sollen, und dann eine große Rede des Reichskanzlers über den Stand der Reichspolitik im Innern und Außen. Nun gab es zwar mancherlei Interessantes, aber über die Hauptfragen, über die ein seiner Aufgabe gewachsenes, der politischen Entwicklung zielbewusst die Wege weisendes Ministerium dem Lande Auskunft geben muß, schwiegen der Schatzsekretär wie der Reichskanzler sich aus mit vorzüglicher Gründlichkeit.

Herr v. Stengel ist kein packender Redner. Seine Reden sind immer auf moll gestimmt. Insofern traf er kraft natürlicher Begabung den angenehmen Ton für die üble Lage der Reichsfinanzen, etwa wie der Genius der Trauer an der Grabstätte zertrümmerter Hoffnungen klagt. Womit nicht gesagt sein soll, daß dieser Vergleich völlig zutrifft für das Vierbahnenmonopopol des besagten kurznahtigen Herrn, dem die Verwaltung der Reichsfinanzen aufgebürdet ist. Recht trübe Aussichten für die Zukunft entwickelte er aus dem Ergebnisse der Gegenwart: die Steuern haben nicht gebracht, was man von ihnen erwartet. Vor allem rang er sich schweren Herzens das Geständnis ab, daß die Fahrkartensteuer im laufenden Jahre kaum zwei Drittel der Einnahmen ergeben hat, die von ihr erwartet wurden! Er vergaß aber dabei zu erwähnen, daß außerdem auch noch den Staatlichen Budgets ein Einnahmeverlust zugefügt ist durch die starke Abwanderung in niedere Fahrklassen, die durch die schikanöse Steuer herbeigeführt wurde. Wenn Herr v. Stengel sich aber das Lustgefühl an die öffentliche Meinung abrang, daß die Regierungen sich mit dem Gedanken der Wiederabschaffung der Fahrkartensteuer tragen, so ist darin eine Desabonierung der ganzen bisherigen Reichssteuerpolitik enthalten, wie sie kräftiger kaum denkbar ist.

Es klang fast wie ein unfreiwilliger Witz, daß Herr v. Stengel von dem trotz der trüben Finanzlage geforderten Mehrbedarf für Heer und Flotte versicherte: niemand könne die Mehrforderung von 124 Millionen lebhafter bedauern als die verbündeten Regierungen! Dafür ließ er dem Reichstage eine herbe Mißbilligung zuteil werden, weil dieser bei der letzten Steuerreform die Anforderung der Regierung von 240 auf 200 Millionen ermäßigt hatte.

In kopfschüttelnder Verwunderung warf er dann die Frage auf, wie es eigentlich möglich sei, daß trotz der günstigen Entwicklung von Deutschlands Handel und Industrie die Reichsfinanzen an einem ewigen Defizit laborieren. Also auch ein erstaunter Wanderer, dieser Herr v. Stengel! Nur daß sein Kollege Dernburg in freudiges Erstaunen geriet ob der fruchtbaren Datteläste, während der Schatzsekretär von trübseligem Erstaunen gepackt wird, weil aus der unergründlichen Reichsschatzkasse trotz fortgesetzt hineingeschüttelter neuer Steuern immer ein Defizit über das andere emporprieht. Aber hirnzermerterndes Nachdenken hat ihn darauf gebracht, woran das liegt: nur die Scheu und die Angst der Reichsboten vor Ueberschüssen führt dies chronische Defizit herbei. Leider hat er dabei übersehen, daß, wenn selbst ein Reichstag kritiklos alle die unausgegorenen Steuerpläne der Regierung bewilligen sollte, im nächsten Jahre der unersättliche Koloch Militarismus durch seine Rüstungen zu Wasser und zu Lande neue Defizits produzieren würde.

Was aber nun tun in der Klemme? — In Tilgung der Reichsschulden ist nicht zu denken, im Gegenteil drohen neue Anleihen. Ein neues Defizit sperrt den Nachen auf. Die Schaffung neuer Einnahmen ist unaufschiebbar! Mit ungewohnter Kraft und finsternem Blick schmetterte der sonst so wehmütige Herr v. Stengel diese Ankündigung unter die aufhorchenden Reichsboten.

Aha! Nun kommt's; jetzt wird er die neuen Steuerpläne entwickeln! — Das war die natürliche Schlussfolgerung. Aber weit gefehlt! Seinem forschenden Aufsatze ließ der Herr Schatzsekretär die gemütlche Ankündigung folgen: was für Steuern die Regierung fordern werde, das ruhe noch alles in der Zukunft und des Bundesrats Hohe. — Jetzt war auf Seiten des Reichstags das Erstaunen, das sich in dem Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokraten Luft machte: Aber das ist ja die Hauptsache!

Nachdem er dem Hause diese Ueberraschung bereitet hatte, redete Herr v. Stengel unter wachsender Unaufmerksamkeit über die unbekanntesten Steuern, von denen er nur mit Bestimmtheit erklärte, daß sie keine direkten sein würden. Er schloß mit der feierlichen Erklärung, daß der bestehende Zustand des Deutschen Reiches nicht würdig sei! Mit diesem Ausspruch des Herrn v. Stengel können auch wir von ganzem Herzen einverstanden sein. Es kommt das nicht oft vor, deshalb muß man's ausdrücklich bemerken.

Kunmehr versuchte Herr v. Tirpitz, die Flottenforderungen zu rechtfertigen. Sein Argument bewegte sich in dem bekannten Geleise der gemilderten Flottenvereinspropaganda. Bemerkenswert war nur sein Versuch, die Zentriumpartei durch die Zitierung von Liebers Geist für die Zustimmung zu der Herabsetzung der Lebensdauer der Kriegsschiffe von 25 auf 20 Jahre zu ködern. Wie er jenen treff-

lichen Mann gekannt hätte, dem ja die etatsdienliche Sicherung der Ersatzbauten zu danken sei, so meinte der angelobte Admiral, würde er heute unbedingt der zwar kostspieligen, aber notwendigen Verkürzung der Lebenszeit der Schlachtschiffe zustimmen. Der Zentriumsdiplomats Spahn bis indes später nicht sofort auf den Lieber-Köder, sondern schwamm zunächst vorsichtig augenblinzeln darum herum. Grundsätzlich legt sich ja die Zentriumpartei in der ersten Lesung nie auf Bewilligungen fest, Spahn ließ aber durchblicken, daß es nur auf die Regierung ankomme, wenn sie wieder ein Verhältnis des Vertrauens mit der Zentriumpartei haben wolle — welche Ankündigung natürlich von den Zentriumskonkurrenten von der freisinnigen Partei mit höhnischem Gelächter begrüßt wurde.

In Bezug auf das Finanzerposé mit der großen Lücke an der Hauptstelle erfolgten Darlegungen außer seitens der Zentriumpartei auch von Seiten der Konserverativen und der Nationalliberalen. Was die wichtige, die Debatte anbetreffend, so ergab sich folgendes Bild: Konserverative und Zentrum sind gegen direkte Steuern, genau wie die Regierung. Die Nationalliberalen — wahrscheinlich werden morgen die Freisinnigen dasselbe erklären — sind dafür, trotzdem Herr v. Stengel in Voraussicht dieser Haltung umherwandte darauf hingewiesen hatte, daß das ja der Sozialdemokratie die Wege ebnen hieße. Somit droht der Block schon über der Steuerfrage auseinanderzuplätzen, wenn nicht schließlich gemeinschaftliche Angst die einzelnen Blocklöße wieder zusammenkleben läßt. Herr Spahn, namens der Zentriumpartei, erklärte noch, daß seine Partei auch unter keinen Umständen für irgend welche Monopolpläne (für Spiritus oder Tabak) zu haben sein werde. Mit rührendem Wohlwollen mahnte er Herrn v. Stengel, davon die Finger zu lassen. Die Verfinsterung der Jüge hinter des Schatzsekretärs Brille schien aber zu antworten: Zu spät! Also „Monopol“ wird wohl die Parole der Regierung für die Steuerkämpfe lauten. Für die Zustände im Deutschen Reich, für die unwürdigen Zustände, wie Herr v. Stengel treffend sagte, ist es aber äußerst charakteristisch, daß dem Reichstage zugemutet wird, mit der amtierenden Bureauplatte sich in der Etatsdebatte über mögliche Steuerpläne der Regierung zur Deckung des Defizits zu unterhalten. In dieser Methode, den Parlamentarismus durch geslistentliche Nichtachtung des Parlaments zu diskreditieren, ist jedenfalls das Deutsche Reich in der Welt voran.

Doch auch noch an einem anderen faulen Fleck wurde in der Debatte getastet. Herr Spahn hatte seinem Besremden Ausdruck gegeben, daß die oberen Instanzen nicht frühzeitig und überhaupt nicht ausreichend genug gegen die hochgestellten Personen eingeschritten seien, die — wie der Wollte-Garden-Prozess erwiesen hat — seit Jahren sich schwere Verfehlungen gegen das Strafgesetz, sogar (wie einige Offiziere der Garderegimenter) unter Mißbrauch der Amtsgewalt hatten zuschulden kommen lassen. Und oben-dreien sei eine höfische Kamarilla durch jene Enthüllungen mit kompromittiert worden.

Bis dahin hatte der Reichskanzler unter Markierung einer möglichst gleichgültigen Miene dageessen. Dieser Hieb brachte ihn auf die Beine. Ueber die Reichspolitik zog er es zwar auch jetzt noch vor, sich auszusprechen, aber mit Behaftigkeit befandete er, daß es ungerecht sei, jene Potsdamereien zu verallgemeinern, als ob sie Symptome seien eines Verfehlungsprozesses der herrschenden Klassen. Ein hoher Adel und verehrungswürdiges Publikum in Deutschland ständen rein da. Nur einige räudige Schafe hätte es gegeben, die aber hätte S. R. — hier schlug Wilow entzückt die Augen empor — mit der ihm eigenen Energie sofort beseitigt, als er von ihren Verfehlungen erfuhr. Und dann folgte die aus der bürgerlichen Presse satzsam bekannte Verherrlichung des Kronprinzens wegen seiner Meldung der Gardenschen Andeutungen. Aber den hohen Reichsbeamten, Reichskanzler und Kriegsminister, sei deshalb doch kein Vorwurf zu machen; sie hätten bis dahin keine positiven, greifbaren Tatsachen über jene Vorgänge in Erfahrung gebracht. — Weiter versicherte der Reichskanzler, eine Kamarilla gäbe es heute in Preußen nicht. In früheren Zeiten, ja, da sei so etwas vorgekommen, heute, unter dem gegenwärtigen Regenten, sei so was aber absolut unmöglich! Es sei auch unwahr, daß er den Reichstag aufgelöst habe, um sich gegenüber der Konterkamarilla wieder festen Boden zu schaffen. Die „eigenfünne“ Ablehnung der Kolonialforderungen durch die Zentriumpartei und die Angriffe Noerens auf Dernburg hätten ihn dazu getrieben. . . Diese Zurückstufung der von Herrn Spahn angebotenen Hand löste Freudentöse der Erleichterung bei den Freisinnigen aus.

Als der Kanzler zu sprechen begann, war der Kriegsminister noch nicht im Hause. Das hatte der Kanzler zum Anlaß genommen zu erklären, er fühle sich gedrungen, die Angriffe des Herrn Spahn auf die Heeresverwaltung selbst zurückzuweisen, da der Herr Kriegsminister noch nicht erschienen sei. Man gewann aus dieser unnützen Bemerkung gegen Herrn v. Einem den Eindruck, daß dessen Tage gezählt sind.

Herr Wassermann berührte in seiner längeren Rede über alle möglichen Dinge gleichfalls die Potsdamer Militärstandale und stellte die Frage, weshalb denn nicht wenigstens die Flügeladjutanten und der Chef des Militärkabinetts oder der Chef der Sittenpolizei den zuständigen Instanzen

reinen Wein eingeschenkt hätten, und Herr Spahn quittierte die Brückierung durch den Reichskanzler im Verlauf einer persönlichen Bemerkung mit dem Hinweis darauf, daß bereits in der Kommissionsberatung über die Verzinsung der Entschuldungen über jene Dinge vorgebracht seien. Somit kann man gespannt darauf sein, wie Wilow und Kompagnie sich morgen herauszureden versuchen werden. Denn heute war nur das Vorspiel. Morgen steht ihnen die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie bevor.

## Der erste Appell im Wahlrechtskampf.

Die vielen Berichte, die heute noch eingelaufen sind, bestätigen und verstärken den Eindruck, den wir gestern hier kundgaben: das preußische Proletariat hat sich am Dienstagabend zu imposanter Demonstration zusammengefunden. Der einzige Wille ist da — er wird den Weg zu finden wissen.

Aus den heutigen Meldungen seien die folgenden wesentlichsten Angaben zusammengefaßt:

In Rheinland hatte Eibfeld eine überfüllte Massenversammlung, Düsseldorf drei große Versammlungen. Im Wahlkreis Solingen protestierte die Arbeiterschaft in zehn, im Wahlkreis Duisburg in drei Versammlungen. In Ronsdorf waren trotz strömenden Regens 500 Besucher anwesend. Starke Versammlungen hatten Völsendar, Koblenz, GutsMuths, Wälfrath.

Aus Westfalen liegen Berichte über stark besuchte Versammlungen vor aus Brackwede, Gerford, Rehme und Minden. Die imposante Demonstration in Bielefeld ist in der gestrigen Nummer noch im Depeschenteil gemeldet worden.

In Frankfurt a. M. demonstrierten zehn Massenversammlungen.

In der Provinz Hannover hatten Amund, Hübner, Grohn, Gemelingen, Osterholz-Scharmbeck, Verden, Leer und Norden stark besuchte Kundgebungen.

Aus Brandenburg werden noch Versammlungen gemeldet aus Stenbal, Mühlberg, Soldin. In der Stadt Brandenburg versammelten sich in drei Sälen 2200 Demonstranten.

Aus der Provinz Sachsen sind noch nachzutragen Zeitz mit 800 Demonstranten und Sulz, Weißenfels, Bitterfeld, Schleuditz, Cöthen, Erbsborn, Hohnstedt, Alleben.

## Die Sünden des Freilins.

Herr Professor Delbrück, der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, veröffentlicht einige interessante Bemerkungen über die Wlopolitik. Nach seiner Ansicht müssen die Freisinnigen „notwendig im Laufe der Session irgendeine wesentliche Errungenschaft aufzuweisen können, wenn ihr Bündnis mit der Regierung nicht zur Lächerlichkeit werden soll. Welche Aussicht haben sie dafür? Welche Verlohnungen haben Jahrzehnt auf Jahrzehnt die Konserverativen für ihre treue Gefolgschaft eingehemft!“

Das Vörfengesetz aber befriedige nur sehr kleine Kreise, seine Annahme sei zudem noch unsicher. Weibe für den Freisinn nur das Vereinsgesetz.

Aber so grotesk der Rechtszustand auf diesem Gebiete in Preußen und anderen Bundesstaaten heute auch ist, eines Kulturvolkes geradezu unwürdig, so sind die praktischen Bedenken, die daraus hervorgehen, doch nicht gar so unerträglich und können durch einfache Anweisungen der Minister an die Polizeiorgane so gut wie ganz behoben werden. Dazu kommt, daß das Gesetz belastet werden soll mit der Bestimmung, daß es den Landesregierungen freisteht, nach ihrem Ermessen die fremdsprachlichen Versammlungen zu erlauben oder zu verbieten. Das heißt also, daß den Polen und Dänen, dem zehnten Teil der preussischen Staatsbürger ebenso wie den Franzosen in Lothringen ein Grundrecht jedes konstitutionellen Staatsleben entzogen wird. Man kann sich kein schärferes Agitationsmittel denken, das so den politischen und dänischen Demagogen in die Hände gespielt wird und überdies wird in allen gemischtsprachigen Bezirken, selbst in Westfalen den Arbeitern die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Interessen genommen. Es scheint mir ganz undenkbar, daß ein Mann, der noch auf den Namen eines Liberalen Anspruch machen will, ein solches Gesetz gutheißen könnte. Um so weniger, da ja auf das Zustandekommen des Gesetzes gar nicht so viel ankommt. Denn schon vom Augenblick der Einbringung an wird es moralisch nur sehr schwer möglich sein, alle die veralteten Bestimmungen der jetzigen Gesetzgebung, die abgeschafft werden sollen, durch die Polizeiorgane noch anzuwenden zu lassen. Die Freisinnigen würden also nicht nur prinzipienwidrig, sondern auch politisch unklug handeln, wenn sie, um das Gesetz zustande zu bringen, die Sprachklausel annehmen.“

Ebenso sieht Delbrück in Preußen schlechte Aussichten. Hier verlange die Regierung 400 Millionen Mark mit neuen, alles Dagewesene an Schätze übertreffenden Kampfgesetzen für die Polenpolitik, die völlig bankrott sei, das Deutschtum nicht fördere, sondern schädige. Das einzige Gegenmittel gegen die Unfruchtbarkeit der Wlopolitik sei die sofortige Einbringung der Wahlreform im preussischen Landtage. Es bedeute „für den Freisinn die denkbar schwerste Kränkung, daß er diese seine wichtigste Forderung auf die lange Bank geschoben und dem Dreiklassenparlament noch eine ganze Legislaturperiode geschenkt sehen muß.“

Es sei schwer verständlich, warum Wilow die Wahlreform nicht als das erste und wichtigste Arbeitsfeld in Aussicht genommen habe.



Vielleicht habe die Regierung noch nicht die richtige Entschlossenheit gefunden, den Konserwativen die nötigen Konzessionen aufzuerlegen.  
Herr Delbrück überschätzt offenbar den Fürsten Bülow ganz gewaltig. Bülow sieht nicht weiter, als irgend ein gewöhnlicher Junker. Von den Konsequenzen einer dauernden Rechtsverweigerung für den gesamten Staat machen sich die Herren da oben offenbar nicht die geringste Vorstellung. Dazu wird es erst eines gründlichen Anschauungsunterrichts bedürfen! Ueber den Freisinn aber sagt Delbrück: „Eine wesentliche Schuld fällt auch auf die Freisinnigen, die sich die Verfehlung der Wahlreform haben gefallen lassen. Daß sie „unentwegt“ auf die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen bestehen, kann niemand täuschen. Jedermann weiß, daß das unmöglich ist und die Forderung, die man doch nicht durchsetzen kann, nur einen akademischen Wert hat. Ganz anders, wenn die Partei als Preis ihrer Blodfreundschaft unbedingt auf der sofortigen Angrißnahme der Wahlreform bestanden hätte. Die Sozialdemokraten haben deshalb schon jetzt nicht ganz unrecht, wenn sie den Freisinnigen zu große Weichheit vorwerfen. Nun erst, wenn sie beim Vereins- und Versammlungsrecht konstitutionelle Grundrechte preisgeben sollten.“

Daß Delbrück von der „Unmöglichkeit der Einführung des Reichstagswahlrechts“ spricht, ist bei einem Konserwativen zunächst nicht verwunderlich. Es wird Sache der proletarischen Wahlrechtsbewegung sein, zu zeigen, daß nicht die Einführung, sondern die Verweigerung des gleichen Rechts eine Unmöglichkeit ist, gerade auch unter dem Gesichtspunkt der ungeführten finanziellen Fortentwicklung ist. Um so treffender sind aber Delbrücks Bemerkungen über die Schuld des Freisinn. Jedoch überschätzt Delbrück die Prinzipienfestigkeit des Freisinn. An dieser wird der Blod wahrhaftig nicht scheitern. Nicht aus Standhaftigkeit, sondern aus Angst vor ihren Wählern werden die Freisinnigen vielleicht für neue indirekte Steuern nicht zu haben sein. Nur wenn die Angst des Freisinn um seine Mandate größer wird, als die vor der Rückkehr in die Opposition, wird der Blod zugrunde gehen.

In dieser Beziehung scheint uns die „Post“ die Liberalen richtiger einzuschätzen. Sie bespricht den liberalen Wahlrechtsantrag und bemerkt dazu:

„Wäre es die Absicht des Antrages, die Erfüllung der erwähnten Forderungen alsbald durchzusetzen, so läge darin offenbar die Gefahr eines scharfen Gegenanges unter den Parteien, die im Reichstage zur Lösung nationaler Aufgaben sich zusammengefunden haben. Aber die öffentlichen Kundgebungen aus der Mitte der antragstellenden Parteien lassen darüber keinen Zweifel, daß die erwähnten Anträge nur das von den Parteien erstrebte Endziel bezeichnen, daß aber die unmittelbare Verwirklichung jener Forderungen nicht in Aussicht genommen ist, daß man sich vielmehr zurzeit mit Änderungen des preussischen Wahlrechts zufrieden geben wird, die in der Richtung der erstrebten Endziele liegen.“

Das reaktionäre Scharfmacherorgan ist von dieser „weisen Realpolitik“, wie sie den Verrat an der wichtigsten demokratischen Forderung nennt, natürlich entsetzt. In der Tat, bessere Helfer als die Wiener, Kopsch und Fischel hat die preussische Reaktion noch nie befehlen.

## Wirrungen - Wirrungen.

Wien, 27. November. (Eig. Ber.)

Nun ist auch David v. Abrahamowicz Minister geworden, und er wurde dem österreichischen Abgeordnetenhaus heute auf dem Tage vorgestellt, da er vor zehn Jahren die Polizisten ins Haus der Gesetzgebung geführt und die Abgeordneten des Volkes aus dem Saale, in den sie der Wille ihrer Wähler gesendet, hatte schleppen lassen! Zehn Jahre sind eine lange Zeit, und unsere raschlebige Gegenwart vergiftet nur allzu schnell die Dinge, von denen man gemeint, daß sie unvergänglich sind. So wäre auch der zehnjährige Gedenktag an jene heißen, von Leidenschaft durchglühnten Novembertage, da das System Badeni mit allem, was drum und dranhing, unter der zermalmenden Wucht des sozialdemokratischen Angriffes zusammenbrach, ohne besonderen Eindruck vorübergegangen. Die Ernennung eines der Haupthelden jener traurigen Zeit, des damaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der an dem Rechtsbruch der Herzogin und an den nachfolgenden Schandungen des Parlamentes die größte Schuld trägt, hat nun das Gedächtnis aufgefrischt, und so ist es nicht überraschend, daß Herr v. Abrahamowicz, als ihn der Ministerpräsident gestern dem Parlament als neuen Minister für Galizien vorführte, mit einem nur eben im österreichischen Abgeordnetenhaus möglichen Hellenkonzert empfangen wurde. Da überdies das Abgeordnetenhaus in der vorigen Sitzung auf Antrag des polnischen Sozialdemokraten Dr. Diamant beschlossen hat — wobei sich die gewiesene Regierungsmehrheit unwillkürlich in eine unterniedrige Minderheit verwandelte —, über die Ernennung des Abrahamowicz eine eigene Debatte zu führen, so wird noch weiter dargetan werden, welche „Verlebung“ der Regierung Bed durch die Ernennung des einstigen Polizeipräsidenten zum Minister geworden ist.

Jener 26. November des Obstruktionsjahres 1897 war der Höhepunkt aller krankhaften Zustände, in die das damals durch die Einführung der allgemeinen Wählerliste gerade demokratisierte Parlament infolge der deutschen Obstruktion geraten war. Die Obstruktion, die seither dem österreichischen Parlamentarismus als legale, ja normale Einrichtung einverleibt ist, richtete sich bekanntlich gegen die von Badeni erlassenen Sprachverordnungen, durch welche die gesamte Verwaltung und Rechtsprechung in Böhmen und in Mähren doppeldeutsch (deutsch und tschechisch) gestaltet werden sollte. Damals wollte man noch nicht glauben, was man jetzt weiß und was man immer sofort durch bedingungslose Kapitulation anerkennt: daß eine Obstruktion, die durch den Willen der Wählerschaft fundiert ist, einfach unüberstehtlich wirkt und daß ihr in der Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses, die auf kurzem Wege nicht abzuändern ist und in der sich jede Opposition wie in einer Festsung verschranken kann, ein Arsenal von Waffen zur Verfügung steht, denen keine Majorität gewachsen ist. Um die Festsung in die Luft zu sprengen, wurde jene Herzogin erlommen (benannt nach ihrem Antragsteller, dem vormaligen, so berühmten Ackerbauminister der Regierungen Taafies, dem Grafen Falkenhayn), die den Präsidenten „ermächtigen“ wollte, widerspenstige Abgeordnete aus den Sitzungen des Hauses auszuschließen und von einer zu diesem Zwecke zu organisierenden Parliamentswoche kurzweilig aus dem Saale zu weisen! Der schändliche Rechtsbruch lag darin, daß für die Beschlussfassung, die diese neue „Ordnung“ schaffen sollte, nicht die Formen eingehalten wurden, welche die Geschäftsordnung zur Beschließung neuer geschäftsordnungsmäßiger Bestimmungen mit der größten Entschiedenheit vorschreibt. Sie selbst war also der stärkste Angriff auf die par-

lamentarische Ordnung, und sie war dadurch die schändlichste Verletzung der Rechte des Hauses, der sich zu beugen und die zu achten natürlich niemand verpflichtet war. Die Herzogin wurde am 25. November beschossen, und am Tage danach, an dem geschichtlichen 26. November, lag sie in Trümmern! Die mutige Tat unserer Genossen gehört der Geschichte an: Die vierzehn Sozialdemokraten erstürmten die Präsidententribüne und jagten das gesetzbrecherische Präsidium in die Flucht! Darauf marschierten die Polizisten in den marmornen Saal; den Sitz des Präsidenten usurpierte ihr Kommandant, und Mann um Mann wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten von den Schergen der Gewalt von der Estrade gezerrt und aus dem Saale geschleppt. Sie kamen zurück, und nun zwangen sie den Abrahamowicz, das Werk zu Ende zu führen und jeden von ihnen auszuschließen. Elf Sozialdemokraten und zwei Aldeutsche wurden auf diese Weise entfernt, ausgeschlossen und von den Polizeifäusten hinausgedrängt. Dann kam noch ein Tag, da die bürgerlichen Abgeordneten die Sitzung durch wahrhaftigen Lärm unmöglich machten, es kam am Sonntag der große Aufmarsch der Arbeiter auf der Ringstraße, zu dessen Sprengung Husaren aufgebieten wurden, es kam das amtliche Extrablatt, das die Entlassung Badenis verkündete, und der weiße Schreden hatte ausgetobt. Proletarischer Mut und sozialdemokratische Kraft hatten das Parlament von seinen Bürgern befreit.

Und jener Polizeianführer ist nun Minister geworden! Zwar ist Herr v. Abrahamowicz von der politischen Bildfläche niemals verschwunden, er hat sich sogar im Kampfe um die Wahlreform weitaus verständiger gezeigt und ausgeführt als seine deutschen und tschechischen Rastgenossen, die „verfassungstreuen“ und die konserwativen Großgrundbesitzer jämmerlichen Angebens. Zwar ist er nur polnischer Landmannminister (ohne Portfeuille) geworden; dennoch zeigt seine Berufung nur allzu deutlich, daß dem Herrn v. Bed das Augenmaß für die Imponderabilien fehlt und daß seine Kenntnis der psychologischen Antriebe der österreichischen Politik nur sehr dürftig ist. Die Ernennung des polnischen Schlachzigen zum Minister erfolgte eigentlich nur, weil er dem durch das neue Wahlrecht einermachten demokratisierten Bolenklub als Obmann nicht mehr genehm war; die Ministerchaft sollte das Ausgedinge für den einst so mächtigen und gebietenden Mann sein. Aber der neue Minister bringt der Regierung weniger Stimmen ein, als er ihr Sympathien entzweigt. Auch ist die Zeit für diese listigen, verbliebenen Politiker gründlich vorbei; jetzt werden die parlamentarischen Schlächten nicht mehr in den Hinterzimmern entschieden, vielmehr bereitet sich Erfolg und Niederlage in den Kämpfen der Klassen und Parteien selbst vor. So sind die Irrungen des sonst so gewandten Ministerpräsidenten unverkennbar: er ergänzt seine Regierung in mechanischer Weise, er opfert die organische Einheit, ohne die ein dauerndes Regieren schlechthin unmöglich ist. Er addiert seine Mehrheit zusammen, indem er den Parteihäuptlingen zur Ministerherrlichkeit verhilft. Dem rekonstruierten Kabinett Bed liegt keine Koalition von Parteien zugrunde, vielmehr befehden sich die Parteien, seitdem sie „zusammen“ ein Ministerium bilden, in härterer und geschäftiger Weise als vorher. Der Ministerpräsident hat sich nur ihrer Stimmen für den Ausgleich zu versichern gewußt, indem er ihren markantesten Strebern Amt und Würde verschaffte. Nach dieser Methode sind die zwei Bauern, der tschechische Präfekt und der deutsche Präfekt, zu Landmannministern berufen worden, weil keiner dem anderen das Ackerbauministerium gönnen wollte. Die Vertreter eines engstirnigen Klassenegoismus in jenes Amt gestellt, dem die Wahrung der Interessen der ganzen Nation zufällt: ist das nicht der schlimmste Widerspruch? Ihn fühlen denn auch die Parteien, und ein auf solche Art zusammengelautes Ministerium kann auf Ansehen und Einfluß nicht rechnen. Herr v. Bed hat auch Gehmann, diesen jesuitischen der Christlichsozialen, zum Minister gemacht — ohne Portfeuille vorläufig, aber mit der „Amarität“ auf ein noch nicht näher bezeichnetes Arbeitsministerium, er will also in den Blod seiner Regierungsmehrheit ebenso alle Nationen wie alle Parteien, freisinnige und Merikale, spannen. Aber dazu fehlen in Oesterreich alle ökonomischen und politischen Vorbedingungen, und zu dieser wahren Entmannungspolitik des Bürgertums lassen sich die Wähler noch lange nicht verführen und einfangen. Deshalb hat das so wunderbar gemengte Koalitionsministerium die Parteigegensätze innerhalb der „Koalitions-Parteien“ nicht nur nicht abgeschwächt, sondern erst recht lebendig gemacht; seitdem Bed die Führer versöhnt und vereinigt hat, sind sich die Wähler ihrer Gegensätze erst recht bewußt geworden. Bed's Irrungen bereiten dem Parlament Wirrungen.

Der Sozialdemokratie kann kein Blod Angst einflößen, aber sie hat auch keine Ursache, der Vermischung aller Parteien zu einer mehr oder minder antisozialdemokratischen Waffe gleichgültig zuzusehen. Ihr Interesse ist es vielmehr, zu profitieren nicht minder von dem, was die bürgerlichen Parteien eint, als von dem, was sie trennt. In den Irrungen und Wirrungen dieser Einkampfpolitik steht sie als die Partei, die ebenso ihr großes Ziel unverrückbar im Auge hat, als sie ununterbrochene Erfolge für die Arbeiterklasse anstrebt und durchsetzt.

## Marokko.

Der Rückzug der französischen „Rekognoszierungs“-abteilungen an der nördlichen marokkanisch-algerischen Grenze hat eine Folge gehabt, die für die französischen Finanzkreise, die ein gewaltiges Eindringen in Marokko wünschen, vorerst sehr erwünscht sein wird, die aber für alle anderen Franzosen ein sehr bedenkliches Ereignis ist und die internationale Lage sehr komplizieren kann. Die Beni-Snassen sind über die Grenze in Algier eingedrungen und haben einzelne französische Truppenabteilungen zeitweise in starke Bedrängnis gebracht.

Die Meldungen lauten:

Paris, 28. November. Der Generalgouverneur hat dem Kabinettschef Clemenceau gemeldet, daß im Laufe des gestrigen Tages circa 2000 Marokkaner die Grenze bei Manasseh überschritten haben. Sie scherteten auf französischem Gebiet ein neues Haus ein, vernichteten Gärten und vernichteten Getreidevorräte, worauf sie nach Agdal zurückkehrten. Von französischer Seite wurden bereits die notwendigen Maßnahmen getroffen.

Paris, 28. November. Der Befehlshaber der Division Oran meldete dem Kriegsminister, daß eine starke marokkanische Kolonne nach Remours (eine etwa 30 Kilometer von der Grenze entfernte algerische Hafenstadt) unterwegs sei. Der dortige Bürgermeister ersuchte dringend um Unterstützung. Es seien unverzüglich die notwendigen Truppen abgefordert worden.

Lalla-Marnia, 27. November. (Meldung der Agence Havas.) Vor der Ankunft der dem Leutnant Maireville gesandten Verstärkungen machten dieselben Marokkaner, die gestern angegriffen hatten, heute früh einen neuen Vorstoß, überschritten den Riß und griffen den Posten Bab el Gassa an. Leutnant Maireville leistete ihnen mit 40 Goumiers und 60 Schützen Widerstand. Ueber den Ausgang des Gefechtes sind noch keine Nachrichten eingegangen.

Paris, 28. November. Aus Lalla-Marnia wird gemeldet: Der Kampf bei Bab el Gassa dauerte von 10 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags. Zehn Mann wurden getötet, unter ihnen Leutnant Saint Hilaire, und sechs verwundet, darunter Kapitän Deville. Einer Kompanie Turkos aus Remours und Jägern zu Pferde aus Ubschda gelang es, die in einer Felskluft eingeschlossenen Franzosen zu entziehen. — Einer Meldung aus Oran zufolge sind heute früh zwei Kompanien Turkos in Kriegsstärke nach Bab el Gassa und Sidi bu Djanan abmarschiert.

Paris, 28. November. Die Morgenblätter berichten aus Oran über die militärischen Maßnahmen, welche zur Verstraffung der marokkanischen Truppen getroffen worden sind, daß Oberst Reibel sämtliche Eingeborenen einberufen hat. Ein Bataillon des 2. Fremdenregiments hat den Befehl erhalten, von Saïda nach Marnia abzugehen. Eine Schwadron Spahis wurde in Sidi bei Abbas mobilisiert und ist per Eisenbahn nach der Grenze beordert worden. Eingeborene versichern, daß der Stamm der Beni-Snassen und der Miffaner einen Vertrag abgeschlossen haben, um gemeinschaftlich die französischen Truppen anzugreifen, Ubschada wieder zu erobern und sich auch der Stadt Marnia zu bemächtigen. Längs der Küste herrscht lebhafteste Unruhe.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. November 1907.

### Badische Finanzlage.

In der heutigen Sitzung der Zweiten badischen Kammer legte der Finanzminister Hensel die Lage der badischen Finanzen dar, die sich nach seiner Versicherung in einem sehr günstigen Zustand befinden. Im Jahre 1906 betrug, wie er ausführte, der Einnahmeüberschuss im ordentlichen Etat 5 000 000 M. und reichte zur Befreiung der außerordentlichen Ausgaben nicht nur völlig aus, sondern es konnten davon noch 900 000 M. zur Vermehrung des Betriebsfonds verwendet werden. Verschlechtert wird das Bild durch die finanzielle Kottage des Reiches, und es ist notwendig, das Reich endlich finanziell auf die eigenen Füße zu stellen. Baden ist durch das Reich infolge der gesunden Matrikularbeiträge, durch die Erhöhung des Biersteuerausgleichs und durch die Einführung der Reichserbschaftsteuer ohnedies belastet. Durch die beiden letzteren Tatsachen wird der badische Haushalt dauernd von 1910 ab mit etwa zwei Millionen Mark jährlich mehr belastet. Die Ausgaben des Eisenbahnbetriebes sind zu 78,62 Millionen Mark, die Einnahmen zu 106,16 Millionen Mark veranschlagt, so daß ein Ueberschuss von 27,54 Millionen Mark verbleibt. Die ordentlichen Ausgaben sind im Budget für 1908/09 mit jährlich 85 808 193 M. vorgeesehen, die Einnahmen mit 87 877 711 M. Somit beträgt der ordentliche Einnahme-Überschuss für die beiden Jahre zusammen 4 040 038 M. — Die außerordentlichen Ausgaben für 1908/09 betragen 11 703 555 M., die außerordentlichen Einnahmen 1 602 320 M., somit der Ueberschuss der außerordentlichen Ausgaben 10 101 235 M. Für die Budgetperiode ergibt sich also ein Fehlbetrag von 6 112 199 M. —

### Verhehlertes Kompromiß.

Vorgestern fand in Charlottenburg eine Versammlung statt, in der die Herren Wiener und Raumann referierten. Raumanns Unterwerfung unter die Gebote der „Fraktionspolitik“ verhilft ihm, wie man sieht, zu hohen Ehren. Er darf jetzt Herrn Wiener die Versammlungen füllen helfen.

In der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die im ersten Teil die Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen fordert. Dies wäre klar und eindeutig gewesen und hätte damit der politischen Vergangenheit des Abgeordneten Raumann entsprochen. Leider erhielt aber die Resolution einen Zusatz, die der zweideutigen Politik der Freisinnigen Vollspartei entspricht. Darin wird die Erwartung ausgesprochen, daß „die liberalen Fraktionen auch weiterhin (!) mit allem Nachdruck auf die Beilegung des Dreiklassenwahlrechts hinarbeiten“ werden und von der preussischen Regierung baldigst „eine gründliche Reform des Landtagswahlrechts“ gefordert. Da aber schon vorher das gleiche Wahlrecht gefordert war, so ist diese zweite Forderung nach einer „gründlichen Reform“ nichts als eine Abjähigung der echten. Wiener will sich eben für seine geliebte Blodpolitik keine Hindernisse in den Weg legen, und Raumanns einmal so heisse Begehren nach der Demokratie ist bereits zum platonischen Verhältnis abgefallen. Die Versammlung hat leider die freisinnige Lüge nicht durchschaut und die Resolution unbedeutend abgelehrt. Die bürgerlichen Wahlrechtsfreunde mögen aber daraus die richtige Lehre ziehen und künftighin den Fraktionspolitikern etwas scharfe auf die Finger sehen.

### Die „Deutsche Vereinigung“

ist nunmehr mit einem Aufruf, der ihre Grundsätze und Aufgaben enthält, an die Öffentlichkeit getreten. Danach beabsichtigt die „Deutsche Vereinigung“ nicht, eine politische Partei zu gründen und dadurch „überzeugungstreue Männer zu veranlassen, daß sie ihre politische Parteilichkeit preisgeben“, sondern sie will dem Gedanken dienen, „daß wir Söhne eines Landes sind, dessen große Vergangenheit die erste Forderung an uns stellt, durch einträchtige gemeinsame Arbeit ihre hohen Errungenschaften zu hüten und auszubauen“. Diese Arbeit wurde aber durch gewisse Erscheinungen erschwert und gefährdet:

„Konfessionelle Spannungen und Gegensätze bedrohen den religiösen Frieden. Der konfessionelle Zwiespalt wirft seine Schatten auch auf politische, nationale und soziale Fragen und droht das Leben unseres Volkes zu vergiften. Nicht selten wird sogar die Haltung des einzelnen in rein politischen und wirtschaftlichen Fragen zur Verdächtigung seines religiösen Bekenntnisses mißbraucht.“

Die Hauptaufgabe unserer Zeit, der Kampf gegen die Verbreitung des Unglaubens und die Mächte des Unfortschritts, könne aber nur von einem einigen Bürgertum verrichtet werden, deshalb müsse es als eine Pflicht aller Staatsbürger christlichen Glaubens erachtet werden,

sich unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit zu einer alle christlichen Bekenntnisse umfassenden Vereinigung zusammen zu schließen, um unter Beförderung der konfessionellen und wirtschaftlichen Gegensätze einen entschiedenen Kampf für die höchsten Güter unseres Volkes und die Wohlfahrt des Vaterlandes zu führen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, seien Männer der verschiedenen christlichen Bekenntnisse und Berufsstände als „Deutsche Vereinigung“ zusammengetreten; ihr Zweck sei „die in politischen und wirtschaftlichen Fragen übereinstimmenden deutschen Katholiken mit den gleichgesinnten Staatsbürgern des anderen christlichen Bekenntnisses zur kraftvollen Förderung der vaterländischen Interessen zusammenzuschließen“. Als besondere Aufgaben der Vereinigung werden angegeben:

1. Die Sicherung und Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung des Deutschen Reiches.
2. Die Pflege des christlichen und deutschen Charakters unseres Staats- und Volkslebens, der Schutz aller Bekenntnisse und die



Sicherung ihrer vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, der Ausgleich der konfessionellen Gegensätze auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete und die Förderung gegenseitiger Achtung der religiösen Überzeugung. 3. Die Erhaltung eines lebens- und leistungsfähigen Mittelstandes, insbesondere auch des Bauern- und Handwerkerstandes, unter Berücksichtigung der Interessen der übrigen Berufsstände und der fortschreitenden Entwicklung unserer Zeit. 4. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und die Fortführung einer Sozialpolitik, welche die Betriebe in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe unabhängig und leistungsfähig zu erhalten und gleichmäßig die berechtigten Bestrebungen der Arbeitgeber wie der Arbeiter zu schützen sucht.

Diese Aufgaben gedenkt die „Deutsche Vereinigung“ zu erreichen durch Herausgabe einer Zeitschrift, durch Veranstaltung von Vortragskursen und durch Einwirkung auf die bürgerlichen Parteien. Im allgemeinen kann man sagen: Die „Deutsche Vereinigung“ nimmt das Programm der Zentrumspartei auf, um diese damit zu bekämpfen. Denn ohne Zweifel richtet sich das Unternehmen gegen die Zentrumspartei, oder, um es genauer auszudrücken: gegen die gegenwärtig von dem Zentrum betriebene Politik. Es ist die Aufsehung der „besseren“ Katholiken gegen die oppositionelle Haltung des Zentrums, gegen die Zugeständnisse, die die Partei seinem proletarischen Gefolge durch Aufstellung von Arbeiterkandidaturen gemacht hat, gegen das erzwungene Klassenbewußtsein der katholischen Arbeiter, die bei Stichwahlen dem sozialdemokratischen Klassenorganen den Vorzug geben vor dem bürgerlichen Scharwader. Das Zentrum ist reaktionär durch und durch; der Zwang der Umstände oder die tatsächliche Berechnung verleitet es gelegentlich zu einer Art von Opposition nach oben und zu kleinen Konzessionen nach unten. Das geht gewissen feudalen, kapitalistischen und beamteten Elementen wider den Strich; das Zentrum muß mit in den Block, mit in die konservativ-liberale Paarung hinein, und um das zu bewirken, hat man die „Deutsche Vereinigung“ gegründet, die als einziger Feind nur den „Unglauben“ und den „Umschlag“, d. h. die Sozialdemokratie kennt.

603 Unterschriften hat der Aufruf der „Deutschen Vereinigung“ bisher gefunden und zwar vorwiegend aus Rheinland-Westfalen. Darunter finden sich die Vertreter der bekanntesten katholischen Adelsfamilien: Goendbroeck, Fürstenberg, Landberg, Vos, v. d. Rede, Plettenberg, Schorlemmer, Westerholt, Wolff-Meternich, Hövel, Naadt usw., Angehörige der katholischen Bourgeoisie, höhere und niedere Beamte und zahlreiche Agrarier. In der Hauptsache handelt es sich um dieselben Kreise, die bei den letzten Reichstagswahlen als „Nationalkatholiken“ mit eigenen Kandidaturen dem Zentrum in einigen rheinischen Wahlkreisen entgegengetreten. Doch muß die „Kölnische Volkszeitung“ zugeben, daß unter den Unterschreibern auch Leute sind, über deren bisherige Zugehörigkeit zum Zentrum kein Zweifel besteht.

Im letzten Wahlkampfe haben die Nationalkatholiken schlecht abgeschnitten; das ist bei der festgelegten Organisation des Zentrums und der Unbereitschaft der Gegenseite nicht weiter verwunderlich. Es wäre verkehrt, auf Grund dieses Fehlschlages nun mit einer dauernden Erfolglosigkeit zu rechnen. Allem Anschein nach ist das jegliche Unternehmen gut vorbereitet; zahlreiche Leute mit großem Einfluß haben sich dafür verbürgt; der Oberpräsident der Rheinprovinz leiht der Sache seine Unterstützung; Kardinal Fischer hat bei der letzten Wahl einem nationalkatholischen Kandidaten schriftlich sein Wohlwollen zu erkennen gegeben; die Zentrumstreue in den „besseren“ und amtlichen Kreisen ist sehr abhängig von Günst und Geschick — man darf also immerhin mit einigem Recht auf den weiteren Verlauf der Dinge im Zentrumslager gespannt sein.

### Das Land der Dattelkiste keine Lungenheilstätte!

Man hat, um den kolonialen Juror während der Gottenkottewahlen aufzufächeln, nicht nur die märchenhaftesten Dinge von der Besiedlungsfähigkeit Südwestafrikas erzählt, sondern auch sein Klima als ein Wunder an Gesundheit gepriesen. Man hatte es geradezu als eine riesenhafte Lungenheilstätte andposaunt. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, lehrt ein Artikel eines alten Afrikaners, des Hauptmanns A. D. Gutter, im „Verl. Tageblatt“.

Da erfahren wir zunächst, daß „eigentlich kein Landstrich malariafrei ist“. So intensiv wie in dem „berühmtesten Kamerun“ trete die Krankheit zwar nicht auf. Immerhin sei vor Jahren einmal die Militärstation Otavi „geradezu ausgestorben“, der Friedhof dort sei Zouge. Aber „auch in recht vielen anderen Orten im Norden begegnet man doch recht viele mit dem typischen, von der Guineaküste her so wohlbekannten Fieberhabitus“. Namentlich die Kindersterblichkeit sei groß. Gutter selbst wurde von der Krankheit heftig befallen. Und der ihn behandelnde Stabsarzt, ein „erprobter Praktiker“, ist nach Gutter davon überzeugt, daß trotz aller sanitären Maßnahmen Südwestafrika stets von Malariaepidemieperioden heimgesucht werden wird!

Auch für Lungenkranke sei das Klima keineswegs zuträglich. Es wehe fast ständig ein starker Wind, der ungeheure Mengen Staub aufwirble. In den windgeschützten Tälern aber brüte eine unerträgliche Hitze. Ueber die Idee, in Südwestafrika Lungenheilstätten anzulegen, hätte sich nicht nur der erwähnte Stabsarzt, sondern auch noch ein zweiter seit Jahren in der Kolonie tätiger Arzt in einer Weise geäußert, die einfach nicht wiederzugeben sei.

Und diese obendrein von Malaria und Sandstürmen heimgesuchte Wüste hat Herr Dernburg als ein „Reudeutschland“ bezeichnet!

### Für die Fahrkartensteuer

Bricht die „Kreuz-Zeitung“ eine Lanze. Sie stellt sich, als begriffe sie nicht die Motive des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung dieses so grotesk mißglückten Steuerexperiments. Denn die meisten Arbeiter fahren doch in der vierten Klasse, die unbesteuert geblieben sei, auch sei die dritte Klasse nur gering besteuert. Offenbar handle es sich hauptsächlich um parteitaktische Zwecke.

Der „Kreuz-Zeitung“ sollte eigentlich nicht ganz unbekannt sein, daß sich die sozialdemokratische Partei von allem Anfang an gegen diese ebenso törichte, wie unwirksame Steuer gewendet hat. Wir sollten meinen, daß auch schon eine relativ geringfügige Belastung der Passagiere dritter Klasse, die sich zum großen Teile aus Arbeitern und anderen Nichtbesitzenden rekrutieren, Grund genug für die Sozialdemokratie ist, diese Steuer zu beseitigen. Ganz abgesehen davon, daß ja bereits die Nationalliberalen eine Ausdehnung der Steuer auch auf die vierte Klasse empfehlen, um sie rentabler zu gestalten. Da gebietet es wirklich die Vorsicht, den ganzen Steuermonstrum rechtzeitig den Krügen umzuwenden, bevor auch die Konservativen sich für diese lebenswichtige Idee erwärmen.

Und die „Kreuz-Zeitung“, die die Belastung der Fahrgäste der dritten Klasse so als Lappalie behandelt, sollte doch bedenken, daß die weit zahlungsfähigeren Passagiere der 2. Klasse, die für sie noch weit bedeutungslosere Steuer so unangenehm empfanden haben, daß sie nun zum guten Teil die 3. Wagenklasse benutzen! Warum

sollten die Proletarier da opferwilliger sein, als die doch der „Kreuz-Zeitung“ vielfach nicht sehr fernstehenden Reisenden der 2. Klasse!

Im übrigen verwirft die Sozialdemokratie die ganze unangenehme Steuerfiktorei aus dem prinzipiellen Grunde, weil sie für eine energische Heranziehung der Leistungsfähigen durch eine progressive Reichseinkommensteuer und Reichserbschaftsteuer eintritt. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ wirklich für Steuern ist, die von den Besitzenden aufgebracht werden, so mag sie sich unserer Forderung nur recht lebhaft anschließen!

### Unnötige Sorge.

Der Redaktion des „Reichsboten“ hat sich lange Sorge bemächtigt. Sie fürchtet bereits den Anbruch einer Ära terroristischer Schreckenstaten in Deutschland. Das Blatt schreibt:

„Auch die Woffen und Geschosse mögen teils eise für das Jarenreich bestimmt gewesen sein. Aber sicher geht man darin zu weit, mit voller Bestimmtheit anzunehmen, daß der Fund in allen seinen Einzelheiten nur für das Jarenreich bestimmt gewesen ist. Doch der sozialdemokratische Stadtverordnete und der Expediteur des „Vorwärts“ an der ganzen Sache beteiligt sind, darf trotz allem, was diese Herren dagegen sagen, mit größter Bestimmtheit angenommen werden. Diese werden schließlich allein und ausschließlich für Rußland arbeiten... Deshalb ist es wirklich nicht abzusehen, warum die Sozialdemokraten, die alles in Europa und jenseits des Ozeans revolutionieren wollen, die immer die Gewalttaten verteidigen, wenn sie von ihren Freunden verübt worden sind, warum sie lediglich das Deutsche Reich vom gewaltigen Umschlag verschonen wollen.“

In der Tat, die Sache ist bedenklich. Wahrscheinlich werden sich in der Kroyß-Rittale in der Zimmerstraße die Postkassen bereits wieder mit Revolutionen versehen haben. Die Redaktion des „Reichsboten“ braucht sich aber trotzdem nicht zu ängstigen. Wenn auch nach der Versicherung eines Blattes die Geschosse der Paradesumpfwaffen noch auf 1000 Meter ein zollbides Eisenbreit durchbohren — das Brett vor dem Kopf der „Reichsboten“-Redakteure werden sie nicht durchschlagen!

### Philii bemüht die Staatsanwaltschaft.

Wie der „Tag“ meldet, hat Fürst Eulenburg bei der Staatsanwaltschaft den Antrag gestellt, gegen Justizrat Gerulstein und Maximilian Harden die öffentliche Anklage wegen Verleumdung zu erheben. Die Staatsanwaltschaft hat diesem Antrage Folge gegeben. Ingrunde gelegt wird die Tatsache, daß die beiden Verleumdigen in ihrem Waldoper im Volke-Harden-Prozess mit Bezug auf den Fürsten Eulenburg Kundstüde gebräutet, die nach der Ansicht der Anklagebehörde geringfügig sind, die Ehre des Fürsten Eulenburg zu schädigen.

Da werden ja Harden und sein ehemaliger Verteidiger Gelegenheit haben, mit dem hundertmal schlimmeren Material heranzugreifen, von dem sie fortgesetzt sprechen.

### Waren es wirklich Meuterer?

Als Berufungsinstanz hatte sich dieser Tage das Oberkriegsgericht des 4. Armeekorps zu Magdeburg mit einer eigenartigen Sache zu beschäftigen. Die Musikleitere Alfred Wrembach und Hermann Kumiß von der 12. Komp. des Inf.-Reg. Nr. 72 standen unter der Anklage, den Wachdienst bei den Schießständen in Vernburg am 8. September d. J. vorzeitig verlassen zu haben, um dem Vernburger Schützenfest einen Besuch abzustatten. Der wachhabende Offizier forderte die beiden, als sie vor der Ablösungszeit fortgehen wollten, zweimal auf, zu bleiben, woran sich die Angeklagten aber nicht lehrten. Bei ihrer Vernehmung gaben sie an, daß ihr Verhalten nicht absichtlich erschienen könne, wenn man bedenke, daß der Wachdienst bei den Schießständen stets außerordentlich nachlässig gehandhabt würde. Von den Zeugen wurde diese letztere Behauptung bestätigt. Als Beweis führten die Angeklagten unter anderem an, daß sie der Sache, die sie abzulösen hatten, schon unterwegs begegnet wären. Der wachhabende Offizier hatte als Zeuge in der ersten Verhandlung diese Behauptung bestritten und gesagt, er habe die Sache vorschriftsmäßig übernommen. Bei seiner diesmaligen Vernehmung gab er zu, die abzulösende Wache schon unterwegs getroffen zu haben. Er habe das erste Mal anders ausgelegt, weil er das Bataillon vor einer Schmeinnerei habe bewahren wollen. Von der ersten Instanz waren die Angeklagten zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden und zwar wegen Verlassens des Wachpostens und Beharrens im Ungehorsam. Das Oberkriegsgericht sah mit dem Vertreter der Anklage Meuterer als vorliegend an und verurteilte Kumiß zu einem Jahre und Wrembach zu neun Monaten Gefängnis. Der Anklagevertreter meinte, solche Verurteilungen seien in der deutschen Armee einfach ungläublich. Waren aber die Angeklagten wirklich Meuterer? Mühte ihnen nicht die allgemeine Disziplinlosigkeit, in der niemand mehr eine solche erblühte, zugute gerechnet werden? Man kann neugierig sein, ob nun das ganze Bataillon, soweit es an dem Wachdienste bei den Schießständen beteiligt war, unter Anklage gestellt wird.

### Aus dem Junkerparadiese.

Die Begünstigung der ostpreussischen Agrarier betrifft die preussische Staatsregierung mit allen Mitteln. Gleich fünf Geheimräte, dem Landwirtschafts- und dem Handelsministerium angehörig, bereifen zurzeit Ostpreußen, um die Wünsche der Junker persönlich in Empfang zu nehmen. Den ausländischen Saisonarbeitern soll es an den Krügen gehen. Durch strengere Vorschriften über die Legitimationen und erweiterte Befugnisse der Polizei soll es den sicher nicht verordneten russisch-polnischen Landarbeitern noch mehr als bisher erschwert werden, sich durch Davonlaufen der oft unrichtigen Verhandlung zu entziehen. Auch die Arbeitsvermittlung soll noch eine weitere Vergünstigung erfahren. So durch Fahrpreisermäßigung von 50 Proz. für den Umzug von Arbeitern aus Entfernungen von über 25 Kilometern. Und das alles, trotzdem die Großgrundbesitzer förmlich in Golde schwimmen! Das Werk — die unerschütterte Bereicherung der Junker — das Raddielkt begonnen, wird von Wollke mit erhöhtem Eifer fortgesetzt. Die Junker in der preussischen Regierung wissen, was sie den Junkergenossen im Lande schuldig sind.

Sum Schuke der Autorität! In der entsetzlich hohen Strafe von zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilte das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg den Musikleiter Prof. von der 2. Kompagnie des 165. Infanterieregiments, Prof. sollte in einem Zustande sinnloser Trunkenheit — er war so betrunken, daß er sich kaum auf den Beinen zu halten vermochte — einem Unteroffizier gegenüber „unbotmäßige“ Reden geführt und ihn tätlich angegriffen haben. Das Gericht sah den tätlichen Angriff des Betrunkenen als erwiesen an und erkannte auf die erdöhlte hohe Strafe. Die Trunkenheit wurde nicht als Strafmilderungsgrund angesehen, da sie selbstverschuldet gewesen sei. So schlägt die Militärjustiz die Autorität!

### Oesterreich.

#### Die Galerie!

Wien, 28. November. (W. Z. V.) (Abgeordnetenhaus.) Die Abgg. Stranßky, Hoch und Fro protestieren gegen die Versuche, die Ausgleichsvorklagen auf dem Dringlichkeitswege zu verhandeln, ehe der Bericht des Ausschusses vorliegt. Sie bezeichnen diesen Vorgang als einen Versuch der

Geschäftsordnung. Der Präsident erklärt den Antrag für vollkommen geschäftsordnungsgemäß. Abdann werden die Beratungen über die Dringlichkeitsanträge betreffend die Lebensmittelverteuerung fortgesetzt. Sie beginnen mit tatsächlichen Berichtigungen, wozu bisher 16 Redner eingetragen sind. Nach 18 tatsächlichen Berichtigungen nimmt das Haus namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag Schrammel (Soz.) vor. 207 Stimmen sind dafür, 193 gegen die Dringlichkeit, welche mangels der erforderlichen Zweidrittelmajorität abgelehnt erscheint. Das Abstimmungsergebnis wird von den Sozialdemokraten mit andauernden stürmischen Schrei-Rufen, von den Christlich-Sozialen mit Beifallsstößen aufgenommen. Die Proteste der Sozialdemokraten dauern längere Zeit. Die stark besetzte Galerie mischt sich in die Kundgebungen ein. Ununterbrochen hört man beleidigende Juruse gegen die Abgeordneten, welche gegen die Dringlichkeit gestimmt haben; man sieht drohend geballte Fäuste. Der Präsident, welcher inmitten des andauernden Lärmes sich nicht verständlich machen kann, veranlaßt die Räumung der Galerie, welche sich nur langsam vollzieht. Die Galeriebesucher schreien ununterbrochen. Im Saal herrscht große Erregung über die Einmischung der Galerie. Wiederholt kommt es zu Zusammenstößen zwischen Abgeordneten beider Lager, die zu Tätlichkeiten auszuarten drohen. Es gelingt jedoch den besonnenen Elementen, dieselben zu verhindern. Nach mehr als einviertelstündigem ununterbrochenem Lärm wird der Dringlichkeitsantrag Schrammel abgelehnt.

### Italien.

#### Die Wiedereröffnung des Parlamentes.

Rom, 25. November. (Fig. Ver.)

Am 28. November wird endlich auch das italienische Parlament seine Arbeiten beginnen. Spät, wie in jedem Jahre, aber nicht später, obwohl der Prozeß Rasi den Vorwand dafür hätte abgeben sollen, das Parlament während der Tagung des obersten Gerichtshofes gar nicht einzuberufen. Die Proteste gegen diesen Plan, der ja für die Regierung viel Annehmlichkeiten bot, haben Wolliti davon abgebracht, die Parlamentserien ins Ungemessene zu verlängern.

Wenn nun auch die Kammer nicht eben viel gesetzgeberische Arbeiten vorfindet — wenigstens solche, die Spuren in Leben des Landes lassen —, so hat sich doch seit dem Sommer gar manches Material angehäuft, das zu Interpellationen Anlaß gibt. Viele Ereignisse, die die öffentliche Meinung in den letzten Monaten bewegt haben, werden im Parlament noch einmal zur Sprache gebracht werden. So sind eine Reihe von Interpellationen über die Skandale in den kerikalten Erziehungsanstalten eingereicht worden, andere über den Streik der Eisenbahner, über die Generalstreiks von Mailand und Turin, über die Agrarbewegung in Apulien, über Justizmißbräuche usw. Es fehlt nur das eine: eine Interpellation über den Fall Rasi. Und doch hat jeder das Gefühl, daß die Kammer auch diesmal nicht darum kommen wird, sich mit der ewigen Affäre zu beschäftigen.

Wird das Parlament die Basis der Anklage gegen den Exminister erweitern und die Frage der Unterstützungsgelder vor den Senat bringen? Oder werden die dieser Erweiterung entgegenstehenden mächtigen Interessen mächtig genug sein, um die Sache, die der Skandal der Skandale zu werden droht, zu erlösen? Die Antwort auf diese Frage werden wohl die ersten Parlamentstagen geben.

### Kommunales.

#### Stadterordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 28. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vortrager-Stellvertreter Rischel nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Es erfolgt zunächst die feierliche Einführung und Verpflichung der neugewählten Ersatzmänner für die verstorbenen Mitglieder Lins und Wallach, der Herren Architekt Lenz und Bankier Pöcher.

Der Ausschuss für die Vorklage betr. die Befoldungsverhältnisse der Assistentenärzte usw. gehören auch die Stadterordneten Block, Koblenger, Schubert und Dr. Wenzl (Soz.) an. Der Gemeindebeschluss von 1901 betr. die Bewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt beschäftigten Personen soll entsprechend den Verbesserungen, welche die Beschäftigung vom Mai 1907 für die Staatsbeamten auf diesem Gebiete gebracht hat, und auch sonst nach Maßgabe des herangezogenen Bedürfnisses reformiert werden. Die bisherigen Beschränkungen in Bezug auf Anrechnung von Arbeitszeit sollen fortfallen, die Arbeitszeit beträgt vom 18. (statt vom 21.) Jahre gerechnet werden, der Mindestjah des Ruhegeldes von 2/10 auf 3/10 (nach zehnjähriger Arbeitszeit) erhöht werden und jährlich um 1/100 bis zu 3/100 nach 30 Dienstjahren, dann jährlich um 1/100 bis zum Höchstjah von 3/100 nach 40 Dienstjahren steigen.

Die Stadtvv. Gross und Genossen (Soz.) beantragen Ausschuhberatung.

Stadtv. Schubert (Soz.): Anzuerkennen an der Vorklage ist, daß sie bei der Anrechnung von Arbeitszeit vom 21. auf das 18. Lebensjahr heruntergeben will und daß sie den Mindestjah für Ruhegeld von 2/10 auf 3/10 erhöht hat. Wenn wir trotzdem Ausschuhberatung beantragen, so geschieht es, weil wir einige Härten der Bestimmungen nach gemildert sehen möchten, so besonders die bisherige Anrechnung der gezahlten Invalidengelder. Schon 1901 hatte Kollege Heumann die Beseitigung dieser Bestimmung gefordert, Kollege Goldschmidt wies darauf hin, daß nach § 43 des Invaliditätsgesetzes das Recht auf Rente ruht, wenn der Betreffende von einer Gemeinde Ruhegeld bezieht. Der Oberbürgermeister hatte damals diese Bestimmung bedauert, weil dadurch Wohlthäter, die den Arbeitern an sich gern gewährt würden, ihnen vorenthalten würden. 1904 hat man dann aber beschloffen, nur die Hälfte der Invalidenrente in Abzug zu bringen. Berlin mühte doch dem Beispiel von Augsburg, Frankfurt a. M., Mainz und anderen Städten folgen und die ganze Invalidenrente als nicht abzugsfähig erklären. Von Wichtigkeit ist es dann, daß die Witwen- und Waisenbegüge ausgedehnt werden. In Berlin erhält eine Witwe nach 10 Jahren 160 M., nach 20 Jahren höchstens 240 M., täglich 18 Pf. in Charlottenburg hingegen in W. in der Falle 250 M., in Hannover soviel, daß sich Armenpflege erübrigt. Vor allem muß ein Hagbares Recht auf Ruhegeld festgelegt werden, wie das der verstorbene Stadterordnete Hugo Sachs schon seinerzeit betont hat, ebenso der Oberbürgermeister Dr. Wender in Breslau. Auch in Frankfurt a. M. ist das Ruhegeld einlagbar. Ich bitte Sie dringend, im Interesse der städtischen Angestellten im Ausschuh alle diese Momente zu berücksichtigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Goldschmidt (R. L.) dankt dem Magistrat, daß er dem Beispiel des Staates gefolgt sei, ja, sogar nicht gewartet hat, bis der Staat bestimmte Vorschriften bezüglich der Verrückung der städtischen Angestellten in dieser Beziehung gemacht habe. Auch er wünsch Ausschuhberatung. Die Arbeiter, die treu der Stadt dienen, müßten bis ans Ende ihrer Tage sorgenlos leben können. Stadtv. Sonnensfeld (R. L.) schlägt sich dem Antrage auf Ausschuhberatung an, um einige Verbesserungen im Ausschuh vorzuschlagen zu können.

Stadtrat Fischel: Nach den Ausführungen des Herrn Schubert könnte es scheinen, als ob der Magistrat 1904 im Gegenfall zu 1900 insofern gewesen sei. Das ist insofern nicht der Fall, als wir uns stets nach der Spruchpraxis des Reichsverwaltungsamtes gerichtet haben und 1904 sofort die Konsequenzen gezogen haben, die eine wesentliche Verbesserung für die Angestellten gegen 1900 bedeuteten. Wenn wir dem Wege folgen wollen, den



Herr Schubert gewiesen hat, dann müßten wir auch noch den Reichszuschuß berücksichtigen und darüber noch eine besondere Rechnung aufstellen. Wenn unter anderem Breslau angeführt wird, so dürfte man dort vieles aus der Berliner Ruhegehaltsordnung als muster-gültig ansehen. Wenn Sie die Vorlage annehmen, wie sie liegt, so bin ich überzeugt, daß es keine Stadt in Deutschland gibt, die dasselbe gewährt wie Berlin. Aber der Beamte steht doch wesentlich anders da als der Arbeiter. Vor allem ist er an seine Stellung gebunden und hat kein Koalitionsrecht. Und wie sieht es denn mit der Willkür aus, von der hier die Rede war? Sie haben für die nachherige geheime Sitzung zufällig heute zum ersten Male eine Vorlage, in der der Magistrat von seinem Rechte, kein Ruhegehalt zu bewilligen, Gebrauch macht. Und auch in diesem Falle kann von Willkür nicht die Rede sein.

Die Vorlage wird darauf einem Ausschuß von 10 Personen überwiesen.

Die Bebauung des nördlich der Wellermannstraße belegenen Geländes soll dadurch gefördert werden, daß die Stadt gemeinsam mit der Norden-Terraingesellschaft vorgeht. Nach der getroffenen Vereinbarung soll die Stadt die Straße da, Abt. XI B. anlegen und die dazu von der Wollanischen Familienstiftung und von den Eigentümern Goldwasser und Neustadt abzutretenden Flächen im Enteignungsverfahren erworben werden; die Herstellung der Straßen 10e, 10d und 10a sowie des Damms der Kornholmerstraße zwischen Grünholzerstraße und Straße 5b will die Gesellschaft bewirken, doch soll die Stadt die vom Wollanischen Gelände hierzu erforderlichen Flächen auf Kosten der Gesellschaft enteignen und 112 Quadratmeter ehemaliges Straßenland der Straße 10 der Gesellschaft unentgeltlich auflassen.

Stadtv. Mertens (A. L.) befürwortet Ausschußberatung. Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Personen. Mit dem Ankauf der Grundstücksecke Landsbergerstraße 49 und 51 zum Zwecke der Verbreiterung dieser Straße hat sich der niedergelegte Ausschuß einstimmig einverstanden erklärt, nachdem es gelungen ist, den Eigentümer zu einer Ermäßigung seiner Forderung von 68 000 M. um 30 000 M. zu bewegen.

Ohne Diskussion wird dem Ausschußantrage zugestimmt. Die auf gesetzliche Verpflichtung beruhenden Wohnungs- und Effekten-Desinfektionen sollen vom 1. April 1908 ab gebührenfrei ausgeführt werden.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir werden die Vorlage en bloc annehmen. Sie hat uns mit besonderer Genugtuung erfüllt, denn solange es eine sozialdemokratische Praxion hier gibt, haben wir jahraus, jahrein die Forderung auf gebührenfreie Desinfektion gestellt. Nach der Vorlage scheint der Magistrat nicht gern seinen Beschluß, gefaßt, sondern mehr der Volksstimmung Rechnung getragen haben. Es wäre empfehlenswert, wenn der Magistrat auch in Zukunft recht oft der Volksstimmung Rücksicht einräumt, dadurch kann die allgemeine Wohlfahrt nur gefördert werden. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den Magistrat zwei Anfragen richten. Zur Desinfektion muß der Arzt feststellen, ob eine ansteckende Krankheit vorliegt. Er tappt da oft im Dunkeln. Wir haben deshalb am 7. März d. J. gewünscht, daß in dem neu in der Fischerstraße gegründeten Untersuchungsamt eine Stätte für Untersuchung infektiöser Stoffe eingerichtet werde. Der Magistrat hat darauf am 27. März eine dementsprechende Vorlage zugesagt. Wie steht es damit? Weiter haben wir am 27. Juni gewünscht eine Entscheidung darüber, welcher Deputation die Verpflanzung des städtischen Untersuchungsamtes zugewiesen werden soll.

Stadtrat Straßmann: Das städtische Untersuchungsamt wird voraussichtlich der Deputation für Gesundheitspflege unterstellt werden. Bezüglich der Einrichtung einer Stätte für Untersuchung infektiöser Stoffe an diesem Amt wird der Magistrat voraussichtlich schon morgen einen Beschluß fassen.

Die Magistratsvorlage wird darauf en bloc angenommen.

Der Magistrat legt den Entwurf einer abgeänderten Hundesteuerordnung vor.

Stadtv. Dr. Levy (A. L.) hat Bedenken gegen die Vorlage, insbesondere gegen § 10, der die Anmeldeung eines angeschafften Hundes innerhalb acht Tagen verlangt. Alle Bedenken würden sich am besten in einem Ausschuß besprechen lassen, den Redner beantragt.

Die Stadtv. Galsand (A. L.) und Imberg (A. L.) wünschen ebenfalls Ausschußberatung.

Stadtv. Willein (soz.-fortsch.) begrüßt es mit Freuden, daß die ganze Materie der Hundehaltung einmal durch die Steuerordnung geregelt werden soll.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Die Zahl der Weisiger des Kaufmannsgerichts soll von 200 auf 360 erhöht werden. Stadtv. Bress (soz.-fortsch.) begrüßt es mit Freuden, daß der Magistrat diese Erhöhung der Weisigerzahl ohne Veränderung des Status vorgeschlagen habe. Darin liege eine Anerkennung, daß das Proportionalwahlrecht sich bewährt habe. Um so lebhafter wünscht er, daß dieses Wahlsystem auch auf die Gewerbe-gerichte ausgedehnt werde. Einen begünstigten Antrag zu stellen, behält sich Redner vor.

Stadtv. Gronewaldt (A. L.) hält wegen der Verschiedenartigkeit der Kaufmanns- und Gewerbegerichte eine Trennung auch des Wahlmodus der Weisiger sowie der Räume und des Personals für geboten.

Stadtrat Bohm: Ob die Verhältniswahl beim Gewerbegericht einzuführen ist, wird im Magistrat erstritten. Der Ausschuß des Gewerbegerichts ist zu einer Äußerung aufgefordert. Dann wird der Magistrat Beschluß fassen.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Diese Äußerung klingt ja durchaus freundlich für den geäußerten Wunsch; sollte diese Forderung unbedeutend sein, so kann ich das nur sehr bedauern. Ich hoffe, der Magistrat wird sich doch noch dafür entscheiden. Beim Kaufmannsgericht hat man damit gute Erfahrungen gemacht, und der Oberbürgermeister hat eine Deputation aus Gewerbetreibenden und anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitern seine Sympathie für die Forderung zu erkennen gegeben; hoffentlich gelingt es ihm, den Magistrat für seine Auffassung zu gewinnen. Die Räume für das Kaufmannsgericht sind allerdings unzureichend; eine räumliche Trennung wünsche auch ich; einer prinzipiellen Trennung beider Gerichte würde ich aber mit aller Energie widerstreben. Dann bitte ich, den Termin für die nächsten Wahlen zum Kaufmannsgericht bald bekannt machen zu wollen; die Vorbereitungen für die Wahl in der großen Stadt zu treffen, ist nicht ganz leicht. Ferner sollten auch für die Gehilfenwahlen Wählerlisten aufgestellt werden. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Jeder Verliebte hat jetzt dem Gehilfen eine Bescheinigung ausstellen, auf Grund deren er wählen kann; es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er in mehreren Bezirken wählt, wenn er sich mehrfach eintragen läßt. Auf diese Weise sind die Wahlen leicht zu fälschen. Das muß verhindert werden.

Stadtv. Singer (Soz.): Herr Goldschmidt hat wenigstens in aller Offenheit gesprochen. Er will hier die Verhältniswahl, um parteipolitischen Nutzen daraus zu ziehen. Warum gibt die Praxion des Herrn Goldschmidt nicht im Reichstag und im Landtag diese Anregung? Die Herren nehmen dort begünstigende Befehle an, in denen von Verhältniswahl keine Rede ist. „Wer im Woadhaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“ (Rufe: Au! Heiterkeit.) Zu prinzipiellen Erörterungen über die Frage der Proportionalwahlen ist jetzt nicht die Gelegenheit; dazu ist es eine zu wichtige Frage, als daß sie so aus dem Ärmel geschüttelt behandelt werden kann. Wir sind schon auf Grund unseres Programms für die Einführung dieses Systems der Verhältniswahl; unsere Stellung zu der Frage ist also gegeben. Wir sind sogar ältere Anhänger dieses Systems, als die anderen Parteien. Sie können doch aber nicht erwarten, daß wir uns einfach da abschlagen lassen, wo die Gegner aus diesem Wahlsystem Vorteile haben, während dieselben Gegner dieses System da nicht zu veranlassen. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil veranl.:

gesehen, wo sie dann im Nachteile wären; ich verweise nur auf Rheinland-Westfalen. Wir unfererseits sind bereit, heute einem Gesetz zuzustimmen, gleichviel ob dem Gesetz über die Gewerbe- oder die Kaufmannsgerichte, welches die Verhältniswahl einführt; aber hier den Magistrat aufzufordern, etwas durch Ortstatut zu bestimmen, wo der Vorteil dem Liberalismus zufiele, während anderswo der Liberalismus dafür keine Hand rührt, das machen wir nicht mit. Hier wollen Sie bloß eine Ihnen unangenehme Gegnerschaft verdrängen.

Stadtrat Bohm: Ich habe die Stellungnahme des Magistrats nicht festlegen können und dürfen; es kommt eben auf die Beschlußfassung des Magistrats an. Die Bekanntmachung des Wahltermins wird voraussichtlich Mitte Dezember erscheinen; die Wahlen können dann in der ersten Hälfte des Februar stattfinden, wahrscheinlich am neunten. Ob auch für die Handlungsgewählten Wählerlisten anzulegen wären, ist Gegenstand sehr eingehender Beratung bei der Vorbesprechung des Statuts gewesen. Wir haben davon Abstand genommen, weil einigermassen korrekte Wählerlisten aufzustellen unmöglich ist. Der Modus, die Prinzipale zu fragen, genügt nicht, denn die Befragung müßte 6 Monate vorher erfolgen, und inzwischen hat sich alles wieder geändert, da diese Kategorie sehr fluktuiert.

Stadtv. Cassel (A. L.) spricht sich gegen den vom Kollegen Gronewaldt gemachten Vorschlag aus, die Gewerbe- und die Kaufmannsgerichte streng auseinander zu halten. Ob Bureaupersonal und Geschäftslokal für beide Gerichte die gleichen sein, ist unerheblich. Dem Wunsch der Einführung der Verhältniswahl schließt er sich an. Herr Singer habe wieder das Gebiet der hohen Politik betreten. Redner hat dazu keinen Anlaß, denn hier handele es sich um Einrichtungen für Berlin; da müsse geprüft werden, was dafür zweckmäßig sei. Die Frage des Proportionalwahlrechts sei in der freisinnigen Partei nicht durch Programm festgelegt, manche hätten dafür Sympathie, manche nicht. (Zuruf: „Und wir wissen auch, warum!“) Im ganzen Lande komme doch insgesamt die Minorität immer zum Ausdruck, im Reichstage seien auch ohne Proportionalwahlrecht alle Parteien vertreten. Etwas anderes sei es in den einzelnen Kommunen; in Berlin würde ohne das Proportionalwahlrecht nur eine bestimmte Partei die Weisiger der Arbeitnehmer stellen. Gerade im Gewerbegebiet wäre aber die Vertretung der Minoritäten notwendig. Wenn Herr Singer das System weiter durchzuführen wolle, so sei er ja durchaus berechtigt, dafür zu wirken. Unrichtig aber sei es, den Grundsatz an einer Stelle fallen zu lassen, weil man ihn nicht auch an anderen Stellen durchsetzen könne.

Stadtv. Goldschmidt: Ich kann Herrn Singer das Kompliment der Offenheit zurückgeben. Die Herren Sozialdemokraten nehmen ihr Programm also nur da auf, wo es ihnen nützt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Stadtv. Hoffmann: „Das haben Sie im Spiegel gesehen!“) Also bald so, bald so, wie's trefft! Herr Singer wird mir seinen Fall aus Rheinland-Westfalen nennen können; und wenn, so würde das nichts beweisen, denn diese Forderung steht nicht in unserem Programm. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Sie haben ja gar keine!“) Was soll man auf solchen Zuruf sagen? Nun, wir lachen ja ganz gern, wenn der heitere Herr Kollege Hoffmann einen Witz macht. (Stadtv. Hoffmann: „Ich bins ja gar nicht gewesen; aber es stimmt!“ Erneute Heiterkeit.) Bei der Kaufmannsgerichtsvorlage haben wir im Reichstage für die Verhältniswahl gestimmt. Das Gerechtigkeitsgefühl zwingt uns, den vielen tausend Arbeitern, die nicht Sozialdemokraten sind, auch eine Vertretung im Gewerbegericht zu schaffen.

Stadtv. Bress: Ich habe in meiner Unschuld nicht entfernt geahnt, daß ich einen solchen Kampf der Wagen und Befänge um die höchsten Prinzipien mit meiner Anregung einleiten würde. Die Ausführungen des Kollegen Singer hatten heute etwas von dem, was man im Jechterjargon eine „brillante Finte“ nennt. Ich bin selbstverständlich auch für die politischen Wahlen Anhänger der Verhältniswahl, sehe aber nicht ein, daß wir hier in der Lage wären, dies Prinzip in Reichs- oder Landtag zur Geltung zu bringen, während wir es aber wohl für die Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahlen können. Für die Kaufmannsgerichte besteht es bereits. Warum will Herr Singer das Prinzip, das er selbst als gerecht anerkennt, nur durch ein Staatsgesetz für alle und nicht durch ein Ortstatut für Berlin?

Stadtv. Singer: Ich habe nicht vom Standpunkt des Gewinnes oder Verlustes an Kandidaten gesprochen, sondern ich habe den parteipolitischen Standpunkt gekennzeichnet, den Herr Goldschmidt hier zugunsten seiner Partei geltend gemacht hat. Seine Ausführungen erinnern an die Taktik des Reichsverbändes gegen die Sozialdemokratie. Es ist eine unerhörte Kühnheit, mir zu unterstellen, daß wir hier in Berlin gegen dieses Proportionalwahlsystem sind, weil wir hier Verluste haben würden. Nein; ich habe erklärt, wir sind für die Verhältniswahl; aber wir wundern uns, daß die Liberalen es nur da verlangen, wo sie Vorteile haben würden. Wir können uns auf die Methode, die Sie hier anwenden, uns einen Strich zu drehen, nicht einlassen, und sehen in den Ausführungen der Herren Goldschmidt und Cassel nur Verlegenheitsreden. Herr Cassel hat ja den Beweis geliefert, indem er bemerkte, diese Forderung stünde im liberalen Programm überhaupt nicht. Eine solche Politik ist mit ethischen demokratischen Grundsätzen unvereinbar. Wird mir Herr Cassel die Frage, ob er der Sozialdemokratie freiwillig Sitze abtreten wird, wenn hier eine Mehrheit von freisinnigen Arbeitern in Berlin wäre, mit Ja beantworten?

Stadtv. Cassel: Wer heute abend hier eine Verlegenheitsrede gehalten hat, das zu beurteilen überlasse ich Ihnen. (Heiterkeit und sehr gut! bei der Mehrheit.) Daß ich erklärt hätte, ich sei in Berlin dafür, weil es unserer Partei so nahe, ist nicht richtig. (Widerpruch des Stadtv. Singer.) Sie haben das nicht bloß von Goldschmidt, sondern auch von mir gesagt. Wenn in Berlin eine Mehrheit von freisinnigen Arbeitern vorhanden ist, solche Möglichkeiten aufzustellen ist sehr hypothetisch, denn sie existiert ja nicht, aber meine Haltung würde sich dann nach meinen früheren Äußerungen ergeben, wo ich ausführt, daß es gut sei, wenn die Leute, die dort Recht nähmen, wüßten, daß es nicht bloß Leute von einer Partei seien, die da als Richter sitzen. Die Frage selbst beantwortete ich mit einem entscheidenden Ja; denn so sehr bin ich nicht Parteimann, um nicht aus allgemeinen Gründen zu wünschen, daß in der Tat alle Meinungen unter den Richtern vertreten sind, die aus den Arbeitern berufen werden. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Ritter (Soz.): Herr Cassel meinte, feststellen zu müssen, daß ein richtiges Vertrauen zu den Gewerbeberatern nicht sein könnte, wenn sie alle Sozialdemokraten sind. Hierin liegt zwischen den Heilen der Wortwurf, daß die sozialdemokratischen Weisiger parteiisch Recht sprechen. Ich lehne diesen indirekten Wortwurf als langjähriger Weisiger energisch ab. Für uns ist die ganze Sache hier heute sehr überraschend gekommen, wir müssen uns die Beschaffung des Materials für den Gegenbeweis vorbehalten.

Stadtv. Goldschmidt: Kollege Ritter müßte als Gewerbegerichtsbesitzer doch solche Behauptungen sofort entkräften können; er will aber erst sich Material verschaffen. Aus sozialer Gerechtigkeit müssen die Arbeiter, die der stärkeren Partei nicht angehören, auch Vertreter im Gericht haben. (Stadtv. Singer: Ganz einverstanden.) Welche Wirkung mag sich nun Herr Singer davon versprechen, daß er mich mit dem Reichsverband in Verbindung bringt? Ich habe mit ihm nichts zu tun. Nicht wir, sondern Sie stehen auf dem Standpunkt, die Einführung der Verhältniswahl nur von Fall zu Fall zu verlangen. Ich bezog mich bei meiner Rede auf die deutschen Gewerkschaften, und deren Zentralrat hat einmütig die Einführung der Verhältniswahl in allen Gemeinden gefordert. Sie fordern sie nur im Programm und wollen sie nur da, wo sie Ihnen nützlich ist! Das von dem „Abschlagen“ ist schon früher einmal von dem Kollegen Koblentz ausgesprochen worden. Den „Strid“ haben Sie sich aus ihrer Äußerung selbst gebildet. Was Sie heute gesagt haben, wird die nichtsozialdemokratischen Arbeiter aufmuntern, Ihnen bei den nächsten Wahlen mit aller Energie eine große Zahl von Stimmen abzu-

nehmen. Mit dem Kollegen Cassel erkläre auch ich, wir würden sofort für die Verhältniswahl stimmen. Beifall befragen muß ich die Art, wie sich Kollege Singer aus der Schlinge ziehen wollte, indem er erklärte, die Freisinnigen könnten eine ehrliche demokratische Politik nicht mehr machen, sondern nur eine durch Hintertüren. Die „ehrliche demokratische“ Politik, die die Sozialdemokratie treibt, indem sie jeden Nichtsozialdemokraten doppelt und von Werkstoff zu Werkstoff treibt, dafür bedanken wir uns! (Lebhafter Beifall, Große Unruhe.)

Stadtv. Cassel: Ich habe den Wortwurf der Parteilichkeit gegen die sozialdemokratischen Weisiger weder in noch zwischen den Zeilen meiner Worte gerichtet. Für jeden verständigen Menschen ist so etwas ausgeschlossen gewesen. Ich würde es als schweres Unrecht erkennen, sämtlichen sozialdemokratischen Weisigern durch die Wand den Wortwurf der Parteilichkeit zu machen.

Darauf wird die Vorlage des Magistrats angenommen. Die Ausführung des Virchow-Denkmal soll dem Bildhauer Frey Klimsch nach seinem zweiten Entwurf für 80 000 Mark übertragen werden.

Stadtv. Singer: Der vom Preisgericht gekrönte erste Entwurf hatte viel Opposition gefunden. Eine große Anzahl von Mitgliedern konnten sich ein Virchow-Denkmal anders vorstellen, während der Künstler eine allegorische Darstellung gemacht hatte, die den Lebensinhalt Virchows veranschaulichen sollte. Nach meiner Meinung konnte einem um die Wissenschaft so hoch verdienten Manne sehr wohl ein allegorischer Denkmal gewidmet werden, wenn das Schmal allgemein verständlich ist. Wenn der Künstler das Denkmal in der Gruppe oberhalb so eingerichtet hatte, daß Virchow als Herkules im Kampf mit dem Drachen dargestellt wird, so war der Spott, der damals darüber ausgegossen wurde, ganz unbedeutend, denn hier war er als der starke Mann, als der Bezwingler einer Seuche dargestellt, womit er dem Volke einen großen Dienst geleistet hat. Um die Persönlichkeit eines Mannes in den Vordergrund treten zu lassen, wie es notwendig ist, dazu gibt es nicht nur das eine Mittel, die volle Figur auf den Sockel zu stellen. Wir haben doch langweilige Figuren in Berlin genug, die einmal den rechten, das andere Mal den linken Fuß vorstellen; öde geschmacklose Figuren, bald mit, bald ohne Mantel. Diese entsprechen weder dem Volksbedürfnis, noch dem Volksgeschmack, sie sind nicht geeignet, ethisch zu erziehen und künstlerisch zu bilden. Unser Volk soll doch an diesen Denkmälern Freude haben. In der Kommission haben wir den neuen Entwurf fast einstimmig gebilligt. Die obere Gruppe, die der Künstler in Bronze dachte, ist jetzt in Stein, und das Relief mit dem Porträt Virchows, das früher in Stein gedacht war, ist jetzt in Bronze, und der Kopf tritt jetzt in solcher Größe uns entgegen, daß er beglückend der Wohlthätigkeit volle Zustimmung fand. Daß die medizinische Tätigkeit Virchows den Vorrang hat, muß ich bei aller Hochachtung vor seiner kommunalen Bedeutung unterschreiben; sein Lebensinhalt war der Dienst der Wissenschaft. Wir können den Entwurf jetzt mit gutem Rechte zur Ausführung empfehlen. Ein größeres monumentales Denkmal verbot sich ja schon durch den kleinen Platz. (Beifall.)

Stadtv. Cassel: Ich kann diesen Ausführungen im einzelnen fast durchweg zustimmen. Wir haben dem Bildhauer Klimsch, dem genialen Preisrichter, zu danken, der bewiesen hat, daß man ein hochstehender Künstler sein und doch auf Bedenken und Wünsche alle Rücksicht nehmen kann.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Schluß 10 Uhr.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Glänzender Fortschritt.

Fürstenwalde (Spree), 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen wurden die Genossen Schön, Weiland und Wassermann mit 176 Stimmen Majorität gewählt. Während wir bei dieser Wahl 830 Stimmen auf unsere Kandidaten vereinigten, hatten wir bei der letzten Wahl nur 398 Stimmen erreicht.

### Die Dresdener Stadtverordnetenwahlen.

Dresden, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den Wahlen wurden bisher 4 Sozialdemokraten neugewählt. Unsere Stadtverordnetenfraktion ist dadurch auf 14 Mann gestiegen.

### Ein Protest gegen die Ausrottungstaktik.

Wien, 28. November. (W. T. Z.) Abgeordnetenhause. In einer Anfrage an den Präsidenten bezieht Abgeordneter Glombinski, der Obmann des Polenklubs, auf die im deutschen Reichsbezirk bzw. im preussischen Landtage eingebrachten zwei antipolnischen Vorlagen, die in Wirklichkeit als antikulturell bezeichnet werden müßten und die geeignet seien, die Grundlagen des Rechts und der internationalen Beziehungen im Bewußtsein der Völker zu untergraben. Den Polen soll im Deutschen Reich ihr natürliches und verfassungsmäßig gewährleitetes Recht entzogen werden, sich in Versammlungen ihrer Sprache zu bedienen, und in den überwiegend polnischen Ländern Preußens soll die preussische Ansiedlungskommission darüber entscheiden, ob und in welchen Gegenden den Polen ihr Besitz von Grund und Boden samt Zubehör gelassen werden soll, ohne Rücksicht darauf, daß dieselben seit Jahrhunderten in ihrer Heimath angekommen sind. Wir können uns nicht mit dem Gedanken befreunden, daß es möglich wäre, für solche in der Geschichte eines Kulturvolkes unerhörten und der gesamten Zivilisation ins Gesicht schlagenden Vorlagen eine Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes zu finden. Wir sind überzeugt, daß solche nie dagewesenen Maßnahmen, die zur Ausrottung eines Volkes führen müßten, dessen Schuld lediglich darin besteht, daß es auf seine natürlichen Rechte, seine Sprache, seinen Grund und Boden nicht verzichten kann und darf, ihren Zweck verfehlen müssen und zur Erschütterung des lebendigen Organismus, auch des deutschen Volkes und seines Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn beitragen werden. (Lebhafter Beifall.) Als Repräsentant des polnischen Volkes in diesem Hause erachte es Redner Partei als ihre heilige Pflicht, gegen solche Anschläge der preussischen Regierung auf die angeborenen Rechte des polnischen Volkes, auf die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der österreichischen Staatsbürger im Deutschen Reich, auf die Grundlagen der christlichen Kultur und des Rechts feierlichen Protest zu erheben und an alle berufenen Instanzen der Monarchie, sowie die Vertreter aller Volksstämme die Aufforderung zu richten, zu erwägen, wozu eine derartige Politik führen müsse.

Namens des Polenklubs fragt Redner den Präsidenten, ob er diesen Gefühlen und Bedenken an geeigneter Stelle Ausdruck verleihen wolle. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Präsident Weisitzner erwidert, die Angelegenheit gehöre nicht zu dem Wirkungsbereich des Reichstages, und die Stelle, von welcher er spreche, verbiete ihm, sein persönliches Urteil über die fraglichen Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen. Er halte aber dafür, daß der österreichische Ministerpräsident verpflichtet sei, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Präsident fordert den Abgeordneten Glombinski auf, sich in einer Interpellation an den Ministerpräsidenten zu wenden. (Lebhafter Beifall.)



Reichstag.

60. Sitzung, Donnerstag, 28. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Rheinbaben, v. Schön, v. Stengel, Dr. Delbrück, Dernburg, v. Weismann, Hollweg, Krautke.

Ein scheinbarer Antrag des Abg. Dr. Pfeiffer (S.) wegen Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst bei der Staatsanwaltschaft des bayerischen Landgerichts Bamberg wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

1. Beratung des Reichshaushaltsetats

in Verbindung mit der 1. Beratung eines Gesetzentwurfs, betr. Etat der Schuttpolizei, und eines Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Flottengesetzes.

Reichssekretär Frhr. v. Stengel

Bringt unter starker Anruhe des Hauses den Etat ein: Beim diesjährigen Etat hatten wir bei der Feststellung sowohl der Einnahmen wie der Ausgaben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, den Etat rechtzeitig fertigzustellen, so wird das hohe Haus dieses Ergebnis mit Sympathie begrüßen, weniger sympathisch allerdings wohl die Abschlußziffern des neuen Etats.

Vorher ich auf den neuen Etat eingehe, will ich mich noch mit den

Abschlusssummen des Rechnungsjahres 1906

verschäftigen. Etwas wesentlich neues bin ich allerdings nicht in der Lage mitzuteilen. Die ungedeckten Matrikularbeiträge schlossen mit einer Summe von 82 Millionen ab. Demgegenüber brachte der Finalabschluss eine wesentliche Entlastung. Die Ueberweisungsteuern erbrachten ein Mehr von drei Millionen, das mit Zustimmung des Bundesrats zur teilweisen Abwendung der gestundeten Matrikularbeiträge verwendet werden konnte. Ferner brachten die eigenen Einnahmen des Reiches eine Besserung um 27 Millionen, welche im Etat ebenfalls zur Abschreibung an ungedeckten Matrikularbeiträgen Verwendung fanden. Die Gesamtblasung der Bundesstaaten betrug also 55 Millionen Mark. Für den Trimbornfonds waren erstmals 17 Millionen angesetzt. Der Reichstag erachtete diese Summe für zu gering. Es wurden nun an den Trimbornfonds 22 Millionen als erstmalige Leistung abgeführt und eine korrespondierende Einnahme in demselben Betrag abgeführt. In diese Tatsache knüpfen sich unerhörte Angriffe gegen die Regierungen, als ob diese den Bestimmungen des Zollgesetzes nicht nachkommen. Wir vermögen aber an den Trimbornfonds nicht mehr abzuführen als wir einnehmen, und nicht das Etatsoll, sondern nur die Zfneinnahme ist entscheidend. Gerade die Zfneinnahmen sind den größten Schwankungen unterworfen, so daß sie sich einem sicheren Voranschlag entziehen. In der Steigerung der Einnahmen aus den Getreidezöllen in der zweiten Hälfte des Jahres lag es, daß wir an den Trimbornfonds eine größere Summe abführen konnten.

Die Reichsschuld erfordert einen Mehraufwand von 5 Millionen Mark. Bei den Reichseisenbahnen sind die Einnahmen um einige Millionen zurückgeblieben. Bei den neuen Steuern stehen Mehreinnahmen von 13 Millionen Mindereinnahmen von 21 1/2 Millionen gegenüber, so daß sich ein Ausfall von 8 Millionen ergibt. Die Post zeigt auch weniger Einnahmen, dagegen sind die Ausgaben, besonders für Telephon, sehr groß gewesen. Der Ausfall beträgt im ganzen über 6 Millionen Mark. Noch weit ungünstiger scheinen sich die finanziellen Ergebnisse in der Betriebsverwaltung im laufenden Jahre zu gestalten, dagegen belaufen sich die Einnahmen aus dem Bankwesen — ich möchte fast sagen leider — um 13 1/2 Millionen Mark höher.

Was nun

das Jahr 1907

anlangt, so will ich mich großer Reserve befleißigen. Die noch fehlenden Monate können ja noch viel an dem Bilde ändern. Nach den bis heute vorliegenden Resultaten kann ich mit allem Vorbehalt einer späteren Korrektur nur sagen, daß für das Jahr 1907 die Ausfälle recht stark sind. Minderausgaben sind bisher von keiner Seite angemeldet (Heiterkeit), wohl aber Mehrausgaben, so z. B. von der Marineverwaltung. Es muß also für 1907 mit der Möglichkeit eines unter Umständen nicht unerheblichen Fehlbetrags gerechnet werden. Auf die ungünstige Lage der Schatzanweisungen habe ich bereits im vorigen Jahre hingewiesen. Ich kann es nur als einen ungesunden Zustand bezeichnen, wenn das Reich mangels ausreichender eigener Mittel gezwungen ist, jedes Jahr bedeutende schwappende Schulden zur Befriedigung seiner laufenden Bedürfnisse zu machen. (Sehr richtig!) Der Widerstand gegen die Beseitigung dieses Zustandes ist auch keineswegs bei den verbündeten Regierungen zu suchen. (Heiterkeit.) Die Einnahmen aus den Kalzifikationszöllen sind etwas höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es sind Maßnahmen getroffen gegen die mißbräuchliche Verwendung von Futtergerste als Kalzifikate. Was die neuen Steuern anlangt, so hat die Frachttarifensteuer etwas mehr gebracht, als angenommen wurde, die Aufsichtsratssteuer etwas weniger, doch gleichen sich diese beiden Posten aus. Anders liegt es mit der Fahrkartensteuer. Diese hat von vornherein, namentlich aber auch seit Einführung der Personalzifferreform, im Frühjahr d. J. nicht die erwarteten Einnahmen ergeben. Von dem Betrage, den der Reichstag in den Etat eingesetzt hat, wird voraussichtlich kaum mehr als zwei Drittel einkommen. (Hört! hört!) Vor allem hat eine Abwanderung in die unteren Wagenklassen stattgefunden. Es fragt sich daher einfach, ob das System der Fahrkartensteuer, das vom Reichstag beschlossen ist, aufrechterhalten werden kann. (Hört! hört! Juris bei den Sozialdemokraten: Abschaffen!)

Bei der Postverwaltung ist ein Minderüberschuß von 20 Mill. angesetzt. Dieser Minderüberschuß resultiert sowohl aus Mindereinnahmen wie aus steigenden Ausgaben. Der Etat für 1907 enthält zum erstenmal die volle Wirkung der Aufhebung des Ausnahmesteuers für Ortspostkarten, die eine Mehreinnahme von 6 Millionen annehmen läßt. Die Ausgaben bewegen sich namentlich auf dem Gebiete der Telephon-Anlagen. Die Ausgaben hierfür sind groß, aber der Herr Staatssekretär steht hier auf dem Standpunkte, daß es nicht Aufgabe einer monopolisierten staatlichen Verkehrsanstalt sein kann, den Anforderungen des Verkehrs aus Mangel an Mitteln nicht zu entsprechen. — Auch bei den Eisenbahnen wird mit einem Minderüberschuß gerechnet werden müssen. Trotz der Entwidlung der Einnahmen, die eine Erhöhung der Bruttoeinnahmen um 3 1/2 Millionen erbrachten, ist das Gesamtergebnis ein Ausfall von rund 2 Millionen. Die Steigerung der Ausgaben ist zum größten Teile auf die erhöhten Materialpreise zurückzuführen.

Bei Aufstellung des Etats sind wir den dringenden Geboten

„Sparfamkeit“

gefolgt. Jede Ausgabe wurde auf ihre Notwendigkeit geprüft, und eine große Zahl zum Teil recht schwerwiegender Forderungen, deren Zweck und Nützlichkeit an sich nicht zu bestreiten waren, wurden zurückgestellt. Es gibt allerdings Ausgaben, wie die zur Erhaltung der Schlagfertigkeit von Heer und Flotte, bei denen höchste Sparfamkeit das größte Verbrechen wäre. (Sehr wahr! rechts.) Die Mehrausgaben hierfür von rund 124 Millionen werden von niemand lebhafter bedauert, als von den verbündeten Regierungen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es waren namentlich die gesteigerten Kosten für Naturalverpflegung auf Grund der letzten Oktoberpreise, die den Etat noch in letzter Stunde ungünstig beeinflussten. — Bei der letzten Steuerreform ermächtigte die Steuer-Kommission des Reichstages die Anforderungen der Regierung von

240 auf 200 Millionen Mark. Die bewilligten Steuern erreichen auf dem Papier den Betrag von 170—180 Millionen, in Wirklichkeit aber höchstens 160 Millionen. Es bleibt also ein Fehlbetrag von rund 80 Millionen zurück. Ich will niemand von Ihnen zu nahe treten, aber das hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß dem Reiche ein hoher Betrag fehlt! Die Einzelstaaten leiden darunter um so schwerer, als sie auf die Erbschaftsteuer verzichtet haben. — Wenn wir die Entwidlung des Deutschen Reiches betrachten, wenn wir sehen, in welchem Maße unter den Segnungen eines vierzigjährigen Friedens Handel und Industrie aufgeblüht sind, so muß man sich fragen: wie ist es möglich, daß es trotzdem nicht gelingen will, die Finanzen des Reiches zu bessern? (Große allgemeine Heiterkeit.) Ich kann hier mitreden, denn ich spreche aus einer Erfahrung von einem Vierteljahrhundert. Andere Staaten sind vermöge ihres Alters in ihrem Haushalt längst bei einem Beharrungszustand angelangt. Die Entwidlung des Reiches aber fiel in eine Zeit der gewaltigsten Fortschritte auf allen Gebieten der modernen Technik, wodurch gerade in der Zeit der ersten Entwidlung des Reiches ganz neue Aufgaben auftraten. Wenn Sie an die großen Aufgaben auf dem Gebiete der Kolonial- und Sozialpolitik denken — nicht weniger als 180 Millionen Mark werden hierfür im vorliegenden Etat gefordert —, so wird ohne weiteres klar, daß das Gleichgewicht im Reichshaushalt nicht ohne kräftige Steigerung der Einnahmen möglich ist. Eine Volksvertretung, welche aus direkten Wahlen hervorgeht, wird stets geneigt sein, dasadium neuer Steuern zu vermeiden, so daß mit der Bewilligung neuer Ausgaben die Bewilligung der notwendigen Deckungsmittel nicht gleichen Schritt hält. Dazu kommt auch die Angst vor etwaigen Uebererschüssen, die sich seit Jahrzehnten durch die Geschichte des Reichshaushaltes zieht und die der Befundung unserer Finanzverhältnisse nicht günstig war. Diese Angst hatte ja infolgedessen eine gewisse Berechtigung, als etwaige Uebererschüsse des Vorjahres in den laufenden Etat nicht eingesetzt wurden, sondern an die Einzelstaaten verteilt wurden, eine Bestimmung, die auf mein Drängen seit dem Juni 1904 beseitigt ist. Aber diese alte Angst vor Uebererschüssen hat im vorigen Jahre eine gründliche Sanierung des Reichshaushaltes unmöglich gemacht. Jetzt ist diese Sanierung noch schwieriger geworden, doch darf diese Schwierigkeit uns nicht zurückhalten, die Finanzverwaltung auf eine gesunde Basis zu stellen. Der größte Teil des Ausfalls soll auf die ungedeckten Matrikularbeiträge des Jahres 1906 geschoben werden. Aber dieses Jahr ist bereits sehr belastet. Im folgenden Jahre, 1910, soll das große Problem der Witwen- und Waisensicherung durchgeführt werden, und ein bis zwei Jahre darauf wird es auch mit der Herrlichkeit des Reichsinvalidenfonds zu Ende sein, aus dem man stets genommen hat, ohne für neue Einnahmen zu sorgen. Das war sehr bequem, aber weilschauend war es nicht.

Laßen Sie mich nun nach diesen Abschweifungen mit einigen Worten auf den vorliegenden Etat zu sprechen kommen. Im Reichsamt des Innern finden Sie eine Forderung zur Gewährung einer Entschädigung für den Grafen v. Jepsell, der sich seit 15 Jahren um die Herstellung des lenkbaren Luftschiffes bemüht. Ich glaube nicht nötig zu haben, diese Forderung näher zu begründen. Die Vertretung der Forderungen für das Reichsheer überlasse ich in erster Linie dem preussischen Kriegsminister. Den Gesetzentwurf zur Änderung des § 2 des Flottengesetzes wird in erster Linie der Staatssekretär des Reichsmarinamtes vertreten. Der Veteranenbeihilfenfonds ist für 1908 abermals um zwei Millionen vermehrt worden, so daß jetzt 177 000 Veteranen die volle Beihilfe werden bekommen können. (Bravol rechts.) Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache gegenüber den Vorwürfen wegen einer mangelnden Fürsorge des Reiches für seine verdienten Krieger. Was die Einnahmen betrifft, so wird der Eingang aus den Zöllen und den Steuern von der weiteren Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur abhängen. Bei den Steuern hat sich der wirtschaftliche Umschwung noch in keiner Weise bemerkbar gemacht. Abgesehen von Südwestafrika kann das Urteil über unsere Kolonien dahin zusammengefaßt werden, daß eine, wenn auch nur langsame finanzielle Besserung zu verzeichnen ist. Dagegen erfordert Südwestafrika für 1908 noch einen Reichszuschuß von rund 35 Millionen Mark. Das ist fast das Doppelte von dem, was wir für alle anderen Kolonien, einschließlich Kiautschou, ausgeben. Ein so großer Reichszuschuß für ein einzelnes Schutzgebiet ist auf die Dauer nicht zu verantworten. Wir werden daher ernstlich nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um dem Reiche diese schwere Bürde abzunehmen.

Angesichts dieser Sachlage wird niemand behaupten, mit der weiteren Sanierung der Reichsfinanzen habe es seine Eile. Die verbündeten Regierungen sind darüber einig, daß die Erschließung höherer Einnahmequellen nicht nur notwendig, sondern dringlich ist. Die Vorarbeiten hierfür sind so weit gediehen, daß die Einbringung in allernächster Zeit beim Bundesrat erfolgen wird. Ich bin daher noch nicht in der Lage, über den Inhalt der neuen Vorlagen etwas mitzuteilen. (Chor-Rufe links.) Ueber eines möchte ich aber heute schon keinen Zweifel lassen: eine direkte Reichsteuer werden Ihnen die verbündeten Regierungen nicht vorlegen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Die verbündeten Regierungen glauben, mit dieser Absicht auch den Intentionen des Reichstages zu entsprechen. Die Sozialdemokratie hat die Einführung direkter Reichsteuern mit besonderem Nachdruck verlangt, und ihr finanzpolitisches Parteiprogramm hat dabei ausgesprochen, daß auf diesem Wege am schnellsten und sichersten zum Einheitsstaat zu kommen sei. Man vergißt dabei, daß die Gründe für die direkten Reichsteuern nur bei solchen Politikern Anfang finden, die jene sozialistische Tendenz teilen. Welche Eingriffe in die Gebiete der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Kontrolle der Einzelstaaten seitens des Reiches müßten geschehen, um eine gerechte Verteilung der direkten Steuern auf die Einzelstaaten zu erreichen! Die Verufung auf die Reichserbschaftsteuer ist verfehlt; denn der Reichs sticht nur einmal (Große Heiterkeit), bei den direkten Steuern aber handelt es sich um alljährliche Vorgänge. Es ist kein Zufall, daß in den Vereinigten Staaten und der Schweiz niemand daran denkt, die allgemeinen direkten Steuern ganz oder teilweise den Einzelstaaten zu übertragen. Rein, meine Herren, in jenen älteren Staatswesen hat man längst erkannt, daß die direkten Steuern der Einzelstaaten überlassen werden müssen, wenn die föderalistischen Grundlagen der Verfassung jener Staaten aufrechterhalten werden sollen. Auf demselben Standpunkte stehen die verbündeten Regierungen; sie werden jedem gegenteiligen Versuch grundsätzlich widerstreben. Nach ihrer einmütigen Ueberzeugung wird daher die Sanierung der Reichsfinanzen nur auf dem Wege durch die Verfassung vorbehalten Gebiete der indirekten Steuern erfolgen können. Auch bei dem weiteren Ausbau der indirekten Steuern lassen sich bedeutende volkswirtschaftliche und sozialpolitische Interessen berücksichtigen. Ich erinnere nur an die Vorteile für die Bodenkultur durch die Besteuerung des Branntweins und des Juckers. Wir waren und sind auf das Gewissenhafteste bemüht, den betreffenden Steuerordnungen eine Gestaltung zu geben, die auf die Bedürfnisse des Erwerbslebens, das Interesse des Arbeiterstandes und die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen Rücksicht nimmt. Ich gebe mich der Zuversicht hin, daß es trotz aller Schwierigkeit gelingen wird, uns über die Deckungsfrage zu verständigen und die Finanzlage des Reiches anhaltend zu bessern. Ich vertraue darauf um so mehr, als auch das hohe Haus daran interessiert sein muß, daß je eher desto besser einem Zustande ein Ende gemacht wird, der dem Deutschen Reiche nicht würdig ist und der nach meiner innersten Ueberzeugung weder in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen, noch in der Steuerkraft des deutschen Volkes irgendwie begründet ist. (Weißal rechts und bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Die Vorlage zur Änderung des § 2 des Flottengesetzes hat einen militärtechnischen, nicht einen politischen Charakter. Wir

besseren eine größere Anzahl von Schiffen, die nicht mehr auf der Höhe stehen und schleunigen Erfah bedürfen. Der Flottenverein führt Ihnen ja diese Tatsache täglich vor Augen, wenn ich diese veralteten Schiffe auch nicht für so schlecht halten kann wie der Flottenverein. Weiter kommt hinzu, daß durch unsere Verrechnungsart die tatsächliche Lebensdauer der Schiffe 30 Jahre ist, während sie bei allen anderen Nationen kürzer ist. Im Gesch ist die Lebensdauer nur mit 25 Jahren vorgeesehen. Unsere Verrechnungsart stammt von dem verstorbenen Genirumsführer Dr. Lieber, der damit die Grundlage des Flottengesetzes geschaffen hat, heute aber sicher diesen Flecken auf dem schönen Bau des Flottengesetzes nicht sitzen lassen würde. Man kann ihn beseitigen, indem man jedes Linienschiff unter die Lupe nimmt (Große Heiterkeit) und den Erfah beantragt, sobald es — sei seine Lebensdauer, welche sie wolle — nicht mehr auf der Höhe ist. Die verbündeten Regierungen schlagen statt dessen einen bestimmten Plan vor, um die Schiffszahl auf diejenige Grenze zu bringen, welche von Anfang an beabsichtigt war. Ein Schiff stellt einen Mikroskop des gesamten Reichs dar, die seit den achtziger Jahren ungemaine Fortschritte gemacht hat. Diesen Fortschritten, durch welche auch die tatsächliche Lebensdauer der Schiffe herabgemindert ist, müssen wir Rechnung tragen, wenn wir mit den anderen Staaten auch nur einigermaßen gleichen Schritt halten wollen. Ich bitte Sie um Annahme der vorgeschlagenen Änderung; Sie brauchen nicht zu fürchten, den verbündeten Regierungen damit zuviel zu bewilligen. (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Spahn (S.):

Früher klang es aus dem Munde des Reichssekretärs ganz anders als heute. Früher war er in hoffnungsfreudigster Stimmung für den Reichshaushalt, heute kann auch der Schwärzeste unter uns die Lage nicht schwärzer malen, als er es getan. (Schallende Heiterkeit.) Die Hoffnungen, die der Herr Staatssekretär seinerzeit erweckt hat, waren trügerisch; die Ausgaben sind stärker gestiegen, die Einnahmen sind geringer geblieben, als in Aussicht gestellt war.

Die Reichsschuld

hat schon jetzt die Höhe von 4300 Millionen erreicht, ihre Verzinsung beträgt bald 10 Proz. der gesamten deutschen Einnahmen. (Hört! hört!) Dabei haben wir allem Anscheine nach nicht mehr mit einer Fortdauer der Hochkonjunktur zu rechnen. Wir werden an dem Grundsatz festhalten, daß neue Steuern nicht die minderbemittelten Klassen belasten dürfen. (Bravol im Zentrum.) Es ist eine Anzahl neuer Steuerentwürfe gemacht worden, so Branntwein- und Tabakmonopol. Wir sind keine Freunde von Monopolen, die, wenn sie nennenswerte Erträge bringen sollen, doch nur die minderbemittelten Klassen belasten. Ich möchte den Schatzsekretär bitten, wenn es noch Zeit ist (Heiterkeit), uns mit Monopolen zu verschonen. Voll und ganz stehen wir auf dem Standpunkte des Herrn Schatzsekretärs bezüglich der Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Diese Steuern lehnen wir ab aus verfassungsrechtlichen und praktischen Bedenken. Was

die Flottenverle

anlangt, so wird uns der Staatssekretär in der Kommission nähere Aufklärung geben müssen. Die Bezugnahme auf das Ausland ist ja recht schön, aber maßgebender müssen uns doch die Erfahrungen mit unserer eigenen Marine sein, zumal die Ausgaben um 261 Millionen steigen sollen. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die für Südwestafrika aufgewendeten Kosten stehen nicht im Verhältnis zu dem Werte dieser Kolonie. Von unserer Gesamtausgabe beträgt die nach den Kolonien nur 1,02 Proz., von unserer Einfuhr die von den Kolonien nur 1,08 Prozent; von einer Steigerung des kolonialen Verkehrs kann also gar nicht einmal gesprochen werden. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Die Kaiserreise nach England und der warme Empfang des Kaiserpaars in England hat uns sympathisch berührt als ein Zeichen der gebesserten Beziehungen zwischen Deutschen und Engländern. Der Reichstag hat das größte Interesse daran, über die auswärtige Politik durch ständige Informationen auf dem Laufenden erhalten zu werden. Wir erwarten Aufklärung über die gegenwärtige Lage in Marokko, über unser Verhältnis zu England, zu Nordamerika, zu Oesterreich usw. Von wesentlicher Bedeutung für unsere auswärtigen Beziehungen ist es — darin schließe ich mich einer früheren Äußerung des Herrn Abgeordneten Deutsch an —, daß wir im Innern freiheitliche Gesetze und Einrichtungen haben, und zwar nicht nur im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten. Für den Reichsgedanken des Südens ist es auch nicht zuträglich, wenn die Bewohner des Südens sich sagen müssen, daß in ihrem Nachbarlande Oesterreich freiheitlichere Einrichtungen herrschen als in Norddeutschland. (Anruhe rechts, Sehr richtig! links.) Ich stelle in dieser Beziehung nur fest, daß

von Karlsruhe bis Wien das allgemeine Wahlrecht

besteht, und ich erinnere in diesem Zusammenhange an die Enteisungsvorlage in Preußen, die zweifellos das Gefühl der Rechtsgleichheit im Volke nicht erhöht und den Sozialdemokraten nur Wasser auf die Mühle geben kann. (Anruhe rechts, lebhafter Zustimmung bei den Polen und im Zentrum.) Zweifelloser berührt die Enteisungsvorlage auch das Eigentumsrecht, wie es im bürgerlichen Gesetzbuch für das Reich festgelegt ist. (Sehr richtig links.) Am Laufe des Sommers ist an den Tischen des Bundesrats ein Wechsel eingetreten dadurch, daß in dem Grafen Fojadowsky der langjährige, kenntnisreiche, fleißige Leiter unserer sozialen Gesetzgebung aus unserem Kreise ausgeschieden ist, wie ich wohl sagen darf, von uns allen hochgeschätzt. Sein Nachfolger hat erklärt, daß er im Sinne seines Vorgängers die Sozialpolitik weiter zu verfolgen entschlossen ist. Wir werden seine Vorlagen abwarten und sie unbedungen prüfen; wir hoffen, daß wir zu ihm in ein ähnliches Vertrauensverhältnis kommen als das, in dem wir zu dem Grafen Fojadowsky gestanden haben. (Große Heiterkeit rechts.) Wir standen als Partei zu dem Grafen Fojadowsky nicht anders als zu jedem anderen Staatsminister. (Juris rechts: Auch wie zu Herrn Dernburg?) Auch so. (Heiterkeit.)

Ich komme nun auf die Ereignisse, die sich in der inneren Politik im Laufe des Sommers abgespielt haben, insbesondere

die Ereignisse des Prozesses Rolke

mit seinen tiefbedauerlichen Vorgängen. Das Samaritanergerebe hat allerdings durch die Aussage des Fürsten Eulenburg im Prozeß Brand und durch die Äußerung Sr. Majestät des Kaisers an Sicherheit und Klarheit verloren. Auch die Annahme, daß mehrere hochgestellte Herren sich Verzehlungen gegen das Strafgesetzbuch haben zuschulden kommen lassen, scheint durch die Zeugenaussagen aus dem Wege geräumt zu sein. Aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß sie überhaupt durch ihr Verhalten dem Verdacht solcher Verzehlungen Nahrung gegeben haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Durch die Entlassung einzelner der Herren sind ja diese Vorfälle gesühnt. Das Traurigste aber, was der Prozeß Rolke festgestellt hat, sind die sittlichen Verzehlungen von Offizieren an den ihnen untergebenen Soldaten. Ich erinnere daran, daß bei der Reg Heine aus dem Hause heraus der Antrag gestellt wurde, Arbeitgeber zu bestrafen, die sich sittliche Verzehlungen gegen ihre angestellten Arbeiter zuschulden kommen ließen. Wenn Militär ist das Verhältnis der Abhängigkeit nun noch viel größer; denn die Disziplin beherrscht den Soldaten während seiner ganzen Dienstzeit. (Sehr wahr! im Zentrum.) Nach der Behauptung Gardens bestrafen sich ja diese Verzehlungen nicht einmal auf das Garde- ou Corps, sondern es sollen

ganze Kavallerieregimenter verurteilt

sein. (Anruhe rechts.) Mit welcher Sorge werden unter solchen Umständen die Eltern ihre Kinder zum Militär schicken. (Sehr



richtig) im Zentrum.) In der Bevölkerung hat es vor allem Fremden hervorgehoben, daß die beiden beteiligten Offiziere mit Pension entlassen sind. (Sehr richtig) In solchen Vorgängen zeigt sich das Nachlassen des christlichen Sinnes; dazu trägt auch die ungleiche Behandlung der Katholiken bei. Der Kaiser will einen derartigen Unterschied zwischen den Angehörigen der beiden christlichen Konfessionen nicht; wer mit ihm in christlicher Bestimmung zusammenarbeitet, den will er freudig als Mitarbeiter willkommen heißen. Diese Gesinnung sollte auch dem Bundesrat und unseren Beratungen vorstehen.

#### Abg. v. Reichshafen (L.):

Meine Freunde werden sich mit allem Nachdruck gegen jede direkte Reichsteuer wenden; diese müssen den Einzelstaaten zur Erfüllung ihrer Aufgaben bleiben. Wer eine Reichsvermögens- und eine Reichs-Einkommensteuer erstrebt, der rüttelt an den Grundlagen des Reiches. (Große Unruhe links.) Für die Reichs-Einkommensteuer haben wir erst gestimmt, als wir uns überzeugt hatten, daß es durchaus eine indirekte Steuer ist. (Widerspruch links.) Aber die Reichsfinanzpolitik muß fortgesetzt werden, das ist ganz klar. (Sehr richtig rechts.) Bestimmte Steuerbefreiungen zu machen, ist nicht Sache der Parteien, sondern der verbündeten Regierungen. Sie können zu den Vorschlägen erst Stellung nehmen, wenn sie vorliegen. Aber sicherlich werden die Genuss- und Rahmungsrechte bei diesen Vorschlägen eine Rolle spielen, und da muß ich schon jetzt sagen: einer Besteuerung des Tabaks werden wir nur zustimmen, wenn dadurch weder der Tabakbau, noch die Tabakindustrie, noch die Tabakarbeiter geschädigt werden. (Große Heiterkeit.) Im allgemeinen müssen wir anerkennen, daß der Etat sehr sparsam aufgestellt ist. Trotzdem behalten wir uns vor, bei einer größeren Anzahl von Positionen zu prüfen, ob nicht Abstriche möglich sind. Natürlich darf unsere Wehrkraft darunter nicht leiden. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Angesichts der politischen Lage bedürfen wir unbedingt Schlagfertigkeit. Wir müssen

#### zu Wasser und zu Lande gerüstet

sein, wenn Deutschland seine großen Aufgaben erfüllen soll. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Mit besonderer Befriedigung haben wir vernommen, daß die verbündeten Regierungen an der bewährten Wirtschaftspolitik festhalten wollen. Mit dem Ausbau der Sozialpolitik sind wir einverstanden, in der Sozialdemokratie aber sehen wir eine dauernde Gefahr für den Staat, und wir erwarten, daß gegenüber den Sozialdemokraten die staatliche Autorität mit Nachdruck gewahrt wird. (Zustimmung rechts.)

Die Verfehlungen, die in dem von Herrn Spahn berührten Prozeß Wolke-Garden zutage traten, darf man nicht einem bestimmten einzelnen Stande zur Last legen. (Sehr richtig! rechts.) Solchen Verfehlungen ist entgegenzutreten ohne Ansehen der Person bei Zivil und in der Armee.

Die Marinevorlage erfordert hohe finanzielle Aufwendungen; ihrem Grundgedanken aber stimmen wir zu, wie wir überhaupt die Vorlagen der verbündeten Regierungen mit Wohlwollen prüfen werden. (Bravo! rechts.)

#### Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich wollte eigentlich erst im weiteren Verlaufe der Debatte das Wort ergreifen, sehe mich aber durch die Abwesenheit des Kriegsministers genötigt, mich sogleich gegen die Art und Weise zu wenden, wie sich der Abg. Spahn über Einzelheiten des Prozesses Wolke-Garden und über Zustände in der Armee ausgesprochen hat. Der Abg. Spahn sprach von Verfehlung ganzer Kavallerieregimenter. Solche unbewiesenen Behauptungen hätten in diesem Hause nicht wiederholt werden sollen. (Sehr wahr! rechts.) Ich weise die Vorwürfe in dieser Allgemeinheit mit Nachdruck und Entschiedenheit zurück. (Lauter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ueber die sittlichen Verfehlungen Einzelner empfinde ich Ekel und Scham, und ich weise nicht, daß von unserer Heeresverwaltung alles geschehen ist, um solche Greuel auszurotten. (Beifall bei der Mehrheit.) Aber trotz dieser Greuel ist das deutsche Volk und das deutsche Heer in seinem innersten Kerne vollkommen gesund. Der sittliche Ernst unseres Kaiserpaars leuchtet unserem Volke voran, und wir haben in Heer und Volk keine Zustände wie in Sodom und im sinkenden römischen Kaiserreich. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Mit scharfem Bewußtsein wird der Kaiser alles weglegen, was nicht zu der Reinheit seines Wesens und seines Hauses paßt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist töricht und ungerecht, aus Verfehlungen Einzelner auf eine allgemeine Verfehlung des Abels und der Armee zu schließen. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.) Unwürdige Elemente kommen überall vor. Nur durch wissenschaftliches Dulden solcher Zustände macht sich die Gesellschaft einer Mitschuld schuldig. Von einer solchen wissenschaftlichen Duldung kann keine Rede sein. Unsere militärischen Instanzen haben sich keines Verschens und keiner Nachlässigkeit schuldig gemacht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das wird Ihnen morgen der Kriegsminister darlegen. — Man hat gefragt, warum der Reichskanzler den Kaiser nicht früher informiert hat. Tatsächlich oder auch nur Scheinbares ist mir erst

#### im Frühjahr dieses Jahres zur Kenntnis gebracht

worben. Man hat gefragt: Warum sind dem Kaiser nicht wenigstens die bekannten Artikel der „Zukunft“ vorgelegt worden? Das zu tun, war der Thronerbe wohl berechtigt, der damit einen Akt der Pietät gegen seinen kaiserlichen Vater beging und im Interesse des Landes handelte, als er die Aufmerksamkeiten auf diese Vorgänge, auf diese Angriffe lenkte. Ein verantwortlicher Minister aber kann nicht so handeln. Er kann so schwerwiegende Anschuldigungen nur erheben, wenn er gleichzeitig Beweise vorlegen kann. (Sehr richtig!) Was wird in unserer Zeit nicht alles geklärt und gelogen! Bin ich doch selbst Gegenstand insamer Verdächtigungen, unwürdiger, sinnloser, törichtester Verleumdungen gewesen! Auf bloße Beschuldigungen hin konnte der Reichskanzler nicht einschreiten. Als der Kaiser zum erstenmal zu mir von Angriffen der „Zukunft“ gegen gewisse Personen sprach, sagte ich ihm, er dürfe jetzt weder rechts noch links sehen, sondern müsse nur daran denken, seinen eigenen Schülern den Schild der Armee und des Landes rein zu erhalten. Das war Er. Majestät aus der Seele gesprochen.

#### Kun zu dem Thema „Kamarilla“.

Der Abg. Spahn schreint mir eine Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in dem Sinne anhängen zu wollen, als ob erst durch diese Notiz das Thema „Kamarilla“ allgemeine Beachtung gefunden hätte. Ich sagte vor fast einem Jahre an dieser Stelle: Kamarilla ist kein deutsches Wort, Kamarilla ist eine fremde Giftflanze, die man nie ohne großen Schaden für den Fürsten und für das Volk in Deutschland einzupflanzen versucht hätte. Zwei Regationen geben eine Weisung. Ich habe nie bestritten, daß es in der Vergangenheit an den deutschen Fürstenthümern Kamarillen gegeben hat. Nun legte man mir ein halbes Jahr später gerade die Beugung der geschichtlichen Existenz von Kamarillen in Deutschland in den Mund. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ gaben meine Aeußerung in einer Form, die den Inhalt ungefähr in das Gegenteil verkehrte. Wir sind schon oft Aeußerungen in den Mund gelegt worden, deren Sinn und Tendenz mir ganz ferngelegen hat. Ich erinnere nur an das Wort: „Nur keine innere Krise!“ Ich schrieb daher an den Rand des Exemplars der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, in dem das falsche Zitat stand: „Unfinn! Habe ich nie gesagt! So fort dementieren!“ Auf diese Weise ist die Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ entstanden. Als dann später versucht wurde, einen Zusammenhang zwischen der Notiz und den Angriffen gegen den Fürsten Eulenburg zu konstruieren, haben verschiedene Artikel anderer Zeitungen, die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt wurden, ganz zureichend ausgeführt, daß ein solcher Zusammenhang nicht bestehe und daß der Reichskanzler nur seine Aeußerung richtig gestellt habe. Was die Gegenwart betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß es unbillig und ungerecht wäre, von einem Dinge verantwortlicher Ratgeber um unseren Kaiser zu sprechen. (Lebhafte Zurufe: Unverantwortlich!)

Natürlich, unverantwortlicher. Heutzutage Sie, daß ich mich verprochen habe. (Heiterkeit.) Versuche einzelner, Einfluß zu gewinnen, kommen überall vor, in Gesellschaften, Familien, Fraktionen. Als der Kaiser ein paar Male den verdienstvollen Herrn Wallin bei sich sah, sprach man gleich von einer „Wallin-Kamarilla“. (Heiterkeit.) Gewiß haben von Liberius und seinem Sejan bis ins vorige Jahrhundert hiesige Kamarillen viel Schaden angerichtet.

Eine Kamarilla muß aber doch vor allem Einfluß gewinnen können; denn eine einflusslose Kamarilla ist keine Kamarilla. (Heiterkeit.) Die erste Voraussetzung ihres Bestehens ist also die Abgeschlossenheit und Unselbstständigkeit des Monarchen. Nun mag man ja dem Kaiser diesen oder jenen Vorwurf machen können; daß er sich aber abschloß vom Verkehr und seinen eigenen Willen hätte, das kann man ihm nicht vorwerfen. (Stürmische Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts und bei den Liberalen.) Man sollte also doch endlich das Gerebe, das Geraune, das Geflüstere von der Kamarilla einstellen. (Lebhafte Beifall rechts.) Werfen Sie das Wort, wozin es gehört, nämlich in die Vergangenheit! (Beifall.)

Noch ein Wort zu dem Vorwurf des Abg. Spahn, daß ich vor einem Jahre den Reichstag aufgelöst hätte, um mich vor irgend welchen persönlichen Angriffen und Intrigen zu schützen. Mit Intrigen, Kamarilla und solchem Zeug hätte die Auflösung nichts zu tun. Die Auflösung des Reichstages habe ich den verbündeten Regierungen vorgeschlagen, weil die Zentrumsparthei durch Verweigerung des Reichscolonialamts, durch Verweigerung der Bahn nach Reetmanshoop, durch die Einmischung in die inneren Verwaltungsverhältnisse der Kolonien, durch die Angriffe des Abg. Roeren gegen den neuen Kolonialdirektor (großer anhaltender Lärm im Zentrum) die Geduld der Regierung auf eine sehr harte Probe gestellt hatte (erneute Unruhe im Zentrum) und nach allem diesem bei der Vorlage für Südwestafrika eigenständig ihre Rechte wolle fühlen lassen. (Anhaltender großer Lärm im Zentrum.) Wenn ein Reichskanzler vor diesem Zentrumsantrage zurückgewichen wäre, hätte er nicht nur das Vertrauen der verbündeten Regierungen, sondern Ehre und Reputation verloren. (Lebhafte Beifall beim Volk.)

#### Abg. Baffermann (nail.):

Die Modelle zum Flottengesetz ist notwendig, weil unsere Schiffe vielfach überaltert sind. Der Flottenverein hat in weiten Schichten der Bevölkerung aufklärend gewirkt, — das Verdienst müssen wir anerkennen. Auch der Abgeordnete Spahn hat die Vertingerung der Lebensdauer unserer Schiffe als notwendig bezeichnet. Wenn von einigen Seiten verlangt wird, daß wir mit dem Displacement unserer Schiffe nicht hinter dem der englischen Flotte zurückbleiben sollen, so muß man doch bei der Wahl großer Displacements etwas vorsichtig sein; auch die Flotten anderer Nationen haben keine Schiffe mit so großem Displacement wie die englische Flotte. Auch die Forderungen für Unterseeboote sind notwendig. Die Verbesserung unserer Beziehungen zu England betrügen wir gleich Herrn Spahn im Interesse unseres Handels.

Aus den Forderungen für die Landesverteidigung hebe ich die Einführung von Felduniformen hervor, welche den Mann im Gelände wenig hervorheben lassen; wir begrüßen diese Neuerung mit Freuden. Der Anerkennung für den Grafen v. Zeppelin stimmen wir gern zu, danken wir ihm doch zu einem Teile, daß Deutschland auf dem Gebiete der Luftschiffahrt in erster Reihe steht. Auf die Kolonialpolitik werden wir erst beim Colonialrat eingehen. Ich werde mich vielmehr jetzt zu unserer Finanzlage. Die Gemachten und von uns bewilligten Ausgaben waren stets notwendig. Aber das junge Reich besaß keine Mittel, und es mußten Ausgaben auf Anleihen genommen werden, die besser durch laufende Mittel zu decken waren. Uebrigens wachsen die Schulden nicht nur bei uns, sondern überall. Zur Deckung des Defizits des gegenwärtigen Etats soll nach Angaben in der Presse Tabak und Branntwein dienen. In eine Reform der Branntweinsteuer einzutreten, sind meine politischen Freunde bereit, doch haben wir erhebliche Bedenken gegen jedes Monopol. Ein Monopol hätte hier im Reichstage wohl nur Aussicht auf Annahme, wenn es mit einer direkten Reichsteuer verbunden wäre. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.)

Die Tabakindustrie ist sehr dezentralisiert, und in diese Entwicklung mit einer Vandalensteuer einzugreifen, tragen meine Freunde doch Bedenken. Der Großbetrieb kann sie nicht nur ertragen, sondern sie kann ihm sogar erwünscht sein, weil sie die Rigorensfabrikation in wenigen kapitalstarken Händen konzentriert. Aber gerade deswegen können wir sie nicht empfehlen. Am geeignetsten erscheint uns die Mehrsteuer. Auch wird man um eine direkte Reichsteuer nicht herumkommen. (Unruhe rechts.) An der Reichs-Einkommensteuer — mit der man sich ja abgefunden hat, indem man sie nicht als direkte Steuer anerkannte (Heiterkeit), ist das Reich nicht zugrunde gegangen. Meine Freunde wären für einen Ausbau der Reichs-Einkommensteuer zu haben, der freilich hier wenig Aussicht hat. Die Einkommensteuer wollen wir den Einzelstaaten überlassen; dagegen halten wir eine Reichsvermögenssteuer für einen gangbaren Weg. Sollte eine Einigung über die Beschaffung neuer Steuern nicht zustande kommen, so bleiben nur die Matrularbeiträge übrig, die freilich eine rohe Form der Beschaffung von Mitteln bedeuten. Einer Reform derselben haben wir uns nie widersetzt.

Die Behandlung der Beamten ist keineswegs überall so, daß die Beamten nicht Grund zur Unzufriedenheit hätten; es zeigt sich das z. B. bei der Behandlung der Organisationen der Beamten bei der Reichspost. Beamte, die Vereinigungen angehören und ihre Lage durch Verbände zu verbessern streben, sollten deswegen nicht diszipliniert werden.

Sittlich der auswärtigen Politik ist eine gewisse Veruhigung eingetreten. Beim Etat des Auswärtigen Amtes werden wir näher darauf eingehen; allerdings muß ich auch jetzt schon sagen, daß unsere Haltung in der Ratostofffrage selbstm konzentriert mit der zu jener Zeit, als wir mit solchen Schiffen die Kaiserfahrt nach Langer rüsteten. (Sehr richtig!) Was unsere innere Politik anlangt, so wünsche ich, daß der Nachfolger des Grafen Posadowski, dieses ausgezeichneten Führers unserer Sozialpolitik, eine Reihe von Fragen, die bereits spruchreif sind, möglichst bald erledigen werde.

Viel gesprochen wurde vom Zentralverband der Industriellen und der Rede und Gegende dort zwischen dem Vorlesenden und dem preussischen Handelsminister. Den Kernpunkt bildet hierbei doch die Frage der Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Organisationen der Arbeiter. Diese Organisationen wachsen zu immer größerer Bedeutung heran und sollten von den Arbeitgebern anerkannt werden. Erfreulich ist es deshalb, daß der Staatssekretär des Reichsamts des Innern auf dem Kongreß der nationalen Arbeiter erschienen ist. Man sollte auch bei den Vorarbeiten zu Gesetzentwürfen Vertreter der Organisationen der nationalen Arbeiter zuziehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch der freien Gewerkschaften!) Nein! Die sogenannten freien Gewerkschaften sind sozialdemokratisch, und die Sozialdemokratie verneint den Staat. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Vorarbeiten für ein Gesetz über Arbeitskammern sind jedenfalls so weit abgeschlossen, daß es recht bald vorgelegt werden kann. Die Frage der Reichs-Einkommensteuer ist nach Schaffung eines Reichsvereinsgesetzes nur von zivilrechtlicher Bedeutung und sollte vielleicht am besten dem Reichsjustizrat überwiesen werden.

In dem schon erwähnten Prozeß Wolke-Garden haben sich beklagte Verfehlungen von Offizieren mit Untergebenen gezeigt. Die Vorgänge sind sehr aufgebauscht worden. Keineswegs darf man unseren Adel und unsere Offiziere als verkommen und verlobbert bezeichnen. Immerhin sind die Vorwürfe, daß der Kaiser über die Vorgänge in seiner Umgebung nicht rechtzeitig genug aufgeklärt wurde, berechtigt. Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den Kriegsminister und den Reichskanzler, sondern gegen das Ministertabell. (Zustimmung.) Wenn man dort von den Vorgängen nichts gewußt hat, ist es bedauerlich, hat man es gewußt und dem Kaiser keine Kenntnis gegeben, so ist das ebenfalls bedauerlich. Im Volke hat man sich gefragt, ob denn alle Personen in gleicher

Weise behandelt werden. Es wurde bekannt, daß ein Major — ich will seinen Namen nicht nennen — mit Pension entlassen wurde. Warum ist der Mann nicht vor ein Kriegsgericht oder vor ein Ehrengericht gestellt worden? Dann hätte nicht die Entlassung mit Pension erfolgen können, falls die behaupteten Handlungen als wirklich vorgekommen bewiesen worden wären. Es scheint, daß man aus einer gewissen Schwäche vor gewissen Personen Halt gemacht hat. Das zu sind aber die Mittel nicht da, die wir bewilligen, um Pensionen an Leute zu bezahlen, die wegen strafbarer Handlungen aus der Armee ausgeschieden. (Zustimmung.) Man hat auch die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen getadelt und Gründe der Staatsraison dagegen angeführt. Das ist falsch. (Sehr richtig!) So weit aber das Eheleben einzelner Personen in Frage kommt, hätte man die Oeffentlichkeit wohl ausschließen können. (Sehr richtig!) Aufsehen erregt auch die weitere gerichtliche Behandlung des Falles Garden-Rolke. Zuerst hatte der Staatsanwalt die Verfolgung abgelehnt, nunmehr hat die erste Instanz gesprochen, und statt die Sache ruhig weitergehen zu lassen, wird der Spruch als gar nicht vorhanden betrachtet, und es folgt ein ganz neues Verfahren an. (Zuruf: Unerhört!) Das kann der Gesetzgeber doch unmöglich gewollt haben. Erst lehnt der Staatsanwalt die Verfolgung ab; nachdem die Sache aber in erster Instanz durchgeführt wird, sagt der Staatsanwalt: Die Geschichte hat mir so gut gefallen, ich fange sie noch einmal von vorne an. (Große Heiterkeit.) Es gibt hervorragende Rechtsgelehrte, welche dieses Verhalten des Staatsanwalts für ungesetzlich halten.

Noch in anderen Fällen erregt das Verhalten der Staatsanwaltschaft große Bedenken. Ich erwähne zunächst den Fall Liebnecht.

Ob es überhaupt nötig war, ihn wegen Hochverrats zu verfolgen, will ich dahingestellt sein lassen. Man hat ihm dadurch eine gewisse Glorie verliehen, während sonst seine Wochenschrift ziemlich unbekannt geblieben wäre. Aber davon will ich nicht sprechen, und auch nicht von dem Urteil, das ich für richtig halte. Wohl aber muß ich davon sprechen, daß der Staatsanwalt Justhausstraße gegen ihn beantragt hat! Das ist doch eine Verkenning der Verhältnisse, die jedermann sogleich machen muß. Wie kann man sich nur so vergreifen? Ich bin ganz damit einverstanden, daß man den Sozialdemokraten gehörig auf die Finger klopfen (Lachen bei den Sozialdemokraten), wenn sie die gefährliche antimilitaristische Spielerei mit unseren Rekruten treiben. Daß aber der Staatsanwalt Liebnecht nicht aus ebelfer Gesinnung gehandelt hat, das ist doch ganz klar, und dann soll man auch nicht auf Justhausstraße antragen, wobei man sich eine solche Desavouierung vom Gericht zuzieht, wie sie dem Reichsanwalt vom Reichsgericht zuteil geworden ist.

Auch das Verhalten der Staatsanwaltschaft im Falle des Oberst Gaebele ist sehr befremdlich. Auf die rechtliche Seite der Frage gehe ich nicht ein. Daß aber der Staatsanwalt gegen diesen viermal freigesprochenen Mann eine Freiheitsstrafe beantragt, das finde ich unerhört. (Bravo! links und Widerspruch rechts.)

Der Staatssekretär Dr. Rieberding hat uns das neue Strafgesetzbuch für den Sommer 1908 versprochen. Ich glaube nicht, daß es so schnell erledigt sein wird. Jedenfalls sollte man nicht darauf warten, um dringende Reformen durch besondere Kommissen zu erledigen. Dahin gehört die Einführung besonderer Jugendgerichte und vor allem die Aufhebung des Zeugniszwangsverhältnisses gegen Redakteure. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Darauf verlag das Haus die weitere Beratung. Abg. Dr. Spahn (persönlich): Die Erregung des Reichskanzlers wäre mir begreiflicher, wenn sie sich gegen Herrn Baffermann gerichtet hätte, der viel schärfer gesprochen hat als ich. Ich vermahne mich dagegen, verlassenermaßen Vorwürfe gegen den ganzen Offiziersstand gerichtet zu haben. Es war aber nichts natürlicher, als energisch zu fordern, daß nach dem Prozeß Garden bekannt gewordenen Tatsachen hier Auskunft darüber gegeben würde. Ich bedauere, daß der Reichskanzler solche Auskunft nicht gegeben hat.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der Etatberatung.  
Schluß: 7 Uhr.

## Soziales.

### Chreigenkonflikt.

Der Realschüler R. in Berlin hatte von dem Oberlehrer Krolauer eine Chreige erhalten. Demnach wurde festgestellt, daß der linke äußere Gehörgang gerötet und geschwollen war. Auch zeigte das Trommelfell einen Miß. Aerztliche Gutachten gingen dahin, daß die Erkrankung des Ohres von dem Schlag herrühren oder auch latent bestanden haben könne. Möglicherweise sei auch eine latente Erkrankung durch den Schlag verschlimmert worden. — Der Vater des Schülers klagte nun gegen den Oberlehrer auf Schadenersatz, indem er die Erkrankung des Ohres auf die Chreige zurückführte.

Die Regierung erhob aber den Konflikt zugunsten des Oberlehrers. Das Oberverwaltungsgericht verwarf dieser Tage diesen Konflikt als unbegründet. Es führte aus: Dem Verfahren sei Fortgang zu geben. Auf Einstellung des Verfahrens hätte nur entschieden werden können, wenn unzweifelhaft feststände, daß eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse nicht vorliege. Das könne der Senat hier nicht feststellen. Es müsse damit gerechnet werden, daß der Oberlehrer mit seinen Fingerspitzen das Ohr getroffen und verletzt habe.

Da die Oberwelt einen Realschüler, keinen Volksschüler traf, konnte das Oberverwaltungsgericht dem Begehren der Regierung, das gerichtliche Verfahren zu hemmen, nicht stattgeben. Denn man nimmt nach der bestehenden Schulgesetzgebung an, daß Gymnasien und Realschulen überhaupt nicht geprügelt werden dürfen. Würde das Oberverwaltungsgericht die gleichen Grundsätze auf Volksschulen anwenden und annehmen, daß dem Lehrer unter keinen Umständen das Recht zusteht, gegen den Kopf zu schlagen, so würde der Preußen beschämende Zustand bald beseitigt sein, daß in Volksschulen die Hebel der „Rühtigen“ noch herrscht. In einigen nichtpreussischen deutschen Ländern, auch in Oesterreich, gilt jeder Schlag gegen das Gesicht oder den Kopf auch des Volksschülers als Amtsmißbrauch.

### Christentumskassenwahl in Chemnitz.

Seit Monaten tobte in Chemnitz besonders heftig die Aserorien von dem Reichstagenhof befruchtete Verleumdungsflut, gegen die Verwaltung der Kassenverwaltung. In niedrigster, perfidester Weise wurden im Vertrauen darauf, daß Richter sich finden würden, die den Rechtsgrundsch befähigen „Verleumdung von Sozialdemokraten ist strafbar“ von der „nationalen“ Garde der Feinde der Arbeiterklasse mündlich und schriftlich wahre Berge von Verleumdungen gegen die sozialdemokratischen Mitglieder der Kassenverwaltung aufgetürmt. Fieberhaft wurde die wirtschaftliche Macht des Unternehmers dazu mißbraucht, Angestellte zur Wahl der gegen Sozialdemokraten aufgestellten Kartellistenleute zu veranlassen. Handelsangestellte, insbesondere Verkäuferinnen wurden getrieben zur Wahlurne von Prinzipalen geführt, um die gestern vollzogene Vertreterwahl der Arbeitnehmer zugunsten des freisinnig-nationalliberalen-konserverativen Mischauchs zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter zu beeinflussen. Und der Erfolg? Ein glänzender Sieg des Gewerkschaftsartikels: von 12300 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Gewerkschaftsartikels 10000, auf die Liste der vereinigten Modiste 2300. Vielleicht geht allmählich dem minder verständnisvollen Teil der Arbeiterpartei die Erkenntnis auf: die Arbeiter sind zu unabhängig, um durch die Pallastmoral der Modistbrüder sich einfließen zu lassen, die Wahrheit bringt doch durch.



# Aus der Partei.

Die **„Vollmacht“** fühlt sich bemüht, über eine Änderung in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ in einer Weise zu berichten, die sehr unangenehm an das beständige Heraus-schnüffeln der bürgerlichen Presse in persönlichen und Privatangelegenheiten erinnert und von ihr auch begierig aufgegriffen wird. Die „Vollmacht“ schreibt:

Aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ausgeschieden ist, wie wir hören, der bisherige Chefredakteur Franz Mehring. Die Ursache seines plötzlichen Wegganges liegt in Differenzen mit seinem Kollegen Dr. Lenz, die bis zum offenen Parteistreit zurückzuführen und sich neuerdings verschärft haben sollen. Mehring dürfte seine schriftstellerische Kraft nunmehr wohl bald dem „Vorwärts“ zur Verfügung stellen.

Wahr ist an der Sache, daß Genosse Mehring seit langem den Wunsch hegt, sich von der Tagesjournalistik freizumachen, um sich umgeben der wissenschaftlichen Arbeit zu widmen. Diese Absicht wird er nun ausführen. So sehr wir das im Interesse des Leipziger Parteiblattes bedauern, so sehr begrüßen wir es andererseits, daß Genosse Mehring sich nun ganz der Arbeit widmen wird, in der er bisher schon der Partei Vorzügliches geschenkt hat. Ob er daneben noch gewillt sein wird, dem „Vorwärts“ ab und zu durch einen Beitrag aus seiner Feder beizutragen, darüber sind wir im Augenblick nicht unterrichtet. Wir würden aber sehr erfreut sein, wenn es so wäre.

**Personalien.** Zum zweiten Redakteur des „Volksboten“ in Stettin wurde Genosse Kompar gewählt, der voraussichtlich zu Neujahr das Amt übernehmen wird.

## Ein Freispruch in Frankreich.

**Bordeaux, 28. November.** Der Gerichtshof hat den Direktor des sozialistischen Parteiblattes „Droit du Peuple“ freigesprochen, der beschuldigt war, im verflochtenen Juni Artikel verfaßt zu haben, die die Soldaten aufforderten, nicht scharf zu schießen, wenn sie nach dem Schluß der Wintermanöver nach Belgien entsandt werden sollten.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Straftaten der Presse.** Am 6. März wurde der Genosse Schildbach, damals Verantwortlicher der Nordhäuser „Vollzeitung“, wegen Verleumdung der Kaiser Eisenbahndirektion — angeblich begangen durch eine Kritik anlässlich eines tödlichen Unfalles im Eisenbahnbetriebe — zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Auf die Revision Schildbachs hat das Reichsgericht das Urteil am 28. September auf, weil das Gericht nicht geprüft habe, ob Wahrung berechtigter Interessen zugubilligen sei. Am Mittwoch verhandelte die Nordhäuser Strafkammer abermals in der Sache und verurteilte wieder zu einem Monat Gefängnis unter Verfassung des Schutzes des § 193.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Die „Monoline“-Anschmähle.

In der Alten Jakobstraße befindet sich die Sechsmaschinenfabrik „Monoline“, die die schwere Pflicht auf sich genommen hat, bei kaum 100 Gehülften 150 bis 160 Lehrlinge zu „erziehen“ und zu tüchtigen Schlossergesellen auszubilden. Wie gewissenhaft sie diese Aufgabe erfüllt, darüber wurde in einer Werkstättenversammlung gesprochen, die am Mittwochabend in den „Mittlerfälen“ stattfand. Die Lehrlinge waren dazu besonders eingeladen und waren denn auch neben den erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen recht zahlreich erschienen. Es wurde ausgeführt, daß kaum eine Woche, ja man möchte sagen, fast kein Tag vergehe, ohne daß in der „Monoline“ einer dieser als Lehrlinge angenommenen jungen Menschen eine mehr oder minder schwere Verletzung und Verformung erleidet. Abgerissene oder abgefräste Finger, zerstückte Arme, verletzte Knochen nötigen bald den einen, bald den anderen der jungen Leute, auf Wochen von seinem Arbeitsplatz zu verschwinden, um Heilung zu suchen. Man meinte, daß die Gewerbeinspektion blind sein müsse, da sie es trotz der vielen Unfälle gestatte, daß Jungen von 14, 15 Jahren ohne genügende Aufsicht an diesen mörderischen Maschinen tagaus tagein ihre Knochen preisgeben. Aber darüber hinaus wurde der Betriebsleitung und namentlich dem Ingenieur Grams, eine Behandlung der Lehrlinge zum Vorwurf gemacht, die jeder Beschreibung spottet. Was sollen diese Lehrlingselgerie tagtäglich gewohnheitsmäßig ausstellen, so groß, daß man immer wieder einen Jungen mit verweinten Augen herumlaufen sieht. Andere erwachsene Angestellte des Betriebes sollen leider nicht etwa dem der Mißhandlung ausgehenden Jungen, sondern dem Prügelmeister zu Hilfe kommen, wenn er sich nicht stark genug fühlt, um allein des Delinquenten Herr zu werden. Auch der Direktor soll sich an den Lehrlingen vergreifen. Erwähnt wurde, wie einem Jungen bei der Mißhandlung Wüchel Haare ausgerissen wurden. Zur „Lehrlingsausbildung“ gehört wohl nach Meinung der Betriebsleitung auch die Erziehung zum Demunziantentum. Wer der Jugendorganisation angehört, wer sonst was Unverlaubtes begangen hat, den sollen seine Lehrkollegen verpflichtet sein zu verraten, widrigenfalls sie — verprügelt werden. Mit der eigentlichen Ausbildung dagegen soll es elend bestellt sein. Wenn die vierjährige Lehrzeit vorbei ist, müßten die jungen Leute erst in einem anderen Betriebe von neuem anfangen zu lernen, wurde ausgeführt. Bei der Teilarbeit, mit der sie in der „Monoline“ lediglich beschäftigt werden, könnten sie doch unmöglich Tüchtiges lernen. Das Kostgeld der „Lehrlinge“ steigt in den vier Jahren von 3 auf 6 M., wovon jedoch jede Woche 25 Pf. abgezogen werden. Dieses Geld, das ja bei der Rasse der Lehrlinge ein ganz ansehnliches Stück Betriebskapital für die Fabrik ausmacht, geht dem Lehrling verloren, wenn das Lehrverhältnis vorzeitig gelöst wird.

In der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, daß man die Zustände in der „Monoline“ einmal in öffentlicher Versammlung erörtern möge, zu der auch die Eltern eingeladen werden sollten.

#### Die Berliner Cafekellner am Streiken!

Es gewinnt den Anschein, als ob die Berliner Cafekellner mit Macht sich das Joch vom Halse schütteln wollten, das ihnen durch ihre Arbeitgeber aufgehaßt wird. Nicht allein, daß die Unternehmer im Kaffeehausgewerbe sich der Verpflichtung entziehen, ihren Angestellten auch nur den geringsten Lohn zu zahlen, zwingen sie bekanntlich dieselben, dem Vermittler im voraus Summen von 20—100 M. zu bezahlen, bevor sie überhaupt die Gewißheit haben, ob sie, die Angestellten in die Lage kommen, diese hohe Summen an Trinkgeldern wieder zu berechnen, denn sehr häufig kommt es vor, daß das Verhältnis nach 3—4 Tagen schon wieder gelöst wird. Man wird da den Einwurf machen, daß der Vermittler ja gesetzlich nicht berechtigt ist, die Gebühren im voraus zu verlangen. Ja, was ist dem Kellner gegenüber nicht alles gesetzlich verpfichtet. Da darf z. B. nach deutschen Reichsgesetzen ein Arbeitgeber von seinen Angestellten keine Krankenkassenbeiträge abfordern, wenn er ihm keinen Lohn zahlt. Es gibt in Berlin zirka 200 Kaffeehäuser, davon zahlen höchstens fünf einen Höchstlohn von 10 M.,

aber sämtliche 200 zichen ihren Kellnern schlanke wöchentlich 75 Pf. und noch mehr an Krankengeld ab; ja, 165 Kaffeehäuser verlangen von ihren Kellnern noch 3 bis 5, ja sogar 10 M. Abgaben täglich, angeblich für Bruch, die der Kellner von seinen vereinnahmten Trinkgeldern an den Prinzipal abführen muß. Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn der Kellner sich einmal zu seinen Gunsten „verrecknet“; denn das Ausbeutungssystem der Berliner Kaffeehausbesitzer zwingt ja den Kellner, sich an den Wästen schadlos zu halten.

Zu den gekennzeichneten Geschäften gehört auch das Café Opera unter den Linden. Außer durch Abzüge für Wäsche, Bruch, Krankengeld usw. werden die Kellner in dem Lokal auch nicht würdig behandelt. Der Gewerkschaften scheint den Arbeitnehmern dort endlich gerissen zu sein, denn am Dienstagabend legten die Kellner einmütig die Arbeit nieder und verlangten die Abschaffung der unberechtigten Abgaben, was natürlich rundweg abgelehnt wurde, worauf die Angestellten in den Streik eintraten.

Der Stellenvermittler Franz Jocus, der nebenher eine Gastwirtschaft in der Kobaldisstraße 4 betreibt, war, wie im Café Bauer auch hier zur Lieferung von Streikbrechern sofort und ohne Bedingung bereit. Die Cafégangestellten werden sich diesen Herrn merken!

Die organisierten Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Verleihgeschäften Berlins haben seit dem 1. Mai 1908 einen kooperativen Lohnvertrag zur Durchführung gebracht. Für die bei den tarifstreuen Firmen dieser Branche beschäftigten Hausdiener und so weiter ist vom Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle I, eine Kontrollkarte eingeführt worden. Dieselbe ist von grüner Farbe und ist nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist. Wir ersuchen hiermit die organisierte Arbeiterschaft Berlins strenger wie bisher darauf zu achten und sich die Kontrollkarte vorzeigen zu lassen.

#### Die Branchenleitung.

**Wahung, Feiseuregehülfen!** Für Mitglieder wegen Tarifbruch gesperrt sind: Gies, Gleimstr. 10, Berner, Veteranenstr. 19, Fischer, Stolpischstr. 16/17, Gewillig hat Weich, Stralauer Allee 28, Frank, Mantuffelstr. 106, Alt, Koloniestr. 88 und Kynast, Schwedelerstr. 10.

J. A.: Paul Sieze, Rosenhalestr. 57.

## Deutsches Reich.

### Streik der Abbrucharbeiter in Leipzig.

Die Leipziger Abbrucharbeiter haben nach mehrwöchigen Streik die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Es hatten sich gegen 100 Streikbrecher gefunden und die Unternehmer hatten jede Verhandlung mit der Gewerkschaft, auch eine Einigung vor dem Gewerbegericht strikt abgewiesen.

### Tarifverhandlungen der Schneider.

Infolge der herrschenden Teuerung sind der Schneiderverband und der Gewerbeverein der Schneider (H. D.) in Leipzig an die Unternehmer behufs Einführung eines neuen Tarifs herangetreten. Diese erklärten sich auch zu Verhandlungen bereit. Der Vorstand des Verbandes legte den Schneidern nun einen Entwurf vor, der für 1400 Schneider in Betracht käme. Die Arbeitslöhne sollen danach um 5 bis 12 Proz. erhöht werden. Stundenlöhne sollen auf 40—50 Pf., Wochenlöhne auf 24 bis 30 M. festgesetzt werden. Bei Stücklohn soll für die Heimarbeiter 10 Proz. und für Heberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit 25 bis 50 Proz. Zuschlag gewährt werden. Außerdem wird verlangt, daß die Unternehmer die Zulaten liefern und Lohnbücher einführen.

### Christliche Verleumdung.

Einem Verleumdungsfeldzug hatten die Führer des christlichen Legilarbeiter-Verbandes in Bayern gegen den Gauleiter Brügge-mann von der Freien Gewerkschaft unternommen. Im September 1908 waren die Legilarbeiter einer Firma in Kolbermoor in die Lohnbewegung getreten. Sie verlangten Lohnerhöhung oder besseres Material. Der freie Verband war mit zirka 280 Mitgliedern, die Christen mit 160 beteiligt. Der christliche Vertreter Geher und Brüggemann unterhandelten mit der Firma und brachten dadurch die Sache zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß. Kurze Zeit darauf begann Geher gegen Brüggemann seine Verleumdungen auszustreuen, Brüggemann verschulde, daß nicht noch mehr erreicht worden sei. Er habe erklärt, 8 Prozent Zulage seien genügend. Bald sprachen das alle großen und kleinen Führer der Christen nach. Man beschuldigte in öffentlicher Versammlung Brüggemann, Schmiegelder genommen zu haben usw. Brüggemann war genötigt Klage anzustrengen. Eine ganze Anzahl „christlicher“ Leute sollten vor Gericht ihre Behauptungen beweisen. In allen Fällen wurde Brüggemann glänzend rehabilitiert. Dieser Tage stand auch Geher vor dem Schöffengericht. Die von Geher geladenen Verleumdungszeugen, die Direktoren der Fabrik, sagten unter Eid aus, daß die Behauptung Gehers unwahr sei. In den ganzen Verhandlungen sei von einer bestimmten Anzahl von Prozenten nicht gesprochen worden. Geher wurde zu 50 M. Geldstrafe und Teugung der Kosten, auch der des Privatklägers verurteilt. Auch die christlichen Arbeiter werden einsehen, daß durch solch eine Kampfesweise den Arbeiterinteressen nicht gedient ist.

**Fliesenleger!** Die Sperre der Firma Lottes (Vertreter Klingenberg) zu Nürnberg wegen Vertragsbruch besteht fort. Bezug von Fliesenlegern nach Nürnberg ist streng fern zu halten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Ausland.

### Die russischen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten.

Vor einigen Tagen fand in Petersburg eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung von Gewerkschaftsmitgliedern statt, auf welcher die Frage von der Lage der Gewerkschaften erörtert wurde. Die Versammlung konstatierte, daß die Repressalien von Seiten der Administration, die mit jedem Tage immer größere Dimensionen annehmen, die Existenz der Gewerkschaften nicht nur wankend, sondern fast unmöglich machen. In Anbetracht dessen beschloß die Versammlung, den Genossen Polezajew, Vertreter der Petersburger Arbeiter in der Duma, zu bitten, er möge eine Interpellation über diese Repressalien im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einbringen.

### Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!

Rom, 25. November, (Fig. Ver.) Auf der Werft von Pegli ist dieser Tage ein Schlepptanker von Stapel gelassen, den die „Arbeitsgenossenschaft der Steuer- und Schauerleute“ im Kohlenhafen von Genua hat bauen lassen. Es ist dies der erste Schlepptanker, den die organisierten Kohlenarbeiter Genuas als Eigentum besitzen; bisher haben sie mit gemieteten Dampfern gearbeitet. Der Dampfer, der einer der schnellsten Dampferdampfer des Hafens sein wird, trägt den Namen „Primo Maggio“ (erster Mai). Möge er viele Nachfolger haben.

### Die American Federation of Labor.

Der amerikanische Arbeiterbund, der in Norfolk (Virginia) seinen Jahreskongreß abhält, hat seinen Jahresbericht herausgegeben, der davon zeugt, daß die Organisation regelmäßig, gute Fortschritte macht. Während des Jahres wurden 873 Charters (Freiwillige für neugegründete Vereinigungen) herausgegeben, so daß der Bund jetzt

auf folgenden Einzelverbänden besteht: 117 internationale (d. h. von den Vereinigten Staaten und Kanada) Gewerkschaften, 57 Staatsverbände, 574 städtische Zentralverbände und 661 lokal- oder über die Vereinigten Staaten organisierte Gewerkschaften.

Ueber die Mitgliederzahl wird gesagt, daß sich für den Monat September d. J. diese Zahl auf 172824 stellte.

Folgendes sind die durchschnittlichen Mitgliederzahlen während der abgelaufenen elf Jahre:

1897	261 825
1898	278 016
1899	340 423
1900	548 821
1901	787 537
1902	1 024 899
1903	1 468 800
1904	1 676 200
1905	1 494 300
1906	1 454 200
1907	1 538 970

Die Gesamteinnahmen der American Federation of Labor aus allen Quellen betragen 174 390,26 Dollar, die Gesamtausgaben 159 600,84 Dollar, einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 14 789,42 Dollar ergebend. Der Kassenbestand beträgt 127 910,02 Dollar. Davon entfallen 103 078,80 Dollar auf den Streikfonds.

Die Zentralkasse erhebt 6 Cent Kopffsteuer pro Mitglied. Die einzelnen Verbände geben nicht nur ein Minimum von Mitgliedern an, für die sie Beiträge an den Bund zu leisten haben. Daher ist auch die Zahl der organisierten Arbeiter in Wirklichkeit noch um einige Hunderttausend höher anzulegen.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70 Pf., IIa 62—67, IIIa 56—59, Bienenfleisch Ia 67—72, IIa 56—66, Rinde, fett 50—58, do. mager 38—46, Schweinefleisch Ia 80—90, IIa 70—75, Rinder ger. gen. 50—66, do. hoch 48—54, Gemischtes Fleisch Ia 76—78, Gemischtes Ia 68—72, IIa 62—67, ungar. 0,00, Schaf 47—60, Schweinefleisch 50—58, Rindfleisch Ia per Pfund 0,60—0,70, IIa 0,45—0,55, Rindfleisch Ia per Pfund 0,40—0,51, do. IIa 0,30—0,40, do. Rindfleisch 0,50, Hammel 0,37—0,55, do. Rindfleisch 0,60—0,70, Wildschwein per Pfund 0,25—0,43, Ferkel p. Pfund 0,65—0,75, Kaninchen, groß pr. St. 0,70—1,00, do. klein 0,00, Gans, groß pr. St. 3,50—3,80, do. mittel u. klein 1,50—3,20, Wildenten pr. St. 1,40—1,75, Rebhühner, Junge pr. St. 0,90—1,20, do. alte 0,60—0,80, Fasanenbühne Ia, Junge 2,25—3,00, do. IIa und alte 1,50—2,00, Fasanenbühnen 1,00—1,50, Gänse pr. St. 2,00—2,25, do. IIa 1,00—1,50, Dohner, alte, pr. St. 1,00—2,00, do. IIa 0,60—1,00, dito Junge 0,40—1,10, Tauben 0,15—0,40, do. halbküchige 0,05, Enten 1,20—2,40, dito pr. Pfund 0,65—0,70, dito Hamburger pr. St. 3,20, Gänse pr. Pfund 0,40—0,85, dito pr. St. 0,60, do. Hamburger 0,60, do. Oberbrüher p. Pfund 0,48—0,53, Poulets pr. St. 0,70—1,00, Puten p. Pfund 0,50—0,85, Gänse pr. 100 Pf. 70—81, do. matt 0,00, do. groß 0,00, do. klein 0,00, do. groß-mittel 68, Gänse 88—94, do. groß 79, do. klein-mittel 0,00, Schiele, ungl. 0,00, do. groß 88—85, do. klein 117—125, Kule, klein 67, do. klein und mittel 67, dito mittel 0,00, dito 91—94, Weiß 0,00, Kühen 45, Mollbau 0,00, Karpen 50 Pf., dito 30—40er 0,00, dito 45er 0,00, dito 70er 0,00, Fische Röhre 38—42, Schnepfen 0,00, Barbe 0,00, Karaschen, matt 79, Heis 30—42, do. matt 23—30, Wand 35—41, Raap 0,00, Weißfisch 0,00, Winter-Mehl 0,00, Amerik. Vachs Ia neuer, pr. 100 Pf. 110—130, do. IIa neuer 90—100, Seelachs pr. 100 Pf. 10—20, Rindfleisch, Rind, Steige Ia 2—6, mittel Rind 1—2, Hamm. Steige 4—6, halbe Rind 2—3, pomm. Ia 2,00, IIa 0,00, Schilling, Rind pr. St. 2—3,00, Stralauer 0,00, engl. pr. St. 2,00—3,00, Spratten, Danziger, Rind 0,70—0,90, do. Hagenwalder, Rind 0,80—1,00, Kule, groß pr. Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Feringe pr. St. 5,00—9,00, Schafsch. Rind 3,00—4,50, „/„ Rind 1,75—2,50, Sardellen, 1908er pr. 100 Pf. 98, 1908er 98, 1908er 90—95, Schottische Vögelpringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 38—42, deutsche 37—44, Feringe, neue Rind, pr. 1/2, Ia 50—120, Sardinen, russ., 1/2, 1,50—1,50, Pralheringe 1/2 1,20—1,40, do. Rind (4 Liter) 1,40—1,70, Kranaugen, Schaffas 11, do. kleine 5—6, do. Rind, 14, Krebse pr. St. 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Gollzer, groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Eier, Rand, unsortiert pr. St. 4,50—5,90, do. große 6,00—6,90, Butter pr. 100 Pf. Ia 124—127, IIa 118—122, IIIa 110—116, abblende 90—95, Saure Gurken Schod 4,00, Pfeffergurken Schod 4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfund Daberger 2,75—3,25, weiße runde 2,50—2,75, mag. bon. 2,75—3,25, Vorrer, pr. St. 0,75—1,50, Meerrettich, Schod 4—10, Spina pr. 100 Pfund 15—25, Sellerie, pr. St. 8—6, do. pomm. 6—8, Zwiebeln pr. 100 Pf. 2,00—3,00, Petersilie, grün, Schod 1,00—1,25, Rottkohl Schod 0,75—1,00, Rettich, dachförmig, St. 0,04—0,10, hiesiger Schod 2,50—3,50, Kohlraben, 100 Pf. 2,00 bis 2,50, Karotten, hiesig, Schod 3,00—4,00, Strohobst p. St. 4—6, Kartoffel, Schod 3—7, Weißkohl p. 100 Pf. 1,75—2,00, Wurzelschl. hiesig 100 St. 0,00, do. Exster 0,00, Kohlenh. pr. 100 Pfund 10—20, Grünkohl 3,00—5,00, Kohlraben, Schod 2,00—3,00, Petersilienwurzel, pr. 100 Pf. 6—7, Schod 4—5, Schnittlauch, Löpfe Puter 4,00 bis 4,50, Tomaten, italienische, pr. 100 Pfund 25—30, rote Rind, pr. 100 Pfund 2,50—3,00, Rind, Sellerie, pr. 100 Pf. 4—8, do. Tel-tomer 16—18, Rindh. p. 100 Pf. 8—10, Kefal pr. St. 6—8, Endivien pr. St. 3—6, Birnen pr. 100 Pf. 10—12, Rindh. 5—6, Tafelbirnen Ia 12—25, do. IIa 10—17, Apfel, pr. 100 Pfund, Rind Ia 18—40, do. IIa 12—18, Rind, Iste, pr. 100 Pfund 10—14, do. in Rind 120 Pfund 30—70, Rind, hiesig, 3—5, Rind 5—10, Tafel-Äpfel Ia 15—25, do. IIa 10—12, Amerikaner, pr. 100 Pf. 21—35, Italiener, Iste, 100 Pf. 8—12, Wallnüsse, pr. 100 Pf. französische 36 bis 60, rumänische 27—30, Parannüsse 82—90, Haselnüsse, lange, 100 Pf. 44—49, do. runde 35—37, Weintrauben, italienische, pr. 100 Pfund 0,00, Ananas pr. 1/2 13—20, Ananas I, pr. 1/2, 0,70—0,90, do. II 0,40—0,50, Bananen, gelb, pr. 100 Pfund 18—22, Kofschüsse pr. 100 St. 20—30, Rindmandeln pr. 100 Pf. 70—100, Naronen, ital., pr. 100 Pf. 17—20, Feigen, franz. pr. 100 Pf. 21—25, do. Zermul-, pr. 100 Pf. 40, do. in Rind 28—60, Traubenrosinen pr. 100 Pfund 80—120, Birnen, Messina, 300 St. 8,75—12,00, do. 300 St. 8,00—11,00, do. 200 St. 0,00, do. 150 St. 0,00, Apfelsinen, 300 St. 6,00—11,00, do. Murcia 200 St. 8,50—11,00, do. 300 St. 8,50—10,50, do. Valencia 420 St. 16—18, do. 714 St. 18—21.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. S. 1., S. 2. 1.** Kirch und andere Kirchenausdrücke. Der aus der evangelischen, katholischen oder jüdischen Kirche austreten will, tritt das dem Amtsgericht seines Wohnortes mit Formulare hierzu erhält er durch Stadtratsverordneten Hofmann, Blumenstr. 18. Er muß dann ohne eine Ladung abwarten innerhalb des 29. und 42. Tages nach Eingang seines Antrages bei Gericht auf dem Gericht erscheinen und seinen Austritt zu Protokoll erklären. Kirchensteuer ist dann nur noch 1 Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres zu zahlen in dem der Austritt erklärt ist. Wer also vom 31. Dezember 1908 ab Kirchensteuer nicht mehr bezahlen will, muß schriftlich den Austritt vornehmen, denn wenn er den Austritt erst nach dem 31. Dezember d. J. erklärt, so hat er bis zum 31. Dezember 1909 Kirchensteuer zu zahlen. Seit dem 1. April d. J. wird auch von der Frau, welche keinerlei Gewerbe oder Verdienst hat, Kirchensteuer erhoben und zwar auch wenn ihr Name aus der Kirche ausgetreten ist. Nach der Ansicht der Kirchensteuerbeitragsbehörden bildet der Mann auch in diesem Falle für die Steuer der Ehefrau; ein Erkenntnis darüber ist aber noch nicht ergangen. Das Gesetz wird vom Gericht der Gerechtigkeit mitgeteilt. Der Gedanke kann versuchen, mit dem Austrittslustigen Rücksprache zu nehmen, dieser selbst kann den Geistlichen erlauben, seine Wohnung zu verlassen. Will der aus einer der Kirchen Ausgetretene durchaus in eine andere Kirchengemeinschaft treten, so mag er sich mit den Dienern der betreffenden Kirche in Verbindung setzen. — **S. 2. 22.** Ihr Einwand wurde der Klage gegenüber durchgetrieben, Sie müssen sich aber die Beweismittel beschaffen und im Termin den Einwand erheben. — **C. 23. Kappenstraße 17.** Sie würden Ihre Ansprüche schriftlich beim Bezirkskommando anmelden müssen. Sollte von der Militärbehörde Ihr Anspruch definitiv abgelehnt werden, so könnten Sie innerhalb eines Jahres Klage erheben. Der Ausgang einer solchen ist freilich wegen der Schwierigkeit des Nachweises des wahren Zusammenhanges recht zweifelhaft. — **C. 24.** Die Klage ist ausrichtlos. — **D. 25.** Wegen der Simon Hermann und Ella Schim-Elting, wie überhaupt wegen Eiltungen irgend einer Art können Sie sich nicht auf schriftlich an die Entlassungsdeputation Poststr. 16 wenden. 4. Ja. 5. Weil der Raum für notwendige Dinge erforderlich ist. — **T. 2. 01. 1. und 2.** In vier Jahren verläufen Gerichtsrollen. Von jeder Wählung ab beginnt die Frist von neuem zu laufen. — **Robert Wäcker. Ja.**



Wer bei  
Jandorf  
kauft  
spart  
Geld!

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancesstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Unser Lebensmittel-Katalog ist erschienen.  
:: Zusendung auf Wunsch portofrei. ::  
Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat.  
Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

## Lebensmittel

Sonntag den 1. Dezember  
geöffnet von 8-10 u. 12-2 Uhr.

Cervelatwurst in Rinddarm, Pfd. 1.20	Landleberwurst Pfund 85 Pf.	Rotwurst I Pfund 75 Pf.
Salamiwurst Pfund 1.20	Westf. Leberwurst Pfund 65 Pf.	Rotwurst II Pfund 45 Pf.
Schinkenwurst Pfund 1.20	Zwiebelleberwurst Pfund 45 Pf.	Knoblauchwurst Pfund 1.10
Leberwurst ff. Pfund 95 Pf.	Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund 90 Pf.	Mausschinken Pfund 1.20

Fett-Gänse Pfund 62 Pf. | Liköre (Ingber, Pfeffermünz, Pomeranzen, Stonsdorfer, Bergamott) Flasche ca. 1/2 Liter 60 Pf.

Deutscher Kakao Pfund 1.25 | Kaffee Mischung II III IV V VI tagl. frisch gebr. Pfd. 80 95 1.10 1.30 1.50 | Holl. Kakao Pfund 1.95, 2.20

Kasseler Rippespeer Pfund 70 Pf.

Puppen, Spielwaren, Pfefferkuchen, Baumschmuck

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn



### Touren

Sonntag, den 1. Dezember:  
1. Abt. 1 Uhr: Hermsdorf (Heidenreich). Start: Salowstr. 58.  
2. Abt. 1 Uhr: Franz-Buchholz (Röhne). Start: Fontane-Promenade 15.  
3. Abt. 1 1/2 Uhr: Familientour Johannisbad (Senftenberg). Start: Mariannenplatz.  
4. Abt. 1 1/2 Uhr: Wiersdorf (Waldstein). Start: Köpplerplatz.  
5. Abt. 2 Uhr: Kaulsdorf (Hamanns). Start: Köpplerplatz.  
6. u. 9. Abt. 2 Uhr: Baumgartenweg (Badend). bei schlechtem Wetter per Bahn. 6. Abt. Start: Oberbergerstr. 30. Genossenschaft. 9. Abt. Start: Schillingstr. 22.  
7. Abt. 1 Uhr: Kartoffel- u. Herings-tour Waldmannslust (Schweitzerhagen). Start: Grenzstr. 21.  
8. Abt. 2 Uhr: Schönholz (Ramlow). Start: Waldstr. 8. 22/11  
Gäste willkommen.

Heute abend 8 1/2 Uhr:  
Fahrwart-Sitzung  
Klosterstrasse 101 bei Bosse.

### Maßgefögel, Butter

Bestes franko 5 kg-Roth ägl. geschlachtet, saub. gerupft 1 Maß. ob. Tragmaß m. Kleingef. ob. 3-4 fette Enten od. Gansd. od. Suppenhühner je 5.25 M. Rotbutter 10 Pfd. Roth 7.50 M., 10 Pfd. Dese Olivenöl je 4.50 M., 1/2 Butter, 1/2 Honig 5.50 M. Toni Anderman Buczacz, Ost. No. 6.

### Arbeiter-Berufs-Kleidung

Aktuelles Spezial-Geschäft  
3 Mühlendamm 3  
und Kottbuserdamm 95.  
Adolf Wecker.

Fette, Gänse, fette, Enten, junge Hühner, Tauben empfiehlt reichlich F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 31.

### Grossbetten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigtem neuen Bettleinen, helles Bettlin 18, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1002, 1008, 1014, 1020, 1026, 1032, 1038, 1044, 1050, 1056, 1062, 1068, 1074, 1080, 1086, 1092, 1098, 1104, 1110, 1116, 1122, 1128, 1134, 1140, 1146, 1152, 1158, 1164, 1170, 1176, 1182, 1188, 1194, 1200, 1206, 1212, 1218, 1224, 1230, 1236, 1242, 1248, 1254, 1260, 1266, 1272, 1278, 1284, 1290, 1296, 1302, 1308, 1314, 1320, 1326, 1332, 1338, 1344, 1350, 1356, 1362, 1368, 1374, 1380, 1386, 1392, 1398, 1404, 1410, 1416, 1422, 1428, 1434, 1440, 1446, 1452, 1458, 1464, 1470, 1476, 1482, 1488, 1494, 1500, 1506, 1512, 1518, 1524, 1530, 1536, 1542, 1548, 1554, 1560, 1566, 1572, 1578, 1584, 1590, 1596, 1602, 1608, 1614, 1620, 1626, 1632, 1638, 1644, 1650, 1656, 1662, 1668, 1674, 1680, 1686, 1692, 1698, 1704, 1710, 1716, 1722, 1728, 1734, 1740, 1746, 1752, 1758, 1764, 1770, 1776, 1782, 1788, 1794, 1800, 1806, 1812, 1818, 1824, 1830, 1836, 1842, 1848, 1854, 1860, 1866, 1872, 1878, 1884, 1890, 1896, 1902, 1908, 1914, 1920, 1926, 1932, 1938, 1944, 1950, 1956, 1962, 1968, 1974, 1980, 1986, 1992, 1998, 2004, 2010, 2016, 2022, 2028, 2034, 2040, 2046, 2052, 2058, 2064, 2070, 2076, 2082, 2088, 2094, 2100, 2106, 2112, 2118, 2124, 2130, 2136, 2142, 2148, 2154, 2160, 2166, 2172, 2178, 2184, 2190, 2196, 2202, 2208, 2214, 2220, 2226, 2232, 2238, 2244, 2250, 2256, 2262, 2268, 2274, 2280, 2286, 2292, 2298, 2304, 2310, 2316, 2322, 2328, 2334, 2340, 2346, 2352, 2358, 2364, 2370, 2376, 2382, 2388, 2394, 2400, 2406, 2412, 2418, 2424, 2430, 2436, 2442, 2448, 2454, 2460, 2466, 2472, 2478, 2484, 2490, 2496, 2502, 2508, 2514, 2520, 2526, 2532, 2538, 2544, 2550, 2556, 2562, 2568, 2574, 2580, 2586, 2592, 2598, 2604, 2610, 2616, 2622, 2628, 2634, 2640, 2646, 2652, 2658, 2664, 2670, 2676, 2682, 2688, 2694, 2700, 2706, 2712, 2718, 2724, 2730, 2736, 2742, 2748, 2754, 2760, 2766, 2772, 2778, 2784, 2790, 2796, 2802, 2808, 2814, 2820, 2826, 2832, 2838, 2844, 2850, 2856, 2862, 2868, 2874, 2880, 2886, 2892, 2898, 2904, 2910, 2916, 2922, 2928, 2934, 2940, 2946, 2952, 2958, 2964, 2970, 2976, 2982, 2988, 2994, 3000, 3006, 3012, 3018, 3024, 3030, 3036, 3042, 3048, 3054, 3060, 3066, 3072, 3078, 3084, 3090, 3096, 3102, 3108, 3114, 3120, 3126, 3132, 3138, 3144, 3150, 3156, 3162, 3168, 3174, 3180, 3186, 3192, 3198, 3204, 3210, 3216, 3222, 3228, 3234, 3240, 3246, 3252, 3258, 3264, 3270, 3276, 3282, 3288, 3294, 3300, 3306, 3312, 3318, 3324, 3330, 3336, 3342, 3348, 3354, 3360, 3366, 3372, 3378, 3384, 3390, 3396, 3402, 3408, 3414, 3420, 3426, 3432, 3438, 3444, 3450, 3456, 3462, 3468, 3474, 3480, 3486, 3492, 3498, 3504, 3510, 3516, 3522, 3528, 3534, 3540, 3546, 3552, 3558, 3564, 3570, 3576, 3582, 3588, 3594, 3600, 3606, 3612, 3618, 3624, 3630, 3636, 3642, 3648, 3654, 3660, 3666, 3672, 3678, 3684, 3690, 3696, 3702, 3708, 3714, 3720, 3726, 3732, 3738, 3744, 3750, 3756, 3762, 3768, 3774, 3780, 3786, 3792, 3798, 3804, 3810, 3816, 3822, 3828, 3834, 3840, 3846, 3852, 3858, 3864, 3870, 3876, 3882, 3888, 3894, 3900, 3906, 3912, 3918, 3924, 3930, 3936, 3942, 3948, 3954, 3960, 3966, 3972, 3978, 3984, 3990, 3996, 4002, 4008, 4014, 4020, 4026, 4032, 4038, 4044, 4050, 4056, 4062, 4068, 4074, 4080, 4086, 4092, 4098, 4104, 4110, 4116, 4122, 4128, 4134, 4140, 4146, 4152, 4158, 4164, 4170, 4176, 4182, 4188, 4194, 4200, 4206, 4212, 4218, 4224, 4230, 4236, 4242, 4248, 4254, 4260, 4266, 4272, 4278, 4284, 4290, 4296, 4302, 4308, 4314, 4320, 4326, 4332, 4338, 4344, 4350, 4356, 4362, 4368, 4374, 4380, 4386, 4392, 4398, 4404, 4410, 4416, 4422, 4428, 4434, 4440, 4446, 4452, 4458, 4464, 4470, 4476, 4482, 4488, 4494, 4500, 4506, 4512, 4518, 4524, 4530, 4536, 4542, 4548, 4554, 4560, 4566, 4572, 4578, 4584, 4590, 4596, 4602, 4608, 4614, 4620, 4626, 4632, 4638, 4644, 4650, 4656, 4662, 4668, 4674, 4680, 4686, 4692, 4698, 4704, 4710, 4716, 4722, 4728, 4734, 4740, 4746, 4752, 4758, 4764, 4770, 4776, 4782, 4788, 4794, 4800, 4806, 4812, 4818, 4824, 4830, 4836, 4842, 4848, 4854, 4860, 4866, 4872, 4878, 4884, 4890, 4896, 4902, 4908, 4914, 4920, 4926, 4932, 4938, 4944, 4950, 4956, 4962, 4968, 4974, 4980, 4986, 4992, 4998, 5004, 5010, 5016, 5022, 5028, 5034, 5040, 5046, 5052, 5058, 5064, 5070, 5076, 5082, 5088, 5094, 5100, 5106, 5112, 5118, 5124, 5130, 5136, 5142, 5148, 5154, 5160, 5166, 5172, 5178, 5184, 5190, 5196, 5202, 5208, 5214, 5220, 5226, 5232, 5238, 5244, 5250, 5256, 5262, 5268, 5274, 5280, 5286, 5292, 5298, 5304, 5310, 5316, 5322, 5328, 5334, 5340, 5346, 5352, 5358, 5364, 5370, 5376, 5382, 5388, 5394, 5400, 5406, 5412, 5418, 5424, 5430, 5436, 5442, 5448, 5454, 5460, 5466, 5472, 5478, 5484, 5490, 5496, 5502, 5508, 5514, 5520, 5526, 5532, 5538, 5544, 5550, 5556, 5562, 5568, 5574, 5580, 5586, 5592, 5598, 5604, 5610, 5616, 5622, 5628, 5634, 5640, 5646, 5652, 5658, 5664, 5670, 5676, 5682, 5688, 5694, 5700, 5706, 5712, 5718, 5724, 5730, 5736, 5742, 5748, 5754, 5760, 5766, 5772, 5778, 5784, 5790, 5796, 5802, 5808, 5814, 5820, 5826, 5832, 5838, 5844, 5850, 5856, 5862, 5868, 5874, 5880, 5886, 5892, 5898, 5904, 5910, 5916, 5922, 5928, 5934, 5940, 5946, 5952, 5958, 5964, 5970, 5976, 5982, 5988, 5994, 6000, 6006, 6012, 6018, 6024, 6030, 6036, 6042, 6048, 6054, 6060, 6066, 6072, 6078, 6084, 6090, 6096, 6102, 6108, 6114, 6120, 6126, 6132, 6138, 6144, 6150, 6156, 6162, 6168, 6174, 6180, 6186, 6192, 6198, 6204, 6210, 6216, 6222, 6228, 6234, 6240, 6246, 6252, 6258, 6264, 6270, 6276, 6282, 6288, 6294, 6300, 6306, 6312, 6318, 6324, 6330, 6336, 6342, 6348, 6354, 6360, 6366, 6372, 6378, 6384, 6390, 6396, 6402, 6408, 6414, 6420, 6426, 6432, 6438, 6444, 6450, 6456, 6462, 6468, 6474, 6480, 6486, 6492, 6498, 6504, 6510, 6516, 6522, 6528, 6534, 6540, 6546, 6552, 6558, 6564, 6570, 6576, 6582, 6588, 6594, 6600, 6606, 6612, 6618, 6624, 6630, 6636, 6642, 6648, 6654, 6660, 6666, 6672, 6678, 6684, 6690, 6696, 6702, 6708, 6714, 6720, 6726, 6732, 6738, 6744, 6750, 6756, 6762, 6768, 6774, 6780, 6786, 6792, 6798, 6804, 6810, 6816, 6822, 6828, 6834, 6840, 6846, 6852, 6858, 6864, 6870, 6876, 6882, 6888, 6894, 6900, 6906, 6912, 6918, 6924, 6930, 6936, 6942, 6948, 6954, 6960, 6966, 6972, 6978, 6984, 6990, 6996, 7002, 7008, 7014, 7020, 7026, 7032, 7038, 7044, 7050, 7056, 7062, 7068, 7074, 7080, 7086, 7092, 7098, 7104, 7110, 7116, 7122, 7128, 7134, 7140, 7146, 7152, 7158, 7164, 7170, 7176, 7182, 7188, 7194, 7200, 7206, 7212, 7218, 7224, 7230, 7236, 7242, 7248, 7254, 7260, 7266, 7272, 7278, 7284, 7290, 7296, 7302, 7308, 7314, 7320, 7326, 7332, 7338, 7344, 7350, 7356, 7362, 7368, 7374, 7380, 7386, 7392, 7398, 7404, 7410, 7416, 7422, 7428, 7434, 7440, 7446, 7452, 7458, 7464, 7470, 7476, 7482, 7488, 7494, 7500, 7506, 7512, 7518, 7524, 7530, 7536, 7542, 7548, 7554, 7560, 7566, 7572, 7578, 7584, 7590, 7596, 7602, 7608, 7614, 7620, 7626, 7632, 7638, 7644, 7650, 7656, 7662, 7668, 7674, 7680, 7686, 7692, 7698, 7704, 7710, 7716, 7722, 7728, 7734, 7740, 7746, 7752, 7758, 7764, 7770, 7776, 7782, 7788, 7794, 7800, 7806, 7812, 7818, 7824, 7830, 7836, 7842, 7848, 7854, 7860, 7866, 7872, 7878, 7884, 7890, 7896, 7902, 7908, 7914, 7920, 7926, 7932, 7938, 7944, 7950, 7956, 7962, 7968, 7974, 7980, 7986, 7992, 7998, 8004, 8010, 8016, 8022, 8028, 8034, 8040, 8046, 8052, 8058, 8064, 8070, 8076, 8082, 8088, 8094, 8100, 8106, 8112, 8118, 8124, 8130, 8136, 8142, 8148, 8154, 8160, 8166, 8172, 8178, 8184, 8190, 8196, 8202, 8208, 8214, 8220, 8226, 8232, 8238, 8244, 8250, 8256, 8262, 8268, 8274, 8280, 8286, 8292, 8298, 8304, 8310, 8316, 8322, 8328, 8334, 8340, 8346, 8352, 8358, 8364, 8370, 8376, 8382, 8388, 8394, 8400, 8406, 8412, 8418, 8424, 8430, 8436, 8442, 8448, 8454, 8460, 8466, 8472, 8478, 8484, 8490, 8496, 8502, 8508, 8514, 8520, 8526, 8532, 8538, 8544, 8550, 8556, 8562, 8568, 8574, 8580, 8586, 8592, 8598, 8604, 8610, 8616, 8622, 8628, 8634, 8640, 8646, 8652, 8658, 8664, 8670, 8676, 8682, 8688, 8694, 8700, 8706, 8712, 8718, 8724, 8730, 8736, 8742, 8748, 8754, 8760, 8766, 8772, 8778, 8784, 8790, 8796, 8802, 8808, 8814, 8820, 8826, 8832, 8838, 8844, 8850, 8856, 8862, 8868, 8874, 8880, 8886, 8892, 8898, 8904, 8910, 8916, 8922, 8928, 8934, 8940, 8946, 8952, 8958, 8964, 8970, 8976, 8982, 8988, 8994, 9000, 9006, 9012, 9018, 9024, 9030, 9036, 9042, 9048, 9054, 9060, 9066, 9072, 9078, 9084, 9090, 9096, 9102, 9108, 9114, 9120, 9126, 9132, 9138, 9144, 9150, 9156, 9162, 9168, 9174, 9180, 9186, 9192, 9198, 9204, 9210, 9216, 9222, 9228, 9234, 9240, 9246, 9252, 9258, 9264, 9270, 9276, 9282, 9288, 9294, 9300, 9306, 9312, 9318, 9324, 9330, 9336, 9342, 9348, 9354, 9360, 9366, 9372, 9378, 9384, 9390, 9396, 9402, 9408, 9414, 9420, 9426, 9432, 9438, 9444, 9450, 9456, 9462, 9468, 9474, 9480, 9486, 9492, 9498, 9504, 9510, 9516, 9522, 9528, 9534, 9540, 9546, 9552, 9558, 9564, 9570, 9576, 9582, 9588, 9594, 9600, 9606, 9612, 9618, 9624, 9630, 9636, 9642, 9648, 9654, 9660, 9666, 9672, 9678, 9684, 9690, 9696, 9702, 9708, 9714, 9720, 9726, 9732, 9738, 9744, 9750, 9756, 9762, 9768, 9774, 9780, 9786, 9792, 9798, 9804, 9810, 9816, 9822, 9828, 9834, 9840, 9846, 9852, 9858, 9864, 9870, 9876, 9882, 9888, 9894, 9900, 9906, 9912, 9918, 9924, 9930, 9936, 9942, 9948, 9954, 9960, 9966, 9972, 9978, 9984, 9990, 9996, 10002, 10008, 10014, 10020, 10026, 10032, 10038, 10044, 10050, 10056, 10062, 10068, 10074, 10080, 10086, 10092, 10098, 10104, 10110, 10116, 10122, 10128, 10134, 10140, 10146, 10152, 10158, 10164, 10170, 10176, 10182, 10188, 10194, 10200, 10206, 10212, 10218, 10224, 10230, 10236, 10242, 10248, 10254, 10260, 10266, 10272, 10278, 10284, 10290, 10296, 10302, 10308, 10314, 10320, 10326, 10332, 10338, 10344, 10350, 10356, 10362, 10368, 10374, 10380, 10386, 10392, 10398, 10404, 10410, 10416, 10422, 10428, 10434, 10440, 10446, 10452, 10458, 10464, 10470, 10476, 10482, 10488, 10494, 10500, 1050



### Nervenerkrankung durch Alkoholvergiftung oder infolge des Unfalles?

Das Bestreben, die Erkrankungen des Nervensystems bei den Unfallverletzten nicht dem Unfall, sondern „anderen“ Ursachen zuzuschreiben, tritt bei den Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzten immer deutlicher hervor. Es wird „Veranlagung“ zu den durch den Unfall hervorgerufenen körperlichen Leiden, „Arterienverfälschung“, „luerische Erkrankung“, „Nervenstumpf“ oder auch in neuerer Zeit in verstärktem Maße „Alkoholimibbrauch“ als Grund für die nach dem Unfall eingetretene Verminderung der Erwerbsfähigkeit konstatiert. Bei dieser durchaus unwissenschaftlichen Art der Ermittlung kausaler Zusammenhänge würde uns nicht in Erstaunen setzen, wenn demnach als eigentliche Ursache der verminderten Erwerbsfähigkeit das Leben des Verletzten erachtet wird. Es wäre das kein stärkerer Sophismus als jener, der die angeführten und ähnlichen Gründe für eine durch Unfall als letzte Ursache herbeigeführte Minderung der Erwerbsfähigkeit „wissenschaftlich begründet“.

Wie schwer es einem verletzten Arbeiter wird, gegen solche Vorurteile zu kämpfen, zeigt ein dieser Tage vor dem Reichsversicherungsamt entschiedener Fall.

Der Arbeiter Franz Kunze hatte am 4. August 1905 durch Verkehrsunfall eine Quetschung des Rückens erlitten. Er war mit einem Sod Gips infolge Ausgleitens auf der Mützung von dieser aus etwa 2 Meter Höhe heruntergefallen und dabei mit dem Rücken auf dem Zementboden aufgeschlagen, während der Sod mit Gips auf ihn fiel. Er lagte insbesondere über Hüftschmerzen. Am anderen Tage trat Erbrechen auf und er begab sich in die Behandlung des Herrn Dr. D. und wurde von diesem bis zum 30. September 1906 wegen Verstauchung des Rückgrates behandelt. Da objektiv nichts festgestellt werden konnte und K. Familienvater ist, so ließ er sich gesund schreiben, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Obwohl es nur ganz leichte Arbeiten waren, mißglückte der Arbeitsversuch. Er mußte sich daher am 6. Oktober 1906 von neuem in die ärztliche Behandlung des Herrn Dr. D. begeben, in der er bis zum 8. November 1906 verblieb. Dann machte K., da er sich völlig erwerbsunfähig fühlte, bei der Nordöstlichen Bauwerks-Berufsgenossenschaft Rentenansprüche geltend. Diese ließ ihn von ihrem Vertrauensarzt Dr. Hagemann untersuchen. Der Verletzte klagte über Schmerzen im Rücken und Schwäche in den Beinen. „Objektiv“ fand der Arzt nichts. Die Berufsgenossenschaft lehnte daraufhin die Entschädigungsansprüche ab.

Der Verletzte legte bei dem Schiedsgericht für Arbeiter-versicherung für den Regierungsbezirk Potsdam gegen den Ablehnungsbescheid Berufung ein. Das Schiedsgericht hörte seinen Vertrauensarzt Dr. E. Dieser kam in seinem ärztlichen Gutachten vom 3. Februar 1906 nach einer einmaligen Untersuchung, nachdem der Verletzte ihm über Kreuzschmerzen, Lähmungserscheinungen und große Schwäche in den Beinen, Einstülpen der Glieder und nervöse Beschwerden geklagt hatte, zu dem Ergebnis, daß der Unfall keine der erwerbsbeschränkende Folgen hinterlassen habe. Der Verletzte sei seit dem 4. November 1905 überhaupt erwerbsfähig. Eine Abweichung des vierten und fünften Lendenwirbels aus der Normallage hält Herr Dr. E. für eine individuelle „zufällige“ Verschiebung. Das Vorkommen der ganzen Rückenpartie sei angeblich schmerzhaft. Differenzen der Muskulatur bestehen nirgends. Die Schwäche in den Beinen erklärt sich Herr Dr. E. aus dem — nach seiner Ansicht — bestehenden „Scrupladern und Plattfüßen“.

Der Verletzte brachte nunmehr ein ärztliches Zeugnis vom Sanitätsrat Dr. P. bei. Dieser konstatierte unter dem 2. Februar 1906 eine große Reizbarkeit des Rückenmarks (Erschütterung) durch Verstauchung der Wirbelsäule. „Plattfüße“ sind nicht vorhanden. Die Erwerbsminderung sei auf 50 Proz. zu bewerten.

Ein weiteres vom Verletzten beigebrachtes ärztliches Gutachten eines anderen Sanitätsrats Dr. W. vom 27. Februar stellte im Gegensatz zu den Vorurteilen an objektiven Erscheinungen fest: Die Reizbarkeit ist erhöht, deutliches Schwanken beim Augenschluß, das Gefühl an den Beinen ist beiderseits herabgesetzt. Die Erwerbsminderung sei auf 80—40 Proz. zu bewerten.

Trotzdem wies das Schiedsgericht die Berufung zurück. Aus der Begründung des Urteils sei folgendes hervorgehoben: Das Schiedsgericht hat nach den übereinstimmenden Gutachten des Dr. Hagemann und des Dr. E. die Verletzung als unbegründet angesehen. Denn weder an der Wirbelsäule noch an der Lunge und dem Herzen des Klägers bestehen krankhafte Veränderungen. Ebenfalls können Störungen an den Nerven und Rückenmarken festgestellt werden. Danach bestehen bei dem Kläger erwerbsbeschränkende Folgen des Unfalles vom 4. August 1905 nicht mehr.

Den vom Kläger beigebrachten beiden Gutachten des Sanitätsrats Dr. P. und des Dr. W. konnte eine wesentliche Bedeutung nicht beigemessen werden, da sie im wesentlichen nur die Klagen des K. wiedergeben.

Gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichts wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Der Verletzte brachte zur Begründung seines Rekurses noch ein weiteres ärztliches Gutachten vom Sanitätsrat Dr. V. bei. Auch dieser Arzt stellt objektiv eine Reihe von Krankheitserscheinungen fest, die er als Unfallfolge deutet und eine Erwerbsminderung von mindestens 40 Proz. annimmt. Nunmehr wurde der Verletzte auf Veranlassung des Reichsversicherungsamts im Krankenhaus Moabit einige Zeit beobachtet und vom Professor Dr. v. R. untersucht und begutachtet. Auch von diesem Gutachter wurden objektiv Krankheitserscheinungen festgestellt. Das Gutachten nahm aber an, die vorhandenen Beschwerden kämen mit dem Unfall nicht zusammen. Auch die Annahme, daß die Beschwerden des K. der Ausdruck eines sich unmittelbar an den Unfall anschließenden Rückenleidens wäre und es sich zeitig um eine krankhafte Schwäche des Nervensystems auf traumatischer Basis handeln könnte, wurde verneint. Dagegen lasse mit Bestimmtheit eine andere Ätiologie der Schwäche erkennen, der Alkoholimibbrauch.

Den „Alkoholimibbrauch“ sieht der Gutachter darin, daß der Kläger ungeheuer hat, täglich für 30 Pf. Schnaps und zwei Flaschen Bier getrunken zu haben. Der Verletzte bestritt auf das entschiedenste, diese Angabe gemacht zu haben. Er habe gesagt, daß er für 10 Pf. Schnaps und zwei Flaschen Bier, zusammen für 30 Pf., täglich getrunken habe. Infolge dieser eigenartigen Wendung der Sache, insbesondere da keiner der Vorurteiler den Verletzten als „Alkoholiker“ angesehen hatte, und der Verletzte sich energisch gegen den Vorwurf des Alkoholimibbrauchs verwahrte, beschloß das Reichsversicherungsamt ein weiteres ärztliches Gutachten von dem Direktor der Trinkerheilstätte „Waldfrieden“ einzufordern. Der Verletzte wurde demselben zwölf Tage lang beobachtet und täglich untersucht. Aus diesem Gutachten ist hervorzuholen, daß der Arzt trotz eingehendster Untersuchung eine Heberdeutung seitens des Verletzten nicht als vorhanden ansieht. Es heißt dann in dem Gutachten wörtlich: „Abgesehen davon, daß dem K. der Alkoholimibbrauch nicht nachgewiesen werden kann, ebensowenig wie das morgendliche regelmäßige Erbrechen, so ist ihm zum Alkoholikar zu rechnen, die bezeichneten Charakterveränderungen und Störungen im seelischen Ausdruck eines solchen. Der ganze Eindruck, daß

Wesen ist nicht das des Trinkers. Morgens fühlte er sich am wohlsten, im Gegensatz von dem Alkoholiker vor dem ersten Glas, er wurde erst durch leichte Ernüchterung in seiner Stimmung beeinträchtigt. Der Kranke vermischt den Alkohol gar nicht. Für mich kann es der Alkohol unmöglich sein, der dieses vorliegende Krankheitsbild ausmacht. Dagegen fällt es nicht schwer, heute noch das Unfallereignis als Ursache des bestehenden Leidens nachzuweisen. In dem Krankheitsbilde fehlt kein Symptom des typischen Krankheitsbildes einer traumatischen Neurose. Wie ich im körperlichen Befund von Herrn Professor R. abweiche, so kann ich den Satz in dessen Gutachten: „Das seelische Verhalten lasse wesentliche Abweichungen von der Norm nicht erkennen“, nach dem Verhalten des Kranken in der Anstalt nicht bestätigen.“ Der Sachverständige kommt dann nach eingehender Beurteilung des Falles zu dem Ergebnis, daß der „Alkoholimibbrauch“, wenn man von einem solchen reden wollte, an der Entstehung des jetzigen Zustandes nicht beteiligt ist. K. war bis zum 4. November 1905 voll erwerbsunfähig. Von da bis zum 15. November 1906 sei die Erwerbsminderung auf 60 Proz., von da ab auf 30 Proz. zu bewerten.

Nunmehr beschloß das Reichsversicherungsamt am 3. April 1907 ein weiteres ärztliches Gutachten von der Nervenheilstätte „Waldfrieden“ einzufordern. Nach sechstägiger Beobachtung und Untersuchung durch den ersten Assistenten Dr. med. B. und dem Direktor Professor Dr. J. wurde daselbe erstattet. Im wesentlichen gelangten die Gutachter zu demselben Ergebnis wie Herr Dr. R. aus „Waldfrieden“. Hervorgehoben ist nur, daß auch diese Ärzte in erster Linie das erlittene Trauma (den Unfall) für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich machen und auch eine Verschlimmerung der Arterienverhärtung durch den Unfall zugeben. Die Erwerbsminderung durch den Unfall sei auf nur 20 Prozent zu schätzen.

Der erkennende Senat des Reichsversicherungsamtes beurteilte die Berufsgenossenschaft; dem Verletzten, welcher vom Berliner Arbeiterssekretariat vertreten wurde, vom 4. November 1905 bis zum 15. November 1906 eine Rente von 60 Prozent und vom 16. November 1906 ab eine solche von 20 Prozent und ihm an außerordentlichen Kosten den Betrag von 20 M. zu zahlen. Aus der Begründung sei nur folgender Satz hervorgehoben:

„Das Reichsversicherungsamt hat bei Würdigung der gesamten Ermittlungen insbesondere der vorliegenden ärztlichen Äußerungen sich nicht davon zu überzeugen vermocht, daß das Leiden des Klägers infolge von Alkoholimibbrauch entstanden ist, hat vielmehr im Anschluß an das Gutachten der Direktion der Trinkerheilstätte Waldfrieden als erwiesen angenommen, daß der Unfall vom 4. August 1905 bei dem bis dahin gefunden, arbeitsfähigen Kläger nur die Ursache der Verletzung und Verschwerben veranlaßt hat.“

Damit war dem Verletzten endlich sein Recht geworden. Welche Aufwendungen von Geld und Arbeit erfordert es aber, um den Schutz ärztlicher Vorurteile gegen einen Arbeiter zu beseitigen, der infolge der Arbeit verunglückt. Wir haben den Fall ausführlich geschildert, weil die dem Arbeiter unzulänglichen Gutachten und Bescheide leider klar zeigen, bis zu welchem Grade von Befangenheit und Voreingenommenheit die kapitalistischen Interessen und die Hege ihrer Vertreter gegen Arbeiter selbst Ärzte veranlaßt. Daß das Reichsversicherungsamt schließlich diesen Fall eingehend untersuchte und würdigte, ist das einzig erfreuliche aus der geschilderten Leidensgeschichte eines Familienvaters.

### Aus Industrie und Handel.

#### Schweinepolitik.

Wie die „Swinemünder Bzg.“ berichtet, hat der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins in Demmin sich beurlaubt, um den Bauern ins Gewissen zu reden, weil sie, um die Schweinepreise zu treiben, die Nachfrage vermindern, die jungen Ferkeln töten und so das Angebot abwärts drücken. Der Vorsitzende meinte, wenn die Bauern schamlos 28 M. für Ferkeln einstecken, dann könnten sie auch kurze Zeit mit minimalen Preisen zufrieden sein. Die Preisfallmarke sei nur von kurzer Dauer und nachher würde die Nachfrage um so erheblicher werden. Gewiß, wenn die Bauern so die äußeren Umstände beeinflussen, dann werden wir bald wieder eine Schweinepreiskrise haben.

#### Lieferungskartell deutscher Handschuhfabrikanten.

Am 8. November hielt in Stuttgart die süddeutsche Sektion des Verbandes deutscher Lederhandschuhfabrikanten eine außerordentliche Sitzung ab, um zur Gründung eines Lieferungskartells Stellung zu nehmen. Da man in Anbetracht der gegenwärtig allgemein für die Handschuhindustrie ungünstigen Situation von einer Preisvereinbarung und der Festlegung von Mindestverkaufspreisen Abstand nehmen mußte, begnügte man sich damit, folgende Lieferungsbedingungen, geltend für die Großlisten und Detaillisten, ab 1. Januar 1908, zu vereinbaren:

„Bezüglich Entscheidungen von Differenzen zwischen Fabrikanten und Abnehmern soll ein Schiedsgericht, dessen Organisation einer späteren Beschlußfassung vorbehalten blieb, gebildet werden, ebenso bezieht man sich den üblichen besonderen Zahlungsbedingungen mit dem Verbande deutscher Warenhändler nach vor.“

Beachtenswert ist, daß einen Tag später die norddeutsche Sektion der genannten Unternehmerorganisation in Halberstadt zusammentrat und sich den Beschlüssen der süddeutschen anschloß. Die Fabrikanten für Wäsche- und Wollhandschuhfabrikanten (Wollhandschuhfabrikanten) sagten am 8. d. M. in Stuttgart. Sie bilden von nun an eine besondere Sektion des Verbandes deutscher Lederhandschuhfabrikanten und gehören ebenfalls dem Lieferungskartell an.

Ob es dieser Kartellierung gelingen wird, gefährliche Zustände für die Handschuhindustrie herbeizuführen, scheint mehr als zweifelhaft, denn einmal stehen zahlreiche Fabrikanten dem Fabrikantenverein und somit auch dem Lieferungskartell fern, und dann kommt diese Gründung zu ganz ungelegener Zeit.

In der Handschuhindustrie beruht die Konkurrenz auf den niedrigen Arbeitslöhnen für das Zuschneiden und Nähen der Handschuhe, und da ist es bezeichnend, daß gerade der Vorsitzende der Unternehmerorganisation die allerniedrigsten Löhne in ganz Deutschland bezahlte, und seinen Arbeitern verbietet, ihrer Berufsorganisation anzugehören. Der gute Mann hat es in verständnisvoller kurzer Zeit zu einem stattlichen Vermögen gebracht!

#### Krise.

Die neueste Nummer der „New Yorker Handelszeitung“ bringt eine Aufstellung über eine große Anzahl von Betriebsveränderungen und Betriebsverstellungen, die auf die Weltkrisis zurückzuführen sind.

Die American Sheet u. Tin Plate Co. hat ihre Weißblechfabrik in South Sharon geschlossen; damit sind 2800 bisher in ihren Fabriken beschäftigte Arbeiter ohne Erwerb. Aus Coatesville wird eine 40prozentige Betriebsveränderung der Eisen- und Stahlwerke der Lukens Iron u. Steel Co. und der Worth Prod. Co. gemeldet. Die American Graphophone Co. hat beschlossen, ihre 1500 Arbeiter beschäftigende Fabrik in Bridgeport auf unbestimmte Zeit zu schließen. Die Davis Day Copper Co. hat sich wegen geldlicher Schwierigkeiten zur Schließung ihrer Minen in Butte, Mont., genötigt gesehen. Mit Rücksicht auf den Mangel an Warmmitteln haben die Mitglieder der Yellow Pine Ass. beschlossen, den Betrieb ihrer Mägen derart zu verringern, daß nur 30 Proz.

der bisher beschäftigten Arbeiter beibehalten werden sollen. In Jersey City ist die Zuckerraffinerie der American Sugar Co. und in New York und in Long Island City sind die der National Sugar Refining Co. gehörigen Zuckerraffinerien wegen großer Vorräte und wegen des ungünstigen Geschäftsganges auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Die Geldlemme und der hohe Preis von Weizen haben in Minneapolis zur Schließung der Reismägen der Consolidated Company und anderer Gesellschaften geführt. Die American Tobacco Co. hat Schließung ihrer Zigarettenfabriken in Baltimore angedeutet, welche bisher 600 Personen beschäftigten. Die 700000 Spindeln umfassenden Mitglieder der Southern Hard Ham Spinner Ass. haben Betriebsveränderung ihrer Fabriken von Mitte November bis Anfang Januar um ein Drittel beschlossen. Die Baumwollfabrik der Trenton Cotton Mills Co. in Trenton hat auf unbestimmte Zeit den Betrieb eingestellt.

Auf dem Londoner Geldmarkt ist eine Besserung der Situation eingetreten. Nachdem ein großer Goldbehang in London abgesetzt worden war, hat sich der Privatdiskont, der noch am Ende der vorigen Woche die volle Höhe der Bankrate von 7 Proz. inne hatte, bis nahezu 6 1/2 Proz. ermäßigt.

### Gerichts-Zeitung.

#### Die Geschäftspraktiken eines Winkelfonsulenten

Sagen einer Anklage wegen Untreue in drei Fällen, verurteilter Erpressung und Verleumdung zugrunde, welche gestern den Rechtskonsulenten Franz Deter vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte, der erst kürzlich von der Strafkammer des Landgerichts III wegen ähnlicher Vergehen zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich. Im Jahre 1890 ließ er sich in der Nähe des Moabiters Kriminalgerichts als Winkelfonsulent nieder. Die Art seiner Geschäftsführung brachte ihn bald mit dem Strafgesetz in Konflikt. Raum aus der Strafhaft entlassen, setzte D. sein gefährliches Treiben fort, so daß er schließlich mit dem Justizhaus Bekanntschaft machte. Ingeheim ist Deter sechsmal wegen Betruges und Urkundenfälschung verurteilt. Trotz seines Vorlebens gelang es ihm immer wieder, sein Gewerbe als Rechtskonsulent auszuüben. Einen Teil seiner Kunststücke lernte er in dem Gerichtsgebäude in der Brunnenstraße kennen, wo er sich in den Zuhörerräumen aufhielt. Ein Fräulein G., welche einen Alimentationsprozeß anstrengt hatte, gab dem Angeklagten eine Vollmacht und beauftragte ihn mit der Führung ihres Prozesses. Deter zog auch den Betrag von 100 M. ein, lieferte aber nur 40 M. ab, während er den Rest für sich verbrauchte. Wehlich erging es einem Gastwirt S., der um 79 M. betrogen wurde. Sehr schlimme Erfahrungen hatte auch eine Frau S. mit dem Angeklagten machen müssen. Diese hatte durch Deter eine Mietsforderung von 182 M. einlagern lassen und dem Angeklagten später auch noch 30 M. zur Verforgung eines Anwalts übergeben. Als der Termin stattfand, geriet Frau S. dadurch in die größte Verlegenheit, daß der Angeklagte gar keinen Anwalt bestellt, sondern das Geld für sich verbracht hatte. Infolgedessen mußte D. mit dem Prozeßgegner einen Vergleich ab und streifte das erhaltene Geld in seine Tasche. Die Betrogene erstattete sofort Anzeige und Deter wurde verurteilt. In demselben Tage verurteilte der Angeklagte noch eine sehr dreiste Erpressung gegen seine Auftraggeberin. Er schrieb an die Tochter der Frau D. einen Brief, in dem er 100 M. verlangte, andernfalls er die S. mit „Hineintrudeln“ lassen werde. — Vor Gericht legte D., der aus dem Zuchthaus in Ludau vorgeführt wurde, ein umfassendes Geständnis ab. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf eine Inhaftation von acht Monaten Zuchthaus.

#### Sur Duellmanie

Western teilen wir auf Grund telegraphischer Meldung bereits mit, daß der Student der Chemie Rau wegen Tötung des Studenten der Medizin Lipsky zu der gefälligen Mindeststrafe von 2 Jahren Festung verurteilt ist. Aus der Verhandlung wird uns über den Anlaß zu dem Duell folgendes aus Halle berichtet. Der Anlaß zu der Tat war eine Lappalie. Rau hatte den Lipsky gelegentlich des Winterfestes im Roollogischen beim Tanz angehoßen; Lipsky rief dem Rau zu: „Zum Donnerwetter, nehmen Sie sich doch in acht!“ Diese Redewendung bezeichnete Rau als Unverschämtheit. Und da Rau seine Neuerung nicht zurücknahm, erhielt er von Lipsky eine Ohrfeige. Als dann Rau wieder reagieren wollte, sprangen seine Armpfeiler (Mitglieder des antisemitischen Klubs „Rurussia“) dazwischen. Das „Ehrengericht“ beschäftigte sich zweimal mit der Sache und entschied sich für das Pistolenduell, das es als unvermeidlich erklärte, da die Streitenden bei dem Vorfall vollständig nüchtern gewesen wären. Die Bedingungen waren: einmaliger Kugelwechsel, 10 Schussfrist, Distanz. Lipsky wurde bei dem ersten Schuß durch die Lunge niedergestreckt.

Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß in Halle im letzten Jahre drei Pistolenduelle mit schweren Folgen stattgefunden hätten. Und zwar deshalb, weil im ersten Falle ein Student von dem anderen gemahnt worden ist, im zweiten Falle, einer dem anderen sich nicht ordentlich vorgestellt hat und nun deshalb, weil man sich bei dem Tanz anrempelte. Die behaupteten Eiern der Duellanten seien zu ihm gekommen, mit dem Auffreier: Der Staatsanwalt, gibt es denn kein Mittel, solchen Anfaß zu wehren? Der Auf der Halleischen Universität sei durch die Duelle gefährdet worden und die Eltern hätten Angst, ihre Söhne nach der Universität zu schicken. Leider sei es wahr, daß eine tödliche Verleumdung nach den Anschauungen in Studentenkreisen, denen er (Ankläger) in seiner Jugend nahe gestanden habe, nur mit der Pistole geführt werden kann. Das muß aber nicht sein. Es gehöre vielmehr innere Überzeugung dazu, eine Verleumdung zurückzunehmen, als sich vor das Loch einer Pistole zu stellen. Der Erste Staatsanwalt rief dann den zahlreich im Gerichtssaal erschienenen jungen Studenten die Worte zu: „Meine Herren, denken Sie daran, daß Sie später dazu berufen sind, die geistigen Führer unseres Volkes zu sein. Deshalb fort mit der verdamnten Pistole!“ Das niedrige Strafmaß begründete der Staatsanwalt und das Gericht damit, daß Rau unter einem gesellschaftlichen Zwange gehandelt habe.

Der Appell des Staatsanwalts mag gut gemeint sein, kann aber keine Wirkung haben. Solange die Qualifikation eines Offiziers erfordert, wie aus der vorjährigen Erklärung des Reichstanzlers feststeht, jeden Augenblick zum Duckmäus bereit zu sein, den sein „Ehrengericht“ billigt, ist die Nachahreri dieser handlenmäßigen Verleumdung zur Aufklärung gegen das Gesetz seitens solcher Studenten begründet, deren geistige und moralische Untreue den bunten Tand altherbender Verleumdungen und innerlicher Verleumdungen als das Ideal des kapitalistisch-militärisch gerichteten Bourgeoisentums erachtet. Die Duellfrage unterscheiden sich von anderen Vorleuten und Wärdern dadurch, daß sie es als „Standesrecht“ betrachten, gegebenenfalls zum Nord-Nordversuch durch Zweikampf bereit zu sein. Sie ähneln darin jenen, die sich zu Eintrüben als Bande zusammenschließen. Eine Forderung, die diese Art Mörder leichter als andere bestraft, befördert das Fortbestehen der zu Nord und Nordversuchen organisierten studentischen und militärischen Vereinigungen.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Die Frauen und die Junkerpolitik

Der Frankfurter Frauenarzt Professor Dr. Fleck sagt in seinem Buche über die Hauspflege:



Nicht daß sie nichts ersparen, sondern daß sie überhaupt auskommen, muß befremden, wenn man an der Hand solcher Aufstellungen (gemeint sind die vom Freien Deutschen Hochstift herausgegebenen Arbeiterbudgets aus dem Jahre 1888) die Lebensweise der Arbeiter, möhlgemert, solider, fleißiger Arbeiter, prüft, die keinen unnützen Aufwand getrieben haben. . . Die Mehrzahl der Arbeiter, das ist eine Tatsache, die sich aus der Prüfung der Arbeiterbudgets ergibt, ist nicht in der Lage, zu sparen, weil ihr Lohn eben ausreicht, die laufenden Bedürfnisse zu decken.

In dem kürzlich erschienenen „Ein mittelbürgerliches Budget“ heißt es dazu (S. 112 ff.): „Wie soll das werden, wenn die gewohnte Entbehrung durch außerordentliche Umstände gesteigert und verschärft wird? . . . Eine allgemeine Senkung der Lebenshaltung breiterer Volksmassen ist heute schon die traurige Folge dieser Zustände. Eine Verelendung, die nicht nur in den Köpfen doktrinärer Oekonomisten lebt, sondern leiblich und nachgewiesenermaßen in der harten Welt der Wirklichkeit vorhanden ist. Sie wird in demselben Augenblick zu einer die Volkskraft, Gesundheit und Leistungsfähigkeit bedrohenden Gefahr werden, in dem die heutige Hochkonjunktur von dem normalen Lauf der Dinge oder gar von einem Niedergang in Industrie und Handel abgelöst werden wird.“

Dieser Fall steht bevor. Was nun? Wie kann sich der Arbeiter vor den Folgen einer Sozialpolitik schützen, die er nicht gemacht hat? Wie kann er es vermeiden, eine Suppe auszusiechen, die ihm andere, trotz seiner Gegenwehr, eingebracht haben? Trotz seiner Gegenwehr? Ein Eingehen auf diese Frage führt uns zwar etwas von dem Wege praktisch-nüchternen, hauswirtschaftlicher Erwägungen ab, aber trotz alledem! Die Sache ist zu wichtig und ist überdies Vorbereitung künftigen Besser-machens. Es hat an der Gegenwehr auch in Arbeiterkreisen gefehlt.

Wo blieb der Sturm der Entrüstung, als die Dernburg-Wahlen ins Werk gesetzt wurden? Der Hunger hätte auch damals schon an manche Tür geklopft. Er hatte, das zeigt das mehrerwähnte Budget, bis tief hinein in die Reihen des mittleren Bürgertums seine Sturmzwinge fliegen lassen. Hätten da alle, die es angeht, ihre Schuldigkeit getan, der Arbeiter, der Bürger, der Bauer: eine vernichtende Antwort an die Adresse der Zollschänder wäre das Ergebnis gewesen. Es kam anders. Es ist müßig, das den Schuldigen heute noch einmal vorzurechnen, denn furchtbar genug erfüllt sich an ihnen das Gesetz von Ursache und Wirkung. Sie haben die Reaktion gewählt und müssen nun die Folgen gar bitterlich am eigenen Leibe spüren.

Vielleicht lernen sie daraus für die Zukunft. Für alle die aber, die ohne eigenes Verschulden mit den anderen leiden müssen, ergibt sich hier eine andere Folgerung und eine neue Forderung.

Einmal müssen wir immer und immer wieder darauf hinweisen, daß es besser stünde um unser deutsches Volk, wenn am 25. Januar 1907 statt der Reaktion das Volk siegreich gewesen wäre. Zum anderen aber müssen wir alle Kraft daran setzen, den üblen Folgen der Junkerpolitik vorzubeugen. Nur wenn die Breite des Volkes an Leib und Seele gesund und kampfstüchtig bleibt, dürfen wir hoffen, in künftigen Tagen zum Siege zu schreiben.

### Heraus mit dem Frauenstimm- und -wahlrecht!

Frauen rüsten Euch zum Kampf! Der Krieg ist erklärt! In überfüllten Versammlungen hat das preussische Volk den Schlächtruf ertönen lassen, dessen Echo in den Herzen der Arbeitsbrüder aller Länder frohen Nachhall gefunden hat. Auf der ganzen Linie ist der Kampf entbrannt gegen die Dreiklassenwahl, gegen Volks-entwürdigung und Junkerwillkür. Allein, auf sich selbst gestellt, auf sich selbst vertrauend und bauend, zieht die Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Nur die trotzigste Überbith, die lobende Be-gewehrung, die unterwürfige Kampfeslust stehen mit uns im Wunde. Aber sie sind dafür auch um so zuverlässigere Bundes-genossen, die sich stets bewährt haben und in unverbrüchlicher Treue uns auf Schritt und Tritt folgen.

Nort mit dem unseligen, schändlichen Wahlstimm, fort mit den Fesseln, die dem Volke den Aufstieg zur Kultur erschweren. Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen! Wohlverstanden, auch für Frauen.

Schon von Anfang an kämpft die Sozialdemokratie, als die einzige Partei, für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Von vornherein entkräftete sie die läppischen Argumente, mit denen die bürgerlichen Gegner die Rechte der Frau abzutun suchten. Die wirtschaftliche Entwicklung war härter als die Jurisprudenz der Speyerlogik. Industrie und Handel nahmen einen riesigen Aufschwung, der Kapitalismus brauchte viele Hände und vor allem willige und billige Hände, und so war ihm die Frau, die von der Peitsche der Not getrieben, den wirtschaftlichen Kampf aufnahm, sehr willkommen. Damit aber vollzog sich im Denken und Fühlen des arbeitenden Weibes eine günstige Wandlung. Ihr Gesichtskreis erweiterte sich, sie lernte die Unmöglichkeit ihrer rechtlichen Lage begreifen, mit einem Wort, sie erwachte aus dem Dornröschenschlaf und nahm den politischen Kampf auf. Heute, wo zickzack 8 Millionen erwerbstätige Frauen Schulter an Schulter mit dem Manne arbeiten, wo viele tüchtige Kräfte unter ihnen in öffentlichen Ämtern sich trefflich bewährt haben, ist der Zeitpunkt gekommen, wo das weibliche Geschlecht seine wohlverdienten staatsbürgerlichen Rechte verlangen kann. Aber noch sind der Frau die Schwingen gebunden, noch ist sie im Lande der Dichter und Denker rechtlos, noch steht sie mit den Unmündigen und Mioten auf einer Stufe, ganz nach dem Wunsche aller Speyerer. Wir können es doch nicht auf unser Gewissen nehmen, daß unsere Frauen sich den Aufregungen der Wahlbewegung aussetzen, jammerte in einer bürgerlichen Frauen-versammlung eine edle Speyerseele. Der gute Mann! Die zarte Konstitution der Frau könnte darunter leiden. Aber mit Verlaub! Wer kümmert sich denn darum, wenn in Deutschland Tausende von Frauen in Bergwerken, in Ziegeleien, in Steinbrüchen, in Hütten-werken arbeiten, wenn sie Steine karren oder Mörtele tragen wie Lasttiere, wenn sie in den Fabriken schädlichen, giftigen Dünsten ausgefetzt sind, wenn sie ununterbrochen die Maschine treten müssen, kurzum, wenn sie die schwersten und gefährlichsten Arbeiten verrichten und das oft 12—16 Stunden und noch darüber? Weidet darunter nicht auch die zarte Konstitution? Fauler Zauber ist es, weiter nichts. An den Frauen aber liegt es, müßig für ihre Rechte einzutreten und unablässig für ihre Gleichberechtigung zu wirken. Deshalb müssen sie im kommenden Wahlkampf in der vordersten Reihe stehen und mit flammender Begeisterung mitstreiten. Ihre Devise muß lauten: Heraus mit dem Frauenwahl- und -stimmrecht!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Dienstag, den 3. Dezember: Öffentliche Versammlung im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.

### Vermischtes.

#### Der mysteriöse Ueberfall im Gilzuge.

Zu dem angeblichen Ueberfall im Gilzuge Nr. 61 zwischen Hamm und Münster wird unter Bezugnahme auf die amtliche Darstellung vom 16. November 1907 u. a. noch amtlich mitgeteilt, daß bis jetzt eine völlige Klarstellung der Angelegenheit nicht erfolgt ist. In der amtlichen Meldung heißt es dann weiter:

Es ist als zweifellos festzustellen zu erachten, daß Herr Cohn, der beim Halten des Zuges auf dem Boden des Abteils liegend vorgefunden wurde, die Korbkette selbst gezogen hat. In diesem Moment kam sich außer Herrn Cohn keine andere Person in dem fraglichen Abteil befunden haben.

Die Korbkette waren fest verschlossen; durch sie kam nach Lage der örtlichen Verhältnisse nach dem Bremsen des Zuges keine Person unbemerkt mehr entweichen sein.

Ergwähnenswert ist noch, daß ein Zeitungsverkäufer des Bahnhofs Hamm gesehen hat, wie bei Abfahrt des Zuges 61 im letzten Augenblick ein Herr mit schwarzem Schlapphut auf den bereits in Bewegung befindlichen Zug gesprungen ist und im letzten Augenblick Platz genommen hat. Dieser Herr trug nach der Beschreibung des Verkäufers einen grauen oder bräunlichen Ueberzieher, während Herr Cohn seinen im letzten Augenblick zu ihm ins Abteil gestiegenen Angreifer als einen Herrn mit Schlapphut, aber ohne Ueberzieher schildert.

Das Zug- und Bahnhofspersonal hat an einen Ueberfall nicht geglaubt. Erklärlich wird dies bei Berücksichtigung insbesondere

folgender Umstände: An Herrn Cohn war keinerlei Spur einer Verletzung zu entdecken; der Herr des Nebenabteils äußerte sogleich keine Zweifel, da die Verbindungstür fast immer offen gewesen sei; Herr Cohn vermochte eine Schilderung des Vorfalls oder Beschrei-bung des Täters nicht zu geben, sondern erklärte nur, er sei über-fallen worden. Auch die beiden Zugbeamten, die auf der Weiter-fahrt bis Münster bei ihm im Abteil blieben, sowie der Stations-beamte auf Bahnhof Münster, der ihn zur Vernehmung mit auf sein Dienstzimmer nahm, konnten nichts weiter aus ihm herausbringen. Sein Gang war schwankeud, so daß er allgemein den Eindruck eines Angetrunkenen erwecken mußte.

Eine Sachdarstellung wurde erst einige Stunden später durch den Bruder des Herrn Cohn bei dem Bahnhofsvorsteher angebracht und darauf unverzüglich die Untersuchung eingeleitet und mit Nachdruck gefördert.

Tunnel-Einsturz. Nach einer Meldung aus Merzig erfolgte am 27. d. M., abends 11 Uhr im Reilsbacher Tunnel infolge plötzlich auftretenden Gebirgsbruchs ein Gebirgssturz auf 15 Meter Länge. Die nachströmenden Gebirgsmassen verstopften den Tunnel auf 28 Meter Sohlenlänge. Personen sind nicht verletzt. Die Dauer der Betriebsstörung läßt sich noch nicht bestimmen. Vorerst wird der Personenverkehr zwischen den beiden Stationen Reilsbach und Pontenbessingen vermittelst Landfuhrwerke aufrechterhalten. Der Durchgangsverkehr wird über Seitenlinien geleitet.

Schachtbrand. Der der Bank für Kaputtindustrie zu Berlin ge-hörige Schacht „Berolina“ sowie der Nachbarsticht „Germann“ sind, wie aus *Der Post* zu ersehen ist, gestern niedergebrannt.

Dieser und gestern (nach einer Meldung aus Paris) in der Woh-nung der Witwe Emilie Polas eingedrungen und haben eine Anzahl dem verstorbenen Schriftsteller gehörige Gegenstände entwendet.

Deutscher Arbeiter-Abkündendend. Ortsgruppe Berlin. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr im „Englischen Hof“, Neue Köst. 3: Öffentliche Versammlung.

Grupplicher Ortsverein Treptow-Baumtschuleweg. Versammlung am Sonnabend, den 30. November, abends 9 Uhr, im Restaurant Christ, Ecke Marienplatzstraße.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, die Treppen, Fahrstuhl 11 wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet 7 Uhr, Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Einige Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

Gesetz 24. 1. Da werden keine bestimmten Bücher vorgeschrieben, Sie müßten sich an Ihre Gewerkschaft wenden. 2. Biederleben Sie die Anlage unter Ergänzung nach der Richtung hin: als was war Ihre Mutter beschäftigt und ist sie während oder nach der Krankheit entlassen? — S. 23. 3. In je zwei Jahren 40 Stüd. — S. 24. 4. Der Mann hat kein Recht, die Herausgabe des Kindes in seine Pflege zu verlangen. Der mit der Großmutter geschlossene Vergleich ist ungültig. Lassen Sie sich vom Vormundschaftsgericht eine vollstreckbare Aufhebung der An-erkennung erteilen oder falls eine solche nicht vorhanden sein sollte, so klagen Sie in voller Höhe wegen Alimentenanpruch. Zuständig wäre das Kaufmannsgericht. Ein weitergehender Anspruch als der, auf Zahlung des baren Gehalts für die Dauer von sechs Wochen würde schwerlich anerkannt werden. — H. 3. 100. 1. Kein. 2. Der Arbeitgeber kann auf Heraus-gabe klagen. 3. Das ist möglich. — P. 1000. 1. Ja. 2. Mit vollendetem 21. Lebensjahre werden männliche und weibliche Personen großjährig. 3. Das vor der Ehe geborene Kind erhält den Namen des Vaters, so-bald dieser die Mutter heiratet und seine Vaterhaft anerkennt. — Alexanderplatz 73. Ehebruch ist strafbar, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe geschieden wird und der beleidigte Ehegatte Bestrafung beantragt. — S. 23. 38. Sie müßten ein Testament errichten, indem Sie unter Angabe des von Ihnen angeführten Grundes die Frau ausdrücklich ent-erden, und zu Erben einsetzen, wen Sie wollen. — S. 5. 5. 1. Nicht der von Ihnen gewünschte Weg, sondern allein der Austritt aus der Kirche kann das Ziel erreichen, dessen Erfüllung Sie wünschen. — W. 11. Vorteilhaft ist eine Weiterversicherung. Die Rückzahlung können Sie eventuell beim Magistrat beantragen. — Berufsgenossenschaft P. 1. 1. 1. Sie müßten gegen den verletzenden Beschäftigten Verlangen an das Schiedsgericht einlegen und täten gut, sich an das Arbeitersekretariat zu diesem Behuf zu wenden.

### Berliner Theater.

Gastsp. des Neuen Operett-Theaters. Freitag, den 29. November:

#### Blaubart.

Anfang 8 Uhr. Morgen und folg. Tage: Blaubart.

#### Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Sonntag: Das Ungeheuer.

#### Die Agrarier.

Sonntag: Das Ungeheuer.

#### Kleines Theater.

Zum 61. Male: Vater und Sohn.

#### Theater des Westens.

8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingluft.

#### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Waterkant. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Kriemhilds Rache.

#### Lortzing-Theater.

Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

#### Hans Heiling.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

#### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

#### Ganz der Papa.

Schwanke in 3 Akten von Mars und Desvallières. Deutsch v. M. Schönau. Baran des Kubrals: Mich. Alexander. Sonntag, den 1. Dezember, nach-mittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Rosmersholm. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Kelterattacke.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Kelterattacke. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Heimat. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

### Schiller-Saal (Schiller-Theater)

Freitag 9 Uhr: Dr. M. Burkhardt: Edward Grieg. Erläutert durch Instrumentalmusik und Gesang. Kompositionen der Reuzzeit. Sonntag 8 Uhr: Dentil Jden-Abend.

### Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 29. November, abends präzis 7 1/2 Uhr: Vorwiegend humoristisches Programm. Similische Clowns und Auguste mit ihren neuesten Stücken. Ferner: 6 fliegende Banwards. Papé Gerôme und Roberto als Luft-Bayer.

### Chester H. Dieck,

der unübertreffliche Tele-Geläch, und die neuen Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr: Die diesjährige große Wasserparade. Ein Auf dem Neckar. Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.

### Theater an der Spree

Königsplatz 68. Heute 8 Uhr: Gaspiel des Zentral-Theaters: Die Puppe. Sonntag: Die Geisha. Sonntag abends 4 Uhr: Dornröschen.

### Folles Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. \* Rabbi Meseritsch. \* Unter Tell. Geteilte Liebe. Anfang 8 Uhr.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Rosmersholm. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Kelterattacke.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Kelterattacke. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Heimat. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

### Schiller-Saal (Schiller-Theater)

Freitag 9 Uhr: Dr. M. Burkhardt: Edward Grieg. Erläutert durch Instrumentalmusik und Gesang. Kompositionen der Reuzzeit. Sonntag 8 Uhr: Dentil Jden-Abend.

### Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 29. November, abends präzis 7 1/2 Uhr: Vorwiegend humoristisches Programm. Similische Clowns und Auguste mit ihren neuesten Stücken. Ferner: 6 fliegende Banwards. Papé Gerôme und Roberto als Luft-Bayer.

### Chester H. Dieck,

der unübertreffliche Tele-Geläch, und die neuen Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr: Die diesjährige große Wasserparade. Ein Auf dem Neckar. Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.

### Theater an der Spree

Königsplatz 68. Heute 8 Uhr: Gaspiel des Zentral-Theaters: Die Puppe. Sonntag: Die Geisha. Sonntag abends 4 Uhr: Dornröschen.

### Folles Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. \* Rabbi Meseritsch. \* Unter Tell. Geteilte Liebe. Anfang 8 Uhr.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Hörsaal 8 Uhr: Dr. C. Theising. Abstemmungslehre. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn. Doppelsterne, Nebelhaube.

### Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Gajarenfieber. Volkstümliche Preise. Morgen: Gajarenfieber.

### Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anf. 8 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr. Zum 117. Male: Madame Wig-Wag. Operetten-Duett. Musik v. L. Nicol. Zum 142. Male: Es lebe das Nachtleben! Separé-Affäre in 2 Akten. Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld. Sonntag 8 Uhr (halbe Preise): Die Meyerhains mit Anton und Donat Herrnfeld.

### Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr. Sonntag abends 4 Uhr: Klein-Däumling. Abends: Der Leiermann und sein Pflöcklein. Sonntag nachm.: Hoffmanns Erzähl. Abends: Das Geiratsneft. Montag: Das Geiratsneft.

### Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direkt.: Sarah. Ross. Freitag, den 29. November 1907: Der Jesuit und sein Bögling. Lustspiel in 4 Akten von U. Schreiber. Vorverkauf vorm. von 10 bis 2 Uhr. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

### DERNHARD ROSE THEATER

St. Franziskanerstr. 132. Die Frau Kommerzienrat. Anfang 8 Uhr. — Wochenabschluß. Sonnabends: Sprech-Albener. 4 Uhr: Kindervorstellung: Hänsel u. Gretel.

### Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor. Anfang 8 Uhr. Das große November-Programm. 7 japanische Koskünstler. Der Schwertsprung. 12 großartige Spezialitäten 12 Sonntag neues Programm. — Zettel: 4 Kapellen Theaterbesuchern freier Eintritt.

### Kajino-Theater.

Kolbingerstr. 37. Täglich 8 Uhr: Biederleute. Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glänz. hants Programm. Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

### Berliner Uk-Trio.

Felix Schauer Stralauerstr. 1. Sonntag abends 8 1/2 Uhr: Die Puppe. Sonntag nachm.: Hoffmanns Erzähl. Abends: Das Geiratsneft. Montag: Das Geiratsneft.

# Haben Sie schon

die

# Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???



Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 Uhr, findet im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 8, eine öffentliche Versammlung statt...

Am Sonntag, den 1. Dezember, finden im Kreise Keltow-Beeskow in folgenden Orten Demonstrationsversammlungen statt: Drewitz, nachmittags 4 Uhr, bei Puhlsmann, Potsdamerstr. 21.

Mühlenbed, Bezirk Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof „Zur Sonne“ (Inhaber A. Värka) eine öffentliche Protestversammlung statt.

Rudow. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags pünktlich um 3 Uhr, findet bei Palm eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Es geht vorwärts im Rathaus unserer Stadt Berlin! Der Rathausfreisinn wird auf seine alten Tage noch einmal fortschrittlich und fordert Reformen, für die sonst nur die Sozialdemokratie eintritt.

Für die Gemeindegewerkschaften hatte die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten bisher nicht allzuviel übrig gehabt. Die Ruhegehaltgewährung und Winterbliebenenversorgung z. B., die — dank dem unermüdbaren Mahnen und Drängen der sozialdemokratischen Fraktion — ihnen schließlich zugestanden worden war, ließ leider noch manches zu wünschen übrig.

Für die Gemeindegewerkschaften hatte die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten bisher nicht allzuviel übrig gehabt. Die Ruhegehaltgewährung und Winterbliebenenversorgung z. B., die — dank dem unermüdbaren Mahnen und Drängen der sozialdemokratischen Fraktion — ihnen schließlich zugestanden worden war, ließ leider noch manches zu wünschen übrig.

Auf diese Fortschrittsprobe kann der Rathausfreisinn, wie man sieht, verläufig noch nicht besonders stolz sein, und auch die andere, die ihr folgte, ist noch lange keine Glanzleistung. Die alte sozialdemokratische Forderung der allgemeinen Unentgeltlichkeit der Desinfektion ist von der freisinnigen Mehrheit bisher noch immer abgelehnt worden, aber jetzt soll sie zu einem erheblichen Teil endlich erfüllt werden.

Im letzten Teil der Sitzung war Beschluß zu fassen über den Magistratsantrag auf Vermehrung der Beisitzer des Kaufmannsgerichtes. Zu sagen war hiergegen nichts aber Herr Preuß fühlte das Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß der Berliner Freisinn das Proportionalwahlrecht, wie für die Wahlen zum Kaufmannsgericht, so auch für die Wahlen zum Gewerbegericht wünscht.

freisinnige Taktik. Er stellte fest, daß die Sozialdemokratie auf Grund ihres Parteiprogramms grundsätzlich für das Proportionalwahlrecht eintritt, und daß sie jederzeit bereit sein wird, im Parlament einem Gesetz zuzustimmen, das allgemein für die Gewerbegerichte das Proportionalwahlrecht einführen will.

Der Fluch des Kapitalismus.

Wie einem Naturgesetz folgt der Kapitalismus den ökonomischen Gesetzen: einer Periode des Aufstiegs folgt der Niedergang, die Krise. Laufende, hunderttausende fleißiger Hände wirft er auf die Straße, der Kapitalismus braucht sie nicht mehr.

Arbeitslos und noch dazu im Winter! Es ist, als ob die grauen, bleiern Wolken am Himmel, die schmutzigen, schlammigen Straßen auf das Gemüt einwirken und eine düstere, trostlose Stimmung hervorriefen. Trifft doch den Arbeiter, dessen Verdienst bei allem Fleiß und aller Tüchtigkeit nur für den notdürftigsten Lebensunterhalt ausreicht und der stets gezwungen ist, von der Hand in den Mund zu leben.

30 000 Arbeitslose sollen in Berlin am Hungertuche nagen, doch ist diese Zahl zweifellos zu niedrig gegriffen und eine von den Gewerkschaften vorzunehmende Fählung wird sicherlich ein zuverlässigeres, wenn auch ungünstigeres Resultat ergeben. Die Arbeitsnachweise sind geradezu bedrückend überfüllt.

Daselbe Bild bietet sich nachmittags vor Scherlönigs Zeitungspalast in der Zimmerstraße. Schulleute regeln den Waffenandrang. In Reih und Glied stehen die Arbeitshelfenden bis an die Jerusalemstraße, um auf die Verteilung des Inzeratenblattes zu warten.

Und nun erst im Gewerkschaftshause. Da ist ein ununterbrochenes Kommen und Gehen. Wie ein Bienenschwarm summt und schwirrt es auf den Gängen und im Flur. Die Türen der Bureaus sind oft weit geöffnet, da die Lokale die Menge nicht zu fassen vermögen.

Zu all dem gesellt sich noch die allgemeine Teuerung, die Folgen des Kornwunders, der lähmenden Handelsverträge und der Einfuhrzölle. Die Kohlenpreise sind für die unteren Schichten fast unerträglich und zum leeren Topf tritt noch die kalte Stube. Aber die Kohlenpreise sind für die unteren Schichten fast unerträglich und zum leeren Topf tritt noch die kalte Stube.

Bald werden die Glocken das Fest „der Liebe“ erklingen. Die heuchlerische Gesellschaft wird die Augen verdrehen und die schamlosen Lippen werden trüben von salbadernden Reden, werden überfließen von „Gnade, Liebe, Brüderlichkeit und Erlösung!“

Ein Glendebild.

In einem an den Magistrat gerichteten Schreiben des Vereins für Kindervollkassen heißt es u. a.:

Während im vergangenen Jahre von den Refleoren der Gemeindefakultäten während des ganzen Winterhalbjahrs 3343 Schulkinder und zur Mittagstafelung zugewiesen waren, ist gegenwärtig bis zum heutigen Tage schon die Zahl auf 4841 gestiegen und gehen täglich neue Anmeldungen ein, die bei Fortschreiten des Winters und Steigerung der Not sich noch erheblich vermehren werden.

Es sind Anmeldungen aus 241 Gemeindefakultäten von 241 Refleoren eingegangen, worin Kostand festgestellt nach häuslichen Einkünften von 49 Schulkollegen, 701 Lehrern und 605 Lehrerinnen in 4088 Familien, weil 994 Witwen, 412 Ebeverlassene und Geschiedene, 1202 Krankheit des Ernährers, 1870 Arbeitslosigkeit und zu geringer Verdienst.

In diesen 4088 Familien wird in 3207 Familien gar nicht gefocht, in 771 Familien nur zeitweise gefocht, und erhalten die Kinder zu Mittag meist nur Brot und Kaffee. Die Anzahl der Kinder in diesen Familien erreicht die Zahl von 9904 schulpflichtigen und 3913 vorschulpflichtigen Kindern; davon sind dem Verein von den Schulorganen 4644 zur Freispesung und 108 gegen Zahlung von 5 Pf. überwiesen, also zusammen 4840 Kinder. Es bleiben demnach außer den vorschulpflichtigen Kindern noch 5064 schulpflichtige Kinder ohne Mittagessen zurück.

Die hier angegebene Zahl der Kinder, die kein Mittagessen erhalten, beschränkt sich nur auf die dem Verein bekannt gewordenen Fälle; in Wirklichkeit ist diese Zahl erheblich höher. Aber auch die vom Verein ermittelte Zahl läßt schon einen Blick tun in das ungeheure Elend, das unter der arbeitenden Bevölkerung grassiert. Schon die unschuldigen Kinder sind verdammt, unter Not und Elend aufzuwachsen. Soweit die schulpflichtigen Kinder in Frage kommen, so ist es ganz klar, daß ein gedeihlicher Unterricht bei leerem Magen nicht denkbar ist.

Ein Projekt wegen Herstellung eines Straßentunnels unter den Potsdamer Aufhängeseilen soll nach einer Zeitungsmeldung die städtische Verkehrsdeputation den Aufsichtsbehörden eingereicht haben. Der Tunnel soll die Kurfürstendammstraße mit der Ludenwalder- und Schönebergerstraße verbinden. In der Form, wie die Nachricht verbreitet wird, trifft sie indes nicht zu, wie aus dem Ratshaus geschrieben wird. Das Projekt ist bereits vor zwei Jahren vom Stadtbaurat Krause in der Tiefbaudeputation eingehend erörtert worden. Die Verkehrsdeputation, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben aber bis jetzt noch keine Stellung zu dem Plane genommen. Es muß abgewartet werden, wie sich die Aufsichtsbehörden, Polizeipräsidium und die Eisenbahndirektion zu diesem Plan, der eine Höherlegung der Gleise in der Nähe des sogenannten Dreiecks bedingt, stellen. Hierzu kommt, daß der Plan besteht, das Dreieck durch eine neue Station der Hochbahn an der Ludenwalderstraße zu ersetzen. Diese neue Hochbahnstation soll in der Hauptachse dem Umfahrgelände dienen. Sobald der Untergrundbahnhof Spittelmarkt vollendet ist, sollen nämlich die Hochbahnzüge nicht mehr den Leipziger Platz berühren, sondern direkt in der Richtung nach dem Zoologischen Garten verkehren, während die Untergrundbahnzüge über den Leipziger Platz nach dem Spittelmarkt fahren werden. Zur Erleichterung des Verkehrs soll die Station Ludenwalderstraße für die Jahrgäste erbaut werden, die vom Osten nach dem Spittelmarkt oder vom Westen nach dem Osten fahren wollen. Alle diese Pläne stehen in enger Verbindung miteinander und sind deshalb nicht von einer Instanz aus zu entscheiden. Erst wenn die Aufsichtsbehörden sich grundsätzlich für das Projekt geäußert haben, werden die städtischen Behörden, die Verkehrsdeputation, der Magistrat und die Stadtverordneten dazu Stellung nehmen.

Der Magistrat hat gestern beschlossen, für den verkehrsreichsten Teil der Invalidenstrasse zwischen der Chausseestraße und dem Stettiner Bahnhof neue Baustraßen festzusetzen zum Zweck der Verbreiterung der Straße von 18,80 Meter auf 26 Meter. Westmündung für diesen Beschluß war, daß trotz der Anlage der neuen Straße auf dem ehemaligen Schwarzkopfschen Fabrikareal der Hauptverkehr nach wie vor in demselben Zeit vom Bahnhof durch die Invalidenstrasse nach der Chausseestraße, Moabit und nach der Friedrichstraße flutet.

Zum Schutz der Gas- und Wasserleitungskanäle gegen die Einwirkungen von Frost werden die Kellerlichtschächte in oder vor den Hausdurchfahrten häufig mit Stroh, Papier und alter Leinwand verstopft. In den letzten Jahren sind nun wiederholt zum Teil nicht unerhebliche Brände dadurch entstanden, daß Straßenpassanten oder Weniger der Durchfahrten brennende Streichhölzer, noch glühende Zigarettenreste und dergleichen in die Kellerlichtschächte einwarfen. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß den Hausbesitzern zur Verhütung solcher Brände dringend zu empfehlen ist, die Kellerlichtschächte unterhalb der Gitter mit engmaschigen Drahtnetzen oder mit Eisenklappen zu versehen.

Die Kanalisation im Ortsteil Friedrichsfelde soll nach Aussage des Baumeisters zum 1. Januar 1908 betriebsfähig sein. Der Unternehmer Bruch wollte die Anlage bereits am 1. Dezember 1906 fertiggestellt haben. Indes ist zu bezweifeln, ob die Frist bis zum 1. Januar eingehalten wird. Der Voranschlag des Baues inkl. Rieselfeld betrug 2 300 000 M. Die heutigen Kosten betragen aber schon rund 4 Millionen Mark. Mit welcher Zahrlässigkeit das Bauamt gearbeitet hat, mögen kleine Beispiele zeigen. Für die beiden Pumpstationen, welche elektrisch betrieben werden, sind im Anschlage weder Defen noch Treppen vorgesehen. Dieselben müssen nun extra bezahlt werden. Die Rechnungen über Abschlagszahlungen wurden nicht etwa nach der tatsächlich geleisteten Arbeit, sondern nach dem ursprünglichen Plan mit seinen Zahlenangaben eingereicht und — auch bezahlt, nachdem der frühere Gemeindevaumeister die Richtigkeit bescheinigte. In die Enge getrieben, erklärt jetzt die Firma Bruch, es waren nur „Interimsrechnungen“ gewesen. Von dem Zeitpunkt, wo es bekannt wurde, daß diese „Interimsrechnungen“ den eigentlichen Wert der Arbeit bedeutend übertrieben hatten, wurden natürlich die Abschlagszahlungen eingestellt. Am 18. November beauftragte sich die Kanalisationskommission mit einem Antrag der Firma B. um Abschlagszahlung von 220 000 M. Bemerklich muß hier werden, daß schon circa 2 400 000 M. gezahlt sind. Die Firma hatte schon vorher durch ihren Vertreter erklären lassen, die Arbeiten einzustellen, falls die Abschlagszahlung nicht geleistet würde. Die Zahlung wurde rundweg abgelehnt. Diefem Beschluß trat die Gemeindevorsetzung bei und beauftragte den Gemeindevorstand und die Kommission, bei Einstellung der Arbeiten durch die Firma Bruch sofort geeignete Schritte behufs Fertigstellung durch einen anderen Unternehmer einzuleiten. Ob die Firma Bruch es zum Konflikt kommen lassen wird, steht noch nicht fest.

Daß die Gemeindevorsetzung aus früheren Vorkommnissen nicht vorfichtiger geworden sind, muß eigentlich wundernehmen. In



der letzten Sitzung der Vertretung wurden 20.500 M. zur Herstellung eines Nebengebäudes auf dem Pumpstationsgrundstück in Karlshorst sowie zur Einräumung und teilweisen Pflasterung gefordert. Gemeindevorsteher Binsler beantragte, die Sache zu verlegen, da die Vorlage verschiedene Mängel und Unklarheiten aufweise. Verschiedene Redner schlossen sich dem an; die Mehrheit nahm aber ad hoc die Vorlage an. Dieselben Leute, die der Vorlage zustimmten, haben der früheren Verwaltung durch gedankloses Infragen die Lotteriewirtschaft so leicht gemacht. Die Mitschuldigen, welche es nicht verstanden haben, die Interessen der Gemeinde wahrzunehmen, werden hoffentlich bei der nächsten Gemeindevorsteherwahl hinweggefegt. Die Sozialdemokratie wird auf alle Fälle die Vorarbeiten bei dem Sanitätsbau bei der im nächsten Frühjahr stattfindenden Gemeindevorsteherwahl als Agitationsmaterial benutzen.

### Gelbe Wahlpraktiken.

Schon im vorigen Jahre, als die Wahlen zum Gesellenauschuss der Bäderinnung „Germania“ stattfanden, konnte der Bäderverband eine Reihe von Unregelmäßigkeiten und Verstößen feststellen, die zu dem Zweck vorgenommen worden sind, die verhassten Verbandsmittglieder aus dem Ausschuss hinaus- und die gefährdeten Gelben hineinzuschleichen. Jemand, der damals die Rolle eines Führers der Gelben so tadelnd spielte, daß er das größte Vertrauen der Innungsführer genoss, erhielt mit Wissen des Obermeisters Milleville vom Innungsleiter eine größere Zahl von Wahllegitimationsarten, um sie nach eigenem Ermessen zu verwenden. Welcher Art diese Verwendung sein mußte, falls der Pseudo-Gelbe ein echter Gelber gewesen wäre, kann nicht zweifelhaft sein, denn die Gelben, welche wahlberechtigt sind, erhalten ihre Legitimationsarten auf anderem Wege und bedürfen nicht der Vermittlung eines Führers der Gelben. Der Innungsvorstand versendet nämlich an die Meister Wahllegitimationsarten, von denen der Meister jeden bei ihm beschäftigten wahlberechtigten Gesellen eine Karte zu geben hat. Wer zur Zeit der Wahl nicht in Arbeit steht, hat kein Wahlrecht. Demnach hätten also die Karten, welche dem Pseudo-Gelben ausgehändigt wurden, nur zum Zweck der Wahlprüfung benutzt werden können, da ja die Wahlberechtigten durch ihre Meister mit Legitimationsarten versehen werden. Verstößen und Vergehlichkeiten kamen bei der Verwendung der Legitimationsarten allerdings vor. Manche Meister erhielten entweder zu wenig oder gar keine Karten. Wertwidergerichte hatte der Innungsvorstand — soweit festgestellt werden konnte — bei der Verteilung der Karten nur solche Meister vergessen oder ungenügend versorgt, bei denen Mitglieder des Bäderverbandes beschäftigt waren. Diese hatten oft die größten Schwierigkeiten, um noch rechtzeitig Legitimationsarten zu bekommen. Alle diese Mängel haben jedoch nicht den gewünschten Zweck erreicht. Die Verbandsmittglieder wurden trotzdem in den Ausschuss gewählt.

Für die diesjährige Wahl hat der Gesellenauschuss Anträge gestellt, deren Annahme ihm eine einwandfreie Kontrolle während der Wahlprüfung ermöglichen sollte. Die Innung hat diese Anträge natürlich abgelehnt. Eine Beschwerde, welche der Gesellenauschuss deswegen an die Gewerbe- und Handelskammer richtete, ist noch nicht entschieden. — Die Kontrolle, welche der Gesellenauschuss wünschte, sollte sich hauptsächlich darauf erstrecken, zu prüfen, ob auch jeder, der zur Wahl erschien, wahlberechtigt war. Die von der Innung an die Meister versandten Karten konnten nach den Erfahrungen vom vorigen Jahre nicht als zweifelsfreie Legitimationen angesehen werden, denn wer kann wissen, ob nicht dieser oder jener Meister, der im Zweifel ist, ob seine Leute meistertreu wählen, die Karten an andere Leute gibt, die zwar nicht wahlberechtigt, aber unentwegt meistertreu sind. Das ist um so mehr möglich, da mancher Meister mehr Karten erhält, als er Gesellen beschäftigt, denn der Innungsvorstand kann natürlich nicht wissen, wie viele Gesellen jeder Meister beschäftigt. So erhält der eine zu viel, der andere zu wenig Karten. Auch bei der diesjährigen Wahl, die am vergangenen Dienstag stattfand, traf es sich wieder, daß die Bäderereien, wo Verbandsmittglieder arbeiten, bei der Verteilung der Karten in auffallender Weise zu kurz gekommen waren. So hatten beispielsweise die Gesellen der Goldbacher Großbäderlei Rot und Wähe, um für jeden Wahlberechtigten eine Legitimation zu erhalten. Viele Kleinmeister, die keine Karten bekommen haben, stellten ihren Gesellen Bescheinigungen aus, daß dieselben wahlberechtigt sind. Obwohl diese mit Unterschrift und Stempel der Meister versehenen Bescheinigungen als genügende Legitimation gelten könnten, wurden sie doch zurückgewiesen. Andererseits traten junge Leute, die nicht die Bädergesellen ausgaben, mit gültigen Legitimationsarten an den Wahltag. Auch Herr Wischnowski, der Oberführer der Gelben, der schon lange nicht mehr als Bädergeselle arbeitet, konnte an der Wahl teilnehmen, denn er war einige Tage vor der Wahl bei einem ihm befreundeten Bädermeister „in Arbeit getreten“. Ob er aber wirklich gearbeitet hat, daran zweifeln die Kenner der Verhältnisse. Jedenfalls war die Form erfüllt, um Herrn Wischnowski als Wähler zu legitimieren, und so konnte er seine Stimme zugunsten der Gelben in die Waagschale werfen. Es sind, wie man sieht, auch bei der diesjährigen Wahl die größten Anstrengungen gemacht worden, um der Bäderinnung zu einem gelben Gesellenauschuss zu verhelfen. Jedoch ist das Ziel auch diesmal nicht erreicht worden. Die Mitglieder des Bäderverbandes wurden, wenn auch mit knapper Mehrheit, sämtlich gewählt. Die für den Verband abgegebenen Stimmen würden natürlich viel zahlreicher sein, wenn die geschilderten Wahlpraktiken nicht hätten ausgeübt werden können. Der Gesellenauschuss wird seine Bemühungen, für die Zukunft eine unzulässige Wahlbeeinflussung unmöglich zu machen, fortsetzen.

In die Irrenanstalt Herzberge übergeführt wurde gestern der frühere Igl. Opermüller Will Franz, der, wie noch erinnerlich, wegen verurteilender Beteiligung des Generalintendanten v. Pfaffen unter öffentliche Anklage gestellt worden war. Das Verbrechen gegen ihn wurde aber eingestuft, weil es als erwiesen gelten mußte, daß Franz zur Zeit der Verurteilung der Verleumdung geisteskrank und nicht zurechnungsfähig gewesen ist. Die Behörde hat es nun auf Grund kreisärztlichen Attestes für erforderlich gehalten, Franz wegen gemeinschaftlicher Verleumdung (Paranoia) in die Irrenanstalt Herzberge unterbringen zu lassen.

Eine Ueberraschung im Eisenbahnespé gab es gestern bei den Passagieren eines Sperrzugs der Siedeeisenwerke-Berlin. Ein 22-jähriges Dienstmädchen aus Waldmannslust wollte sich nach der höchsten Frauenklasse begeben und fuhr in einem Abteil der dritten Wagenklasse des betreffenden Zuges, als sie plötzlich von einem freudigen Ereignis überrascht wurde und eines Anaben genas. Mutter und Kind wurden auf dem Bahnhof Gefundbrunn in eine Droschke gebracht und nach der Anfallstation in der Bahnstraße übergeführt. Von dort erfolgte der Transport nach dem Krankenhaus.

Die Einführung der Zentralbatterien im Fernsprechwesen mocht auch die Aenderung der Fernsprechautomaten erforderlich, von denen jetzt mehrere ausgewechselt worden sind. Die neuen Apparate sind ohne Elementkasten und bestehen aus kleinen flachen Metallkästen, an denen die Schalltrichter angebracht sind. Neben diesem Kasten befindet sich ein zweiter Metallkasten, der zur Aufnahme des Geldes bestimmt und mit dem Sprechkasten verbunden ist. Das Geldstück wird nach der Aufforderung zur Zahlung in den Automaten hineingeworfen, fällt jedoch nicht sofort auf den Kontrollapparat, sondern bleibt auf einem Hebel liegen, dessen Knopf aus Ridel hergeköpft ist. Der Sprecher hat den Knopf langsam vorwärts zu ziehen, wobei das Geld auf den Kontrollapparat fällt und gleichzeitig die Verbindung mit dem Teilnehmer bewirkt wird. Der neue Fernsprechapparat ist ebenfalls luftdicht und der Anruf nach dem Amt erfolgt durch Abnehmen des Deckels.

Selbstmord eines Studenten. Erschossen hat sich der 23 Jahre alte cand. phil. Kurt Otto, dessen Leiche in dem Wald bei Rangschleuse aufgefunden wurde. Er, der schon seit mehreren Tagen vermisst wurde, stand kurz vor dem Examen und scheint die traurige Tat in einem Anfall geistiger Störung verübt zu haben. Seinen Freunden war er schon seit mehreren Wochen durch sein nervöses Wesen aufgefallen.

Ein unbekannter Selbstmörder ist gestern an der Gertraudenbrücke aus der Spree gefahren worden. Es handelt sich um einen etwa 40 Jahre alten Mann, der seiner Kleidung nach anscheinend dem Kaufmannstande angehört hat. Der Lebensmüde muß erst kurz vor Auffindung der Leiche den Tod gesucht haben.

Der IV. Dichter- und Tonbildnerabend, den der Goethe-Verein am Sonntag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Gebäude der Segeffeln veranstaltete, ist der russischen Dichtung (Dostojewski, Gorki, Andrejew) gewidmet. Den einleitenden Vortrag hält Josef Helmit; Rezitator ist Dr. Siegmund Kalischer. Gewerkschaftsmittglieder erhalten Eintrittskarten zum halben Preise (25 Pf.) im Zigarrengeschäft von Gorki, Engel-Allee 15.

Wer ist der Tote? Am 20. d. M. ist an dem Kanal bei Mariendorf ein zirka 50 Jahre alter unbekannter Mann ertrunken aufgefunden worden. Derselbe ist zirka 1,70 Meter groß, hat einen kleinen, beschnittenen Schnurrbart, graumeliertes Haar und war bekleidet mit schwarzem Anzug, schwarzem Paletot, Jagdschleife, weißer Wäsche und kleinem schwarzen steifen Hut. Die Wäsche und der Hut sind T. A. gezeichnet. Retlogspezanten wolle sich beim Amtsvorsteher in Mariendorf melden.

Angaben über den unbekanntem Mann werden im Polizeipräsidium, Zimmer 331 oder in einem Polizeirevier zu Tagebuchnummer 8123 IV. 29. 07 entgegengenommen.

Einen erheblichen Verlust hat am Dienstagabend der Kassierer der Nähmaschinenfabrik Singer u. Co., Leipzigerstraße, Hermann Einf., erlitten, indem er auf dem Wege von der Lindenstraße bis Leipzigerstraße zwei Lose in der Tasche stehende Hundertmarktscheine verlor. Er hat die stille Hoffnung, daß der etwaige Finder, wenn er weiß, daß es sich um den Verlust eines Mannes handelt, der zur Gefangenschaft verpflichtet ist, den Fund abgeben wird. In diesem Falle bittet er, dies im Bureau der Firma zu tun.

Der Postverkehr der Berliner Vororte. Der Postverkehr der größeren Berliner Vororte, die Postämter 1. Klasse haben, ordnet sich nach Folgende der Einnahmen in Tausenden Mark im Jahre 1906 wie folgt: Charlottenburg 2000, Schöneberg 967, Rixdorf 827, Steglitz 451, Friedenau 462, Gr.-Lichterfelde 459, Wilmersdorf 414, Weihensee 333, Rankow 249, Oberschöneweide 164, Grunewald 140 und Tempelhof 126. Die Zahl der eingegangenen Briefsendungen betrug in Millionen: in Charlottenburg 34, Schöneberg und Rixdorf 12, Wilmersdorf 8, Gr.-Lichterfelde 7, Friedenau 6½, Steglitz 6, Weihensee 3, Rankow 2½, Grunewald 2, Oberschöneweide und Tempelhof je 1½. Ausgegeben wurden Briefsendungen in Charlottenburg 26 Millionen; in Schöneberg 20, Rixdorf 8, Wilmersdorf 7, Steglitz 6½, Friedenau 6½, Gr.-Lichterfelde 6, Weihensee 2½, Rankow 2, Grunewald 1½, Oberschöneweide und Tempelhof je 1. Durch Postanweisung ausbezahlt wurden: in Charlottenburg 48½ Millionen Mark, Schöneberg 14, Rixdorf und Friedenau 9, Wilmersdorf und Gr.-Lichterfelde je 8½, Steglitz 6½ usw. Die Zahl der Ferngespräche erreichte in Charlottenburg 29 Millionen, in Wilmersdorf fast 12, in Rixdorf 6½, Tempelhof 3½, sonst 1½—3 Millionen.

Feuerwehrrichtungen. In der letzten Nacht um 2 Uhr mußte von der Feuerwehr in der Potsdamerstr. 87 eine in Brand gefleckte Anschlaglampe abgelöscht werden. Wegen eines Ofeneinsturzes wurde die Feuerwehr nach der Schreinerstr. 46 gerufen. In der Schreinerstraße 13 brannte Hausrat auf dem Boden und in der Königsstr. 68 Stroh, Papier usw. im Keller. Versehrter Rauch war die Ursache eines Alarms nach der Neuen Königsstr. 17. Der 11. Zug wurde nach der Alexandrinerstr. 187 gerufen. Dort war unbedachtamerweise ein kleines Kind von einem Dienstmädchen in einen Geldschrank geschloffen worden. Da die Türe nicht gleich wieder geöffnet werden konnte, wurde der Schrank angebohrt und Sauerstoff so lange dem Kinde zugeführt, bis es gelang, die Türe des Geldschrankes zu öffnen. Das schon bewußtlose Kind kam dann unter ärztlicher Behandlung wieder zu sich.

## Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Bei der Prüfung von Telegraphenleitungen angefahren hat sich gestern nachmittag der Telegraphenarbeiter Scholz aus der Rietzenstraße 23. Sch. war auf der nach Köpenick führenden Chauffee mit der Prüfung von Telegraphenleitungen beschäftigt und zu seiner eigenen Sicherheit hatte er bei derartigen Arbeiten stets einen Revolver bei sich. Durch eine Unvorsichtigkeit entlud sich gestern die Waffe und die Kugel drang dem Sch. in den Unterleib.

Recht andenkbarer Kunden hatten in den letzten Tagen zahlreiche hiesige Geschäftsleute aufzuweisen. Eine aus vier Frauen und zwei Männern bestehende Pigeonierbande zog von einem Geschäft zum anderen und versuchte überall Diebstähle auszuführen. Während die Männer die Verkäufer durch Vorlegenlassen von Waren in ihrer Aufmerksamkeit ablenkten, liehen die Frauen allerhand Gegenstände mit verbläffender Sicherheit und Schnelligkeit verschwinden. Auch draußen vor den Türen eigneten sich die braunen Diebe so manches zur Schau ausgehängte Kleidungsstück an.

Charlottenburg. Die freie Volksschule Charlottenburg spielt Sonntag, den 1. Dezember, 8 Uhr nachmittags, im Charlottenburger Schiller-Theater Schillers „Maria Stuart“. Alle Mitglieder müssen spätestens Sonnabend, den 30. November, in den Zahlstellen geliebt haben. Neuanmeldungen sind zu beilegen. — Am Sonntag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Volkshauses ein Kunstabend mit Rezitation, Gesang, Klavier- und Violinvortrag und anschließendem Langvergnügen statt. Hierzu haben Mitglieder des Vereins „F. V. C.“ freien Eintritt. Gastkarten à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen und an der Abendkasse zu haben.

Elternverein für freie Erziehung. (Verein freier Kindergärten.) Auf die heute, Freitag, abends 8½ Uhr im Volkshaus, Rosenstraße 8 stattfindende öffentliche Versammlung, in welcher Schriftsteller Heinrich Schulz über das Thema: „Was heißt freie Erziehung?“ sprechen wird, wird noch einmal aufmerksam gemacht.

Friedenau. In der Protestversammlung am Dienstag, über die uns der Bericht erst gestern zugeht, referierte in vollbesetztem Saale des „Reinischloß“ Genosse Dr. Cohn. Einen Rückblick auf die Zeit der Märzrevolution wertend, zeigte Redner, durch welche Verfassungsverdräufelten das bestehende Verfassungswort zu Stande gekommen ist. Er forderte zum Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats die Anwesenden auf, durch rege Agitation und Organisation mit zur Beseitigung des Wahlrechts beizutragen. Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Notawes. Ein Schulbeispiel dafür, wie wenig Rücksicht manche Unternehmer auf das Wohl und Wehe ihrer Arbeiter nehmen, wenn dieselben in ihrem Betriebe verunglückt sind, bietet das Verbrechen der Firma Orenstein u. Koppel, Lokomotivfabrik in Rowawes. In dieser Fabrik, welche über eine halbe Stunde von dem bewohnten Ortsteil entfernt liegt, ereignen sich fast täglich Unfälle, und zwar oft solche schwerer Natur, so daß die Verunglückten in der Regel ins Krankenhaus transportiert werden müssen. Den Transport, einschließlich des entgangenen Arbeitsverdienstes der zur Begleitung der Verunglückten verwendeten Arbeiter der Firma, bezahlte bisher die Crisikrankenkasse. In Anbetracht der unerbittlich hohen Ausgaben, welche der Kasse durch die zahlreichen Unfälle entstehen, und bezugnehmend auf eine kürzlich im „Vorwärts“ veröffentlichte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, daß Krankenkassen zur Bezahlung von Begleitern beim

Transport von Kranken nicht verpflichtet seien, sowie in Rücksicht auf die ungünstige finanzielle Lage der Kasse, teilte vor einigen Tagen der Vorstand der Crisikrankenkasse der Firma mit, daß die Kasse in Zukunft die Bezahlung der Begleiter beim Transport der in der Fabrik verunglückten Arbeiter ablehnen würde. Der Transport wurde bisher von Arbeitern besorgt, welche im Samariterdienst ausgebildet waren; dieselben waren meistens im Accord beschäftigt und verdienten durchschnittlich 70—80 Pf. pro Stunde. Sofort nach Kenntnisnahme des Entschlusses des Vorstandes der Krankenkasse teilte nun das Direktorium der Firma der Samariterkolonne in der Firma mit, daß die Firma in Zukunft nur unter der Bedingung die Mitglieder der Samariterkolonne beim Transport Verunglückter in Anspruch nehmen würde, wenn sich dieselben bereit erklärten, mit einer Entschädigung von höchstens 45 Pf. pro Stunde einverstanden zu sein; im anderen Falle würde die Firma solche Arbeiter verwenden, die einen Stundenlohn von nicht über 45 Pf. erhielten, ganz gleich, ob dieselben im Samariterdienst ausgebildet seien oder nicht. Auch das Verbinden der Verunglückten soll in Zukunft nicht mehr von den Samaritern, sondern vom Portier der Firma besorgt werden. Dieses Schreiben hat unter den Arbeitern der Fabrik berechtigter Entrüstung hervorgerufen, und auch in der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung der Crisikrankenkasse, in welcher der Brief der Firma verlesen wurde, herrschte bei Arbeitnehmern wie Arbeitgeberern nur eine Stimme der Verurteilung dieses inhumanen Vorgehens der Direktoren Köfgen und Schiele. Handelt es sich doch um eine Firma, die glänzend profitiert und zirka 1500 Arbeiter beschäftigt. Aber was fragt das Direktorium danach, wenn ein Arbeiter, der sich zur höheren Ehre des Profits der Firma die Knochen mußte zermalmen lassen, infolge unsachgemäßer Behandlung auf dem Transport unter den größtmöglichen Schmerzen stöhnt; wissen die Direktoren nicht, daß infolge verkehrter Behandlung eines noch zu rettenden Verunglückten sein Tod herbeigeführt werden kann? Die Herren Direktoren haben allerdings mehr dafür zu sorgen, daß der Dividendenhunger der Aktionäre befriedigt wird, und da muß eben sparsam gewirtschaftet werden. Die verlauldet, wird sich der Arbeiterauschuss mit dieser Gelegenheit beschäftigen und mit allen Mitteln versuchen, dafür zu sorgen, daß der Krankentransport weiter von Samaritern ausgeführt wird. Jedenfalls bildet die Handlungsweise der Firma, deren Direktoren sich so gern einen liberalen und humanen Ruf geben, ein trauriges Zeichen sozialer Rücksichtslosigkeit.

### Spandau.

Einen recht lauten Witz leistet sich im Anschluß an die Stadtverordnetenwahl das „Spandauer Tageblatt“. Dasselbe Blatt, das vor der Wahl mit aller Kraft für die Wahl des Eigentümers Fehrmann eintrat und unserem Genossen Pieper eine ordentliche Niederlage wünschte, tut jetzt, nachdem Pieper gewählt ist, so, als habe es schon vorher gewußt, daß es so kommen mußte. Seinem unfehligen Humor über den Ausgang der Wahl gibt das „Scharfe“ maßgeblichen in folgender Weise Ausdruck:

Was wir vorausgesehen und auch durch die Blume zu verstehen gegeben haben, ist eingetroffen, der Kandidat der Sozialdemokratie, Zigarrenfabrikant Pieper, hat über den Kandidaten der bürgerlichen Parteien, den Eigentümer Fehrmann, den Sieg davongetragen. Genosse Pieper erhielt 350 und Fehrmann 323 Stimmen. Die Welt und selbst die Stadt Spandau wird deswegen nicht einen Tag früher untergehen, auch die Stadtverordnetenversammlung wird keinen weiteren Schaden davon tragen, als daß aus dem am 1. Januar übrigbleibenden sozialdemokratischen dreiblättrigen Kleeblatt ein „vierblättriges“ geworden ist; außerdem ist durch die gestrige Wahl wieder Hoffnung vorhanden, daß die sozialdemokratische Partei noch nicht so bald aus der Stadtverordnetenversammlung verschwindet, was gewiß den übrigen Stadtverordneten gar nicht so unangenehm ist, denn etwas Humor wollen dieselben bei ihren oft langweiligen Debatten auch haben.

Bemerkenswert ist der letzte Satz, in welchem das „Kritische“ von „langweiligen Debatten der übrigen Stadtverordneten“ spricht. Und ist es weniger um den Humor der bürgerlichen Stadtverordneten zu tun, als vielmehr die bürgerliche Langeweile durch frische, die Beratungsmaterie belebende Debatten zu ersetzen. Im übrigen können sich die bürgerlichen Stadtverordneten des Spandauer Stadtparlamentes für das Zeugnis, das ihnen vom amtlichen Organ ausgesprochen wird, bedanken.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Dienstag auf dem Havelgelände. Dort führte die große eiserne Dampfbramme, welche zurzeit am linken Havelufer zum Rammen der Betonpfeile dient, in die Havel. Dem Wochensingen gelang es zum Glück noch, vorher die Maschine von der Bramme loszulassen, während zwei auf der Bramme befindliche Arbeiter mit in die Havel führten. Beide wurden alsbald wieder aus dem Wasser gezogen. Der Arbeiter Quoram aus der Wamstr. 45 hatte erhebliche innere Verletzungen und Querschüsse des rechten Beines erlitten, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Unfall entstand dadurch, daß die vordere unter der Bramme liegende Schiene im lockeren Boden nachgegeben hatte. Waren unter der Schiene die nötigen Rollen als Unterlage verwendet worden, so wäre dieser Unfall nicht passiert. Wie uns mitgeteilt wird, sind bei diesen Arbeiten meist ausländische Arbeiter beschäftigt, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören; Spandauer Arbeiter sind hier nur sehr selten anzutreffen. Wahrscheinlich fürchtet man von letzteren, daß dieselben auf die nötigen Sicherheitsvorschriften achten.

### Witterungsübersicht vom 28. November 1907.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. d. Luft
Stommende	760	SB	2	wolfig	6	Haparanda	740	D	2	bedeckt	-3
Danzburg	760	SB	3	halb bb.	7	Wetersburg	749	SD	4	bedeckt	-0
Berlin	762	S	1	wolfig	7	Stettin	751	SB	4	wolfig	9
Frankfurt	761	S	2	bed.	7	Aberdeen	753	S	1	bedeckt	5
Wanken	766	S	1	bester	9	Wars	759	S	2	bedeckt	11
Wien	768	SD	1	bed.	2						

Wetter-Druck für Freitag, den 29. November 1907. Nachts etwas kühler, am Tage mild und vielfach heiter, aber veränderlich, mit etwas Regen und möglichen schneefälligen Winden. Seelischer Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27.11.		am 28.11.	
	cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	166	-1	166	+3
Regel, Unterburg	77	+16	77	+16
Reichel, Horn	74	+2	74	+2
Ober, Raitzer	78	0	78	0
Krossen	93	-1	93	-1
Frankfurt	2	+2	2	+2
Wartze, Schrum	18	-2	18	-2
Wandberg	9	+5	9	+5
Rege, Borsum	66	-12	66	-12
Elde, Leimert	-170	+9	-170	+9
Redden	170	0	170	0
Bredde	99	+3	99	+3
Magdeburg	75	-4	75	-4

+) bedeutet Hoch, -) Unterpegel. \*) Grundbeil. \*) Grundbeil. Die Ober unterhalb der Werthangabe eistret.



# Telegamm.

Die Firma **L. Katz & Co.**, Hauptgeschäft: Berlin, Spandauerstraße 45, eröffnet in diesen Tagen eine Filiale in

## Rixdorf am Bahnhof Bergstraße, Bergstraße 65,

und zwar ein Spezialgeschäft in

### Haus- und Küchengeräten, Gastwirts-Artikeln und Spielwaren

#### mit einer Ausstellung in 10 Schaufenstern.

### Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Das Ungeheuer.**  
Japantreich. Wonna Wonna.  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr  
zu halben Preisen.  
Mit-Geidelberg. Japantreich.

### Sanssouci

Kottbuser-  
Straße 8.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Heute Freitag:  
Bogen großer Vereins-  
festlichkeit geschlossen.  
Sonntag, Montag,  
Dienstag:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
und Tanztruppen.  
Beginn Sonntags 5 Uhr,  
wochentags 8 Uhr.

### 19. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1907, vormittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

14 113 [1000] 663 717 35 532 46 1000 138 73 88  
24 282 687 804 15 [1000] 901 73 2047 402 96 533 740 802 71  
[1000] 3201 219 [1000] 329 39 35 817 4801 441 21 225 745  
29 [1000] 229 5109 215 739 53 6291 854 943 7329 34 82  
200 420 749 70 [1000] 829 8987 127 401 619 709 [1000] 821  
2020 71 53 176 230 21 82 [1000] 459 519 543 43 [1000] 617  
10013 160 970 [1000] 11093 219 543 43 [1000] 617  
21 708 24 902 1222 219 543 43 [1000] 617  
13114 203 202 845 963 [1000] 146 56 452 449 919  
254 284 [1000] 24 15000 212 21 214 71 418 98 712 32  
200 200 [1000] 16298 200 632 214 21 91 17093 413 899  
18886 19177 229 288  
20281 [1000] 230 747 49 21111 [1000] 482 311  
23 682 47 714 [1000] 222 203 203 21 490 13 609 [1000]  
[1000] 762 887 208 [1000] 43 23011 147 313 448 81 730  
23 24101 214 48 [1000] 210 21 522 820 761 813 841 54  
25002 21 41 118 355 [1000] 872 [1000] 709 98 30 26110 328  
512 58 130 [1000] 94 543 27861 281 530 713 [1000] 882 970  
28272 30 [1000] 94 543 [1000] 47 80 641 63 710 48 513  
209 29113 28 540 [1000] 716 [1000] 863 963  
30043 221 [1000] 98 218 326 262 771 78 808 [1000]  
31064 171 [1000] 233 10 696 726 322 317 32061 131  
329 33292 234 94 438 541 432 710 605 [1000] 34091  
[1000] 385 460 643 71 35134 [1000] 230 26 [1000] 688 724  
35 75 849 36199 214 20 82 769 37122 563 30 632 96  
91 819 90 38223 87 309 633 [1000] 99 328 95 39225 [1000]  
119 218 342 441 729 849 84  
40023 137 237 [1000] 22 55 432 46 72 618 [1000] 82  
61110 292 98 698 790 851 42156 288 824 79 613 [1000]  
43211 448 [1000] 85 [1000] 45 [1000] 30 829 217 41300  
61 90 682 [1000] 807 884 91 45159 21 283 245 748 90 841  
66864 111 19 321 323 432 40 45 85 642 985 47070 119  
41 30 200 9 335 87 370 873 48312 38 [1000] 402 [1000] 702  
23 314 49070 [1000] 138 622 24 906 84  
30043 289 425 916 51133 260 433 761 87 52082 146  
273 641 261 [1000] 849 53143 248 335 431 693 772 883  
84067 172 280 432 979 [1000] 694 789 [1000] 827  
55083 110 218 306 10 85 [1000] 470 781 83 370 87 94  
56112 814 65 482 518 27 634 828 28 312 5717 211 87  
208 243 489 37 58109 481 829 61 81 731 536 80 [1000]  
59097 273 273 237 985  
60118 [1000] 548 754 829 34 97 61877 963 487 712  
618 [1000] 62113 31 86 [1000] 604 63104 77 83 211 329  
64 724 [1000] 98 227 46 90 64009 27 170 239 [1000] 90 96  
679 [1000] 718 898 810 44 65014 29 11 139 308 51 327  
44 47 830 68223 334 437 322 603 33 96 845 67098 136  
711 686 727 814 50 68084 127 78 313 81 319 90 988 73  
21 500 27 810 82 98 [1000] 69223 33 90 [1000] 71 409 40  
611 320  
70056 30 100 288 50 208 80 811 39 71071 303 24 884  
72 31 [1000] 72204 [1000] 430 326 327 904 52 73002 178  
773 361 543 71 683 808 28 818 [1000] 51 74711 436 683  
783 84 802 36 75209 241 663 888 76506 404 60 737 [1000]  
830 223 77704 20 30 82 323 427 318 35 50 [1000] 696 [1000]  
78244 84 96 283 98 785 79081 47 [1000] 196 703 97  
80122 246 451 70 828 73 81001 411 488 [1000] 719  
23 504 50 82959 78 297 321 622 707 25 83480 [1000] 328  
[1000] 111 [1000] 36 877 84047 234 744 87 328 83139  
[1000] 297 523 680 789 378 891 88019 110 338 583 [1000]  
651 800 87202 [1000] 219 300 43 821 21 88019 224 500 641  
714 89067 133 34 80 [1000] 228  
90250 64 436 [1000] 31 563 89 614 79 881 [1000]  
91785 434 808 92004 182 [1000] 237 563 93138 63 323  
93 400 900 [1000] 896 780 87 817 30 [1000] 94210 21 37  
[1000] 74 824 [1000] 717 801 970 90 95029 324 84 781  
91 98132 564 84 886 [1000] 97019 [1000] 568 684 624  
98118 202 99005 122 293 [1000] 361 70 512 [1000] 632  
724 235  
100013 128 283 [1000] 325 820 43 101714 96 200 484  
214 93 102331 [1000] 97 204 608 [1000] 20 874 831  
103225 210 210 425 70 070 104120 417 838 74 810 71  
[1000] 27 105208 81 426 [1000] 519 111 18 [1000] 819  
[1000] 106987 [1000] 523 27 686 829 307 107104 273 326  
90 608 79 880 95 108049 [1000] 126 [1000] 44 238 328  
20 640 [1000] 823 109043 [1000] 129 84 707 280 490 328  
110008 407 74 711 14 70 87 110117 112023 78  
[1000] 90 122 64 299 878 [1000] 613 [1000] 802 113111  
21 26 74 479 374 880 822 114005 21 68 545 823 115141  
70 [1000] 74 204 [1000] 335 84 679 90 95029 324 84 781  
91 98132 564 84 886 [1000] 97019 [1000] 568 684 624  
98118 202 99005 122 293 [1000] 361 70 512 [1000] 632  
724 235  
120024 312 [1000] 68 449 95 121020 78 482 900 20  
74 80 32 227 256 122180 78 208 867 844 967 123064  
274 85 286 424 64 [1000] 518 822 124240 202 518 28 [1000]  
283 58 132 [1000] 234 [1000] 125005 67 148 63 740 72  
289 832 126080 741 79 [1000] 82 269 34 205 11 506 79  
127148 220 83 230 538 879 94 926 61 128147 396 435  
719 129433 713 23  
130160 204 428 620 745 71 87 [1000] 970 [1000]  
79 131220 360 26 643 49 83 727 868 943 79 132112  
209 813 133003 [1000] 105 87 209 80 18 202 21 484 609  
49 08 809 22 10 134723 804 82 621 [1000] 75 94 817  
254 [1000] 135030 [1000] 70 87 136 [1000] 211 73 80 479  
801 21 75 900 136039 114 432 [1000] 770 137123 84  
97 277 [1000] 319 21 426 344 85 790 997 138023 110 72  
491 68 688 708 850 139119 279 265 480 805 78 [1000]  
7 49021 186 361 413 521 784 918 141196 260 508 74  
2143 22 201 960 [1000] 478 [1000] 546 35 135 233

### Überraschende Neuheit

garantiert  
unschädlich  
kein Chlor  
kein reiben  
**Persil**  
vollständig  
ungefährlich  
kein Waschbrett  
kein bürsten  
Modernes Waschmittel  
Für jede Waschmethode passend  
**Henkel & Co. Düsseldorf.**

Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften.

### 19. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1907, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

14 113 [1000] 663 717 35 532 46 1000 138 73 88  
24 282 687 804 15 [1000] 901 73 2047 402 96 533 740 802 71  
[1000] 3201 219 [1000] 329 39 35 817 4801 441 21 225 745  
29 [1000] 229 5109 215 739 53 6291 854 943 7329 34 82  
200 420 749 70 [1000] 829 8987 127 401 619 709 [1000] 821  
2020 71 53 176 230 21 82 [1000] 459 519 543 43 [1000] 617  
10013 160 970 [1000] 11093 219 543 43 [1000] 617  
21 708 24 902 1222 219 543 43 [1000] 617  
13114 203 202 845 963 [1000] 146 56 452 449 919  
254 284 [1000] 24 15000 212 21 214 71 418 98 712 32  
200 200 [1000] 16298 200 632 214 21 91 17093 413 899  
18886 19177 229 288  
20281 [1000] 230 747 49 21111 [1000] 482 311  
23 682 47 714 [1000] 222 203 203 21 490 13 609 [1000]  
[1000] 762 887 208 [1000] 43 23011 147 313 448 81 730  
23 24101 214 48 [1000] 210 21 522 820 761 813 841 54  
25002 21 41 118 355 [1000] 872 [1000] 709 98 30 26110 328  
512 58 130 [1000] 94 543 27861 281 530 713 [1000] 882 970  
28272 30 [1000] 94 543 [1000] 47 80 641 63 710 48 513  
209 29113 28 540 [1000] 716 [1000] 863 963  
30043 221 [1000] 98 218 326 262 771 78 808 [1000]  
31064 171 [1000] 233 10 696 726 322 317 32061 131  
329 33292 234 94 438 541 432 710 605 [1000] 34091  
[1000] 385 460 643 71 35134 [1000] 230 26 [1000] 688 724  
35 75 849 36199 214 20 82 769 37122 563 30 632 96  
91 819 90 38223 87 309 633 [1000] 99 328 95 39225 [1000]  
119 218 342 441 729 849 84  
40023 137 237 [1000] 22 55 432 46 72 618 [1000] 82  
61110 292 98 698 790 851 42156 288 824 79 613 [1000]  
43211 448 [1000] 85 [1000] 45 [1000] 30 829 217 41300  
61 90 682 [1000] 807 884 91 45159 21 283 245 748 90 841  
66864 111 19 321 323 432 40 45 85 642 985 47070 119  
41 30 200 9 335 87 370 873 48312 38 [1000] 402 [1000] 702  
23 314 49070 [1000] 138 622 24 906 84  
30043 289 425 916 51133 260 433 761 87 52082 146  
273 641 261 [1000] 849 53143 248 335 431 693 772 883  
84067 172 280 432 979 [1000] 694 789 [1000] 827  
55083 110 218 306 10 85 [1000] 470 781 83 370 87 94  
56112 814 65 482 518 27 634 828 28 312 5717 211 87  
208 243 489 37 58109 481 829 61 81 731 536 80 [1000]  
59097 273 273 237 985  
60118 [1000] 548 754 829 34 97 61877 963 487 712  
618 [1000] 62113 31 86 [1000] 604 63104 77 83 211 329  
64 724 [1000] 98 227 46 90 64009 27 170 239 [1000] 90 96  
679 [1000] 718 898 810 44 65014 29 11 139 308 51 327  
44 47 830 68223 334 437 322 603 33 96 845 67098 136  
711 686 727 814 50 68084 127 78 313 81 319 90 988 73  
21 500 27 810 82 98 [1000] 69223 33 90 [1000] 71 409 40  
611 320  
70056 30 100 288 50 208 80 811 39 71071 303 24 884  
72 31 [1000] 72204 [1000] 430 326 327 904 52 73002 178  
773 361 543 71 683 808 28 818 [1000] 51 74711 436 683  
783 84 802 36 75209 241 663 888 76506 404 60 737 [1000]  
830 223 77704 20 30 82 323 427 318 35 50 [1000] 696 [1000]  
78244 84 96 283 98 785 79081 47 [1000] 196 703 97  
80122 246 451 70 828 73 81001 411 488 [1000] 719  
23 504 50 82959 78 297 321 622 707 25 83480 [1000] 328  
[1000] 111 [1000] 36 877 84047 234 744 87 328 83139  
[1000] 297 523 680 789 378 891 88019 110 338 583 [1000]  
651 800 87202 [1000] 219 300 43 821 21 88019 224 500 641  
714 89067 133 34 80 [1000] 228  
90250 64 436 [1000] 31 563 89 614 79 881 [1000]  
91785 434 808 92004 182 [1000] 237 563 93138 63 323  
93 400 900 [1000] 896 780 87 817 30 [1000] 94210 21 37  
[1000] 74 824 [1000] 717 801 970 90 95029 324 84 781  
91 98132 564 84 886 [1000] 97019 [1000] 568 684 624  
98118 202 99005 122 293 [1000] 361 70 512 [1000] 632  
724 235  
100013 128 283 [1000] 325 820 43 101714 96 200 484  
214 93 102331 [1000] 97 204 608 [1000] 20 874 831  
103225 210 210 425 70 070 104120 417 838 74 810 71  
[1000] 27 105208 81 426 [1000] 519 111 18 [1000] 819  
[1000] 106987 [1000] 523 27 686 829 307 107104 273 326  
90 608 79 880 95 108049 [1000] 126 [1000] 44 238 328  
20 640 [1000] 823 109043 [1000] 129 84 707 280 490 328  
110008 407 74 711 14 70 87 110117 112023 78  
[1000] 90 122 64 299 878 [1000] 613 [1000] 802 113111  
21 26 74 479 374 880 822 114005 21 68 545 823 115141  
70 [1000] 74 204 [1000] 335 84 679 90 95029 324 84 781  
91 98132 564 84 886 [1000] 97019 [1000] 568 684 624  
98118 202 99005 122 293 [1000] 361 70 512 [1000] 632  
724 235  
120024 312 [1000] 68 449 95 121020 78 482 900 20  
74 80 32 227 256 122180 78 208 867 844 967 123064  
274 85 286 424 64 [1000] 518 822 124240 202 518 28 [1000]  
283 58 132 [1000] 234 [1000] 125005 67 148 63 740 72  
289 832 126080 741 79 [1000] 82 269 34 205 11 506 79  
127148 220 83 230 538 879 94 926 61 128147 396 435  
719 129433 713 23  
130160 204 428 620 745 71 87 [1000] 970 [1000]  
79 131220 360 26 643 49 83 727 868 943 79 132112  
209 813 133003 [1000] 105 87 209 80 18 202 21 484 609  
49 08 809 22 10 134723 804 82 621 [1000] 75 94 817  
254 [1000] 135030 [1000] 70 87 136 [1000] 211 73 80 479  
801 21 75 900 136039 114 432 [1000] 770 137123 84  
97 277 [1000] 319 21 426 344 85 790 997 138023 110 72  
491 68 688 708 850 139119 279 265 480 805 78 [1000]  
7 49021 186 361 413 521 784 918 141196 260 508 74  
2143 22 201 960 [1000] 478 [1000] 546 35 135 233

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

### J. Gebhardt

Charlottenburg.  
Berlinerstr. 124.  
Ehrlich-Gelächter der Uhren-  
und Goldwaren-Branchen.  
Für reelle Ware zu nie-  
deren billigeren Preisen.  
Eigene Werkstatt. Reparaturen.

In Gewinnrade verbleiben: 1. Prämie von 200 000 M.,  
1. Gewinn 150 000, 1. & 100 000, 1. & 50 000, 4. & 30 000,  
2. & 15 000, 2. & 10 000, 2. & 5 000, 4. & 200, 7. & 100,  
1000, 1137 & 200.



